

MITTEILUNGEN 34

MITTEILUNGEN DER FACHGRUPPE 6

Archivare und Archivarinnen an Archiven der Parlamente, der politischen Parteien, Stiftungen und Verbände
im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.

Verantwortlich:

Dr. Monika Storm

Vorsitzende

Harry Scholz M.A.

Stv. Vorsitzender

Dr. Angela Keller-Kühne

Schriftführerin/Redaktion

Umschlaggestaltung, Layout und Satz: *Helga Berben*

Umschlagfoto: *Harald Odehnal*

ISSN 0944-4513

Inhalt

AUS DEM VORSTAND

- 7 | Die Fachgruppe: Archive der Parlamente, politischen Parteien, Stiftungen und Verbände

DIE ARBEIT DER FACHGRUPPE IM RÜCKBLICK

Renate Höpfinger

- 11 | Deutscher Archivtag Erfurt 2008

Angela Keller-Kühne

- 15 | Deutscher Archivtag Regensburg 2009

Günter Buchstab

- 19 | Anmerkungen zur Geschichte der Fachgruppe

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND HISTORISCH-POLITISCHE BILDUNG

Hanns Jürgen Küsters

- 29 | Zeitgeschichtliche Quellen im Internet als Beitrag zur Politischen Bildung

Dorothea Oelze

- 39 | Tag der Archive 2010

NEUE ARCHIVISCHE QUELLEN

Bert Riehle

- 49 | Die Akten der Leitungsebene der CDU-Bundespartei im Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Christopher Beckmann

- 71 | „mensch nurmi“ – Briefe an und von Willi Graf („Weiße Rose“) aus den 1930er Jahren

PERSPEKTIVEN

Désirée Verheyen/Mareike Himme

- 89 | Viertes Treffen der Archive von unten in Berlin – Ein Workshop-Bericht

Reinhard Schreiner

- 93 | „Learning from each other“. Aus der Arbeit der Sektion der Parlaments- und Parteiarchive im Internationalen Archivrat (SPP/IAR)

Marietta Minotos

- 101 | Archives and Democracy. Conference Vienna 29–30 October 2009

AUSBILDUNG

Hans-Jürgen Höötman

- 107 | Empfehlungen für den fachrichtungsspezifischen Unterricht der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste in der Fachrichtung Archiv – Eine Einführung
- 115 | Ausbildungsberuf Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste Fachrichtung Archiv. Erläuterungen zum fachrichtungsspezifischen Unterricht
- 123 | Autorinnen und Autoren

AUS DEM VORSTAND

DIE FACHGRUPPE: ARCHIVE DER PARLAMENTE, POLITISCHEN PARTEIEN, STIFTUNGEN UND VERBÄNDE

Die Fachgruppe wird 2011 ihr 50-jähriges Bestehen begehen. Zunächst waren nur die Parlamentsarchive in dieser Fachgruppe vertreten, ehe sich nach ihrer Errichtung Mitte der 1970er Jahre auch die Archive der politischen Parteien, Stiftungen und Verbände anschlossen. Seit 1981 sind beide Gruppen im Vorstand der Fachgruppe vertreten und stellen alternierend die Vorsitzende resp. den Vorsitzenden. Ehrenvorsitzender ist seit 1977 Gerhard Eyckers (geb. 1921). Heute zählt die Fachgruppe knapp 100 Mitglieder.

Die Fachgruppe kommt in der Regel einmal im Jahr anlässlich des Deutschen Archivtages zusammen. Sofern es die geografischen und organisatorischen Rahmenbedingungen zulassen, trifft sich die Fachgruppe einmal im Parlament des den Archivtag ausrichtenden Bundeslandes sowie am eigentlichen Veranstaltungsort. Fragen der archivischen und dokumentarischen Bewertung und Erschließung, der historisch-politischen Bildungsarbeit und der Nutzung digitaler Medien standen dabei in den letzten Jahren im Vordergrund. In den seit 1978 regelmäßig erscheinenden „Mitteilungen“ werden die Vorträge auf den Fachgruppensitzungen sowie weitere Beiträge zum Fachgebiet und Hinweise zu Neuerscheinungen der Parteien- und Parlamentarismusforschung veröffentlicht. Die Redaktion und der Vertrieb der „Mitteilungen“ erfolgt über das Archiv für Christlich-Demokratische Politik.

Der neue Fachgruppenvorstand, auf dem Archivtag in Regensburg 2009 gewählt, möchte den Dialog innerhalb der Fachgruppe intensivieren und den einzelnen Mitgliedern verstärkt die Gelegenheit bieten, aktiv die Arbeit in der Fachgruppe mitzugestalten. So wird es auf dem diesjährigen Archiv-

tag in Dresden, einer alten Tradition folgend, wieder zwei Fachgruppenveranstaltungen geben, im Rahmen dessen es erstmals auch eine „Aktuelle Stunde“ geben wird. Hier können Anregungen, Wünsche und auch Kritik an den Fachgruppenvorstand gerichtet werden. Für die „Aktuelle Stunde“ des diesjährigen Archivtags sind bereits folgende Themen vorgesehen: FaMI-Tauschbörse, Tagung „50 Jahre Fachgruppe 6 im VdA“, Internetangebot der FG 6, Neues aus der Fachgruppe (Tarif, Gesamterschließungskonzept, Internationale Aktivitäten). Auch soll es wieder ein informelles Treffen zu Beginn des Archivtages geben, zu der Interessierte unserer und auch anderer Fachgruppen herzlich eingeladen sind.

Der neue Fachgruppenvorstand hofft, in seiner Amtszeit den Bedürfnissen der Fachgruppenmitglieder gerecht werden zu können und möchte dazu aufrufen, sich aktiv an der inhaltlichen Gestaltung der Arbeit in unserer Fachgruppe zu beteiligen.

* * *

Wir danken allen Autorinnen und Autoren für Ihre Mitwirkung an diesem Heft. Herrn Professor Dr. Hanns Jürgen Küsters sind wir besonders verpflichtet für seine Unterstützung.

* * *

Für den Fachgruppenvorstand:

Dr. Monika Storm
Vorsitzende

Harry Scholz M.A.
Stv. Vorsitzender

Dr. Angela Keller-Kühne
Schriftführerin/Redaktion

DIE ARBEIT DER FACHGRUPPE IM RÜCKBLICK

DEUTSCHER ARCHIVTAG ERFURT 2008

Renate Höpfinger

Die Fachgruppe trat am Donnerstag, den 18. September 2008, auf dem 78. Deutschen Archivtag in Erfurt zu ihrer Arbeitssitzung zusammen. Tagungsort war der Thüringische Landtag. Insgesamt hatten sich ca. 40 interessierte Kolleginnen und Kollegen versammelt, die von den Gastgebern, der Landtagspräsidentin Frau Professor Dr. Dagmar Schipanski und dem Leiter des Parlamentsarchivs Dr. Harald Mittelsdorf, begrüßt wurden. Der Vorsitzende der Fachgruppe, Dr. Günter Buchstab, verwies auf die Fachgruppensitzung im Jahr 1999, die im Rahmen des Deutschen Archivtages in Weimar ebenfalls im Thüringischen Landtag abgehalten worden war, damals allerdings noch in den alten Gebäuden. Positiv vermerkte er, dass der Thüringische Landtag sein Archiv weiterhin in eigener Zuständigkeit verwalte. Denn nur so sei gewährleistet, dass nicht nur das Archivgut kompetent betreut, sondern auch die Geschichte des Landtags aufgearbeitet werde. Dr. Buchstab erläuterte das Motto des Archivtages „Für die Zukunft sichern! Bestandserhaltung analoger und digitaler Unterlagen“ und verwies auf seine große Relevanz für die Archive der Fachgruppe, die mit der Sicherung der Webseiten von Parteien und Parlamenten schon seit vielen Jahren die Vorreiter bei der Archivierung dieser neuen Quellengattung sind. Anschließend dankte er Frau Brigitte Nelles, die ihr Amt als stellvertretende Vorsitzende der Fachgruppe niedergelegt hatte, für ihre Tätigkeit und ihr großes Engagement und bedauerte ihr Ausscheiden aus dem Vorstand.

Die drei Fachvorträge und die sich anschließende Diskussion thematisierten die Einführung von Dokumentenmanagementsystemen aus unterschiedlichen Perspektiven. Zunächst präsentierte Herr Andreas Philipp, Leiter der Firma PDV-System GmbH, das Produkt VISkompakt, ein Dokumenten- und Vorgangsverwaltungssystem, das im Thüringer Landtag eingesetzt werden soll.

Anschließend schilderte Herr Eckhardt Steinbrück ausführlich aus Sicht der Landtagsverwaltung das Konzept und die Pilotierungsphase des Projekts. Unter Verzicht auf die Altdaten wird ein Neubeginn mit VIS zu Beginn der neuen Legislaturperiode nach der Landtagswahl 2009 angestrebt. Bis dahin sind bestimmte Arbeitsabläufe an VIS anzupassen und Schnittstellen für die Fraktionen und die Landesregierung bereitzustellen. Ungelöst ist nach wie vor die Problematik der Authentizität und Signatur der digitalen Dokumente, weswegen im Geschäftsgang vorerst die Papierversion das Leitdokument bleibt.

In seinem Beitrag „Furchtloser Archivar – papierloses Archiv“ berichtete Dr. Peter Sandner vom Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden vom Aufbau eines digitalen Archivs der hessischen Staatsarchive. Er bekräftigte alle Argumente für eine Einführung, wies besonders auf die Aufgabe der „Disziplinierung der Mitarbeiter, ihre Emails einzubinden“ hin und erwähnte den erheblichen Aufwand mit den Metadaten. Besonders dringlich erweise sich die Schaffung eines digitalen Archivs bei bestimmten Fachverfahren, die schon lange nur noch elektronisch arbeiteten und originäre elektronische Dokumente erzeugten, wie z. B. die Grundbuchämter. Nach einer dreimonatigen Phase zur Ermittlung der fachlichen Anforderungen und des Mittelbedarfs sei die damit beauftragte Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis gekommen,

- ein zentrales digitales Archiv für alle hessischen Archivsprengel einzurichten, mit organisatorischer Anbindung an die Gesamtstruktur, aber räumlich-organisatorischer Trennung zwischen elektronischer Altregistratur und digitalem Archiv;
- sich dabei an das OAIS-Modell anzulehnen;
- eine eigene Software anzuschaffen, um die DMS-Prozesse im Archiv abbilden zu können;

- ein integriertes Softwaretool für sämtliche Vorgänge der elektronischen Archivierung anzuschaffen, das es jedoch auf dem Markt noch nicht gebe.

Als Fazit seines Berichts wies er darauf hin, dass die Einrichtung eines digitalen Archivs einen erheblichen zusätzlichen Aufwand bedeute, wenigstens so lange, wie es Hybrid-Überlieferung gebe.

In der sich anschließenden Diskussion wurden Fragen nach der Festlegung von Standardformaten, nach unterschiedlichen DMS-Systemen, nach dem Problem der Nutzer und der Erzeugung der Metadaten, nach den Speicherorten sowie der Möglichkeit einer Erweiterung des digitalen Archivs für andere Archive und damit verbunden der Hoheit über ihre Daten erörtert.

An das Mittagessen, das auf Einladung und in Anwesenheit der Landtagspräsidentin Frau Professor Schipanski sowie der Direktorin beim Thüringer Landtag, Frau Dr. Birgit Eberbach-Born, erfolgte, schloss sich ein Referat des Leiters des Parlamentsarchivs Dr. Harald Mittelsdorf zur Geschichte des Landtags, der Struktur und Arbeit des Referats „Archiv, Bibliothek und Parlamentsdokumentation“ sowie ein sehr informativer Rundgang durch die Gebäude an.

DEUTSCHER ARCHIVTAG REGENSBURG 2009

Angela Keller-Kühne

Der Vorsitzende Dr. Günter Buchstab eröffnete die Sitzung und kündigte an, dass er nach über 16 Jahren Amtszeit für eine weitere Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung stehe. Zu seiner Nachfolgerin wurde auf seinen Vorschlag Dr. Monika Storm, Leiterin des Landtagsarchivs Rheinland-Pfalz, gewählt. Als Stellvertreter wählte die Fachgruppe Harry Scholz vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Neue Schriftführerin ist Dr. Angela Keller-Kühne vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Buchstab beglückwünschte den neuen Vorstand zu seiner Wahl und wünschte ihm alles Gute für seine Amtszeit. Der Ehrenvorsitzende und Mitgründer der Fachgruppe, Gerhard Eyckers, würdigte die Verdienste Günter Buchstabs um den Aufbau der Fachgruppe und hob die stets konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit mit ihm hervor. Seinem Engagement ist es zu verdanken, so Eyckers, dass die Partei- und Parlamentsarchive heute national und auch international ein integraler Bestandteil des Archivwesens sind.

Nach Abschluss des Wahlgangs bildete der Vortrag von Professor Dr. Hanns Jürgen Küsters, Nachfolger von Dr. Günter Buchstab im Amt des Hauptabteilungsleiters Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, den Schwerpunkt der Veranstaltung.

Professor Küsters gab einen umfassenden Überblick über das unterschiedliche Angebot der im Netz vorhandenen Portale zur Geschichte und Zeitgeschichte. Die Palette umfasst Seiten zur Parteien- und Landesgeschichte, biographische Darstellungen sowie Themenportale und Online-Editionen. Von der Qualität her sind diese Präsentationen höchst unterschiedlich. Der Nutzer findet sowohl unstrukturiert ins Netz gestellte Darstellungen, Quellentexte und Audiomaterialien unbekannter Herkunft, aber auch Portale mit einem umfassenden und strukturierten Informations- und Service-Angebot, das sowohl den politisch interessierten Laien, Schüler, Studenten und das Fachpublikum anspricht.

Am Beispiel des von ihm in Kooperation mit der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus konzipierten Internet-Portals www.konrad-adenauer.de schilderte Professor Küsters die Bedeutung des Internets für die politische Bildung und die zeitgeschichtliche Forschung. Unter Bezugnahme auf seinen Vortrag in der Sektionssitzung 2 des Deutschen Archivtages unter dem Motto „Bildungsarbeit im Netz“ am Vormittag, in der das Portal vorgestellt wurde, erläuterte er die enorme Bedeutung des Internets insbesondere für junge Menschen als Informationsquelle. In Deutschland stellen Jugendliche ca. 80 % der Internet-Nutzer.

Einerseits gelte es, diese Zielgruppe mit einem zeitgemäßen, attraktiven und fundierten Angebot anzusprechen, andererseits müssen Internet-Portale aber auch den Bedürfnissen des historischen Fachpublikums gerecht werden. Ziel ist es, eine breit gefächerte Gruppe von Internet-Nutzern anzusprechen: zeitgeschichtlich Interessierte, insbesondere Schüler, Lehrer und Studierende, aber auch die wissenschaftliche Fachwelt.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wird dem Nutzer des Konrad-Adenauer-Portals ein großes Spektrum an Informationen geboten, das sowohl Antworten auf populäre, aber auch auf wissenschaftliche Fragestellungen gibt. Dieses Portal ist, wie auch das bereits 2000 vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik konzipierte Portal zur Kanzlerschaft Helmut Kohls ein Baustein für den Aufbau eines Internet-Portals zur Geschichte der CDU. Neben den wichtigsten Daten der Biografie Adenauers, einer Fotogalerie und einer Ahnentafel finden sich auch eine Zusammenstellung seiner vielfältigen Erfindungen, Patente und Würdigungen sowie ein reichhaltiger Fundus an Zitaten und Textdokumenten. Darüber hinaus

bietet das Portal Plakate, Ton- und Videodokumente. Überblicksdarstellungen zeichnen die Lebensstationen Adenauers über vier Epochen deutscher Geschichte von 1876 bis 1967 nach. Ein weiteres Herzstück ist der Terminkalender des Bundeskanzlers, der mit zahlreichen Dokumenten hinterlegt ist. Eine umfangreiche Bibliographie, eine Übersicht über die Schriften Konrad Adenauers sowie die direkte Verlinkung mit den einschlägigen Beständen des Archivs für Christlich-Demokratische Politik und der Hinweis auf aktuelle Veranstaltungen und Jubiläen runden das Angebot ab.

Zeitgeschichtliche Portale im Internet sind aus dem modernen Archivwesen nicht mehr wegzudenken. Sie stoßen aber, wie die anschließende Diskussion zeigte, durch ein rigides Urheberrecht und rigide Schutzfristen für Archivalien an Grenzen. Sowohl hinsichtlich der Liberalisierung dieser Fristen, als auch hinsichtlich einer Harmonisierung des Urheberrechts auf gesamteuropäischer Ebene besteht Handlungsbedarf, damit die Archive in der modernen Informationsgesellschaft ihren neuen Aufgaben gerecht werden können.

Im Anschluss zog Dr. Buchstab eine Bilanz seiner Amtszeit als Vorsitzender der Fachgruppe. Besonders hob er die Gründung der Sektion der Partei- und Parlamentsarchivare im Internationalen Archivrat 1992 hervor, der er bis 2000 vorstand. Auch verwies er darauf, dass seitens der Partei- und Parlamentsarchivare wichtige Impulse für die Arbeit des Verbandes deutscher Archivare und Archivarinnen ausgegangen seien.

Die neue Vorsitzende, Frau Dr. Storm dankte in ihrem Schlusswort Dr. Buchstab und der langjährigen Schriftführerin Frau Dr. Höpfinger für die geleistete Arbeit und den Kolleginnen und Kollegen für das ausgesprochene Vertrauen.

ANMERKUNGEN ZUR GESCHICHTE DER FACHGRUPPE

Günter Buchstab

In den letzten Jahrzehnten hat sich das Archivwesen zunehmend differenziert. Ein Ausdruck dieser Entwicklung ist die Bildung zahlreicher Fachgruppen im VdA, und dazu zählt auch die Fachgruppe 6 der „Archivare an Archiven von Parlamenten, der Politischen Parteien, Stiftungen und Verbände“. Dass sich in ihr vornehmlich Vertreter von Parlamenten und parteinahen Archiven organisiert haben, findet seine innere Berechtigung darin, dass in Demokratien westlichen Zuschnitts Parteien und Parlamente als Komplementärgrößen unverzichtbare Bestandteile des Verfassungslebens sind. Dazu vorab einige grundsätzliche Bemerkungen, um die Bedeutung und die Arbeit unserer Fachgruppe sozusagen von einer höheren Warte aus einzuordnen und zu begründen.

Die Parlamente stehen im Zentrum des politischen Systems; ihre in freien und allgemeinen Wahlen berufenen Abgeordneten repräsentieren das Staatsvolk. Das Prinzip der nationalen Repräsentation wird in Zweikammersystemen ergänzt durch föderalistisch-regionale oder ständische Vertretungen. In Deutschland sind es neben Bundestag und Bundesrat die 16 Landtage bzw. Abgeordneten Häuser.

Neben den Parlamenten kommt den politischen Parteien entscheidende Bedeutung zu. Zwar verbieten sich generalisierende Feststellungen aufgrund der unterschiedlichen Strukturen von parlamentarischen und präsidentialen Demokratien und der Rolle der Parteien im jeweiligen System, die

sich – wie etwa in den USA – nur auf die Mobilisierung der Bürger bei den Wahlen beschränken. Dennoch ist im modernen parteienstaatlichen Parlamentarismus eine enge Verzahnung von Regierung und den sie tragenden Parteien bzw. Fraktionen üblich, während der parlamentarischen Opposition die Aufgabe zufällt, Regierung und Regierungsfractionen zu kontrollieren, zu kritisieren und der Öffentlichkeit politische Alternativen anzubieten. Das Parteiensystem soll – wie unterschiedlich die einzelnen Parteien organisiert und ihre Struktur auch ausgeprägt sein mögen – die Gesellschaft möglichst in all ihren Schattierungen, Teilinteressen, Strömungen, Gesinnungen repräsentieren und so gewissermaßen eine kommunikative Brücke bilden zwischen Staat und Gesellschaft. Die Parteien stellen das politische Führungspersonal und leisten insbesondere für die Parlamente personelle Zubringerdienste. Somit operieren sie an der Nahtstelle zwischen Staat und Gesellschaft. Außerdem sollen sie regierungsfähige Mehrheiten bilden können, d. h. über die Artikulation von Partikularinteressen hinaus zu einer mehrheitsfähigen Gesamtrepräsentation befähigt sein. Und nicht zuletzt haben die Parteien die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken – so formuliert es Artikel 21 des Grundgesetzes.

Aus ihrer großen Bedeutung im Verfassungsleben leitet sich für die Parteien und Parlamente in allen demokratischen Regierungssystemen der heutigen Zeit nicht nur die Legitimation, sondern auch die Verpflichtung zur Archivierung ihres Schriftguts und ihrer Auswertung her. Und darin liegen die Besonderheit und auch die Bedeutung der Zusammensetzung der Fachgruppe.

Am Anfang ihrer Entwicklung standen die Parlamentsarchive. In ihrer ursprünglichen Form hatten sie eine doppelte Funktion und waren im Archivwesen – typologisch gesehen – zwischen Archiv und Dokumentation einzuordnen. Diese Ausgangslage aber hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert.

In den Archiven, die auf eine lange Tradition zurückblicken können, galt die ursprüngliche Aufgabe der Archivierung des Schriftguts ihrer Träger, nicht zuletzt um die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Legislative gegenüber der Exekutive zu wahren. Zu ihren Aufgaben zählte die Archivierung des Registraturguts der Parlamentsverwaltungen und des Schrift-

guts der Parlamente, ihrer Ausschüsse und sonstiger Gremien, auch des parlamentarischen Bildguts und Tonträgermaterials sowie von Wahlkampfunterlagen. In ihrer Mehrzahl aber nehmen die Parlamentsarchive heute keine Archivtätigkeit mehr wahr, sondern treten eher als reine Dokumentationsorgane in Erscheinung. Denn zahlreiche Landesparlamente geben ihr Archivgut an Landesarchive ab und lassen es dort verwalten. Das hat vornehmlich finanzielle Gründe, ist möglicherweise aber auch darin begründet, dass das Bewusstsein der Eigenständigkeit der Legislative gegenüber der Exekutive zurückgegangen ist.

So ist in den meisten Parlamentsarchiven die Beschäftigung mit den Akten in den Hintergrund getreten und die Dokumentation in den letzten Jahrzehnten zur vorrangigen Aufgabe geworden. Dabei handelt es sich um sach- und personenbezogene Pressedokumentationen sowie die Erschließung und Bereitstellung der Parlamentspapiere vornehmlich zur Unterstützung der Abgeordneten. Bei den Gesetzesdokumentationen finden sich neben Urschriften zu Gesetzesvorhaben auch Initiativen, Anträge und Empfehlungen, Protokolle der Beratungen im Plenum und der Ausschüsse sowie Stellungnahmen der an der Gesetzgebung beteiligten Ressortministerien, ferner Eingaben von Bürgern und Interessenverbänden. Durch Zusammenstellungen der beschlossenen wie auch der nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe entsteht ein lückenloser Überblick über den Gang der Beratungen und die Entstehung eines Gesetzes. Erschlossen werden diese Materialien durch differenzierte Schlagwortsysteme, die von Land zu Land unterschiedlich sind.

Die Parteiarchive hingegen sind eher den „klassischen“ Archiven zuzurechnen. Zu ihren Aufgaben zählt die Archivierung der Unterlagen von Parteiverbänden und -gremien aller Ebenen, der Akten ihrer parlamentarischen Vertretungen sowie der Unterlagen von Politikern aus ihrer Tätigkeit in Parteiämtern, in Legislative und Exekutive, wobei es sich dabei um ihre Handakten handelt.

Erstmals zusammengetreten sind Vertreter der Parlamentsarchive auf dem Archivtag 1959 in Osnabrück. Die offizielle Zulassung als Fachgruppe beschloss die Mitgliederversammlung des VdA zwei Jahre später auf dem Archivtag in Regensburg. Der erste Vorsitzende Dr. Kurt Schumann vom Bundestagsarchiv wurde 1965 von Gerhard Eyckers vom Archiv des nord-

rhein-westfälischen Landtags abgelöst. Er war der eigentlich erste Vorsitzende der Fachgruppe und amtierte bis 1977. Wegen seiner großen Verdienste beim Aufbau und der Entwicklung der Fachgruppe wählten ihn ihre Mitglieder am Ende seiner Amtszeit zu Recht zum Ehrenvorsitzenden. Dank seiner tatkräftigen Unterstützung konnten – nach einem Vorlauf auf dem Archivtag in Mainz 1975 – die parteinahen Archive in die Fachgruppe integriert werden. Seit Ende der 1960er Jahre hatten die damals im Bundestag vertretenen Parteien eigene Archive in den ihnen nahestehenden politischen Stiftungen gegründet, die sich schnell und dynamisch entwickelten. Insofern war es folgerichtig, dass sich ihre wachsende Bedeutung bald auch in der Repräsentanz im Vorstand der Fachgruppe niederschlug. Seit 1981 bilden Vertreter der Archive der Parlamente und der Parteien jeweils den Vorstand: Günther Bradler vom Landtagsarchiv in Stuttgart war von 1977 bis 1993 Vorsitzender, seit 1981 war ich – als Vertreter eines parteinahen Archivs – stellvertretender Vorsitzender, seit 1993 bis 2009 Vorsitzender – also ebenfalls 16 Jahre lang; stellvertretende Vorsitzende waren Helga Schmöger vom bayerischen Senatsarchiv bis 2001 und Brigitte Nelles vom Bundestagsarchiv bis 2008. Diese große Kontinuität im Vorstand hat sicher Vorteile, aber zwölf oder 16 Jahre sind eine vielleicht zu lange Zeitspanne für eine Amtszeit, und ich möchte aus meiner heutigen Sicht deshalb zu bedenken geben, ob man nicht nach jeweils acht Jahren einen Wechsel im Vorstand der Fachgruppe vornehmen sollte – so wie es z. B. im Internationalen Archivrat statutenmäßig vorgesehen ist.

Trotz der Tatsache eines gewissermaßen janusköpfigen Charakters der Fachgruppe, in der „klassische“ Archive und Dokumentationsstellen vereint sind, hat sich ihre Zusammensetzung durchaus als sinnvoll erwiesen, wenn es auch nicht ganz einfach war, ist und wohl auch bleiben wird, die unterschiedlichen Aufgaben klassischer Archivtätigkeiten (vornehmlich der Parteiarchive) und moderne Dokumentations- und Informationsdienstleistungen unter einen Hut zu bringen. Zudem darf nicht übersehen werden, dass auch Forschungsorganisationen und museale Einrichtungen in der Fachgruppe vertreten sind. Ich freue mich, dass auch das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (München), vertreten durch Dr. Helge Kleifeld, der Fachgruppe beigetreten ist. Insgesamt zählt sie in den letzten Jahren zwischen 90 und 100 Mitglieder – ein Drittel aus den Parlamentsarchiven, mehr als die Hälfte aus den parteinahen Archiven, der Rest aus unter-

schiedlichen Einrichtungen. Nach dem Stand vom September 2009 umfasst die Fachgruppe 91 Mitglieder, davon neun korporative.

Der erwähnte janusköpfige Charakter der Fachgruppe hatte und hat zur Folge, dass zur Erörterung von Sachfragen die beiden Hauptgruppen sich gesondert treffen – eine *itio in partes* gewissermaßen, was in Regensburg, dem Ort des Archivtags 2009, am Sitz des Immerwährenden Reichstags des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation durchaus einer Erwähnung wert ist, wo die drei Kurien – Kurfürstenrat, Fürstenrat und Städte- rat – jeweils zu getrennten Sitzungen zusammentraten, bevor sie anschließend gemeinsam tagten. Die Parlamentsvertreter veranstalten eigene Sitzungen, um ihre Probleme beim Aufbau und Ausbau der Dokumentationssysteme zu besprechen und gemeinsame Standards zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln. Auch für die parteinahen Archive, deren Leiter sich seit Ende der 1990er einmal im Jahr treffen, um ihre speziellen Belange in einem intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch zu behandeln, hat sich diese Praxis als sehr fruchtbar erwiesen.

Diese Veranstaltungen – und dazu gehören natürlich die gemeinsamen Fachgruppensitzungen, die in der Regel während der Archivtage stattfinden – dienen aber nicht nur dem Informations- und Erfahrungsaustausch in fachlicher Hinsicht. Sie dienen gleichermaßen – und dies halte ich für ebenso wichtig – dem persönlichen Kennenlernen und dem direkten Kontakt. Denn nur so weiß man, wer sich mit den gleichen Problemen des Alltagsgeschäfts herumschlägt und an wen man sich gegebenenfalls wenden kann, um sich auszutauschen und Rat einzuholen. Die Teilnahme an Archivtagen halte ich aber auch aus einem weiteren Grund für wichtig: Man wird hier – als Weiter- oder Fortbildungsmaßnahme – mit Aspekten der Archivtätigkeit konfrontiert, die jenseits des häufig hoch spezialisierten Tagesgeschäfts liegen, den Blick weiten, neue Horizonte eröffnen und so über den Tellerrand der eigenen Arbeit hinausweisen.

Ich will an dieser Stelle auf das vielseitige Programm und die Schwerpunkte der Fachgruppensitzungen in den letzten 16 Jahren nicht im Einzelnen eingehen; das würde hier den Rahmen sprengen. Die jeweiligen Themen sind dokumentiert und können nachgelesen werden in den „Mitteilungen der Fachgruppe“, die einschließlich dieser Ausgabe in 34 Nummern vorliegen. Ein Blick in diese „Mitteilungen“ zeigt, dass sich die Elektronifizierung

und Digitalisierung in den letzten Jahren zum vorrangigen Themenfeld der Sitzungen entwickelt hat – wie könnte es auch anders sein angesichts des rasanten Tempos, das die moderne Technologie genommen hat. Gerade hier zeigt sich, dass sich – trotz der unterschiedlichen Schwerpunkte von Archiven und Dokumentationen – die Arbeitsweisen im Archivwesen verändert haben und zunehmend angleichen. Dies ist in unserer Fachgruppe schon frühzeitig deutlich geworden. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Befassung mit Fragen der Digitalisierung und Archivierung audiovisueller Materialien oder die Archivierung von Internetauftritten der Archivträger bzw. deren „Zielgruppen“; gerade bei dem letzten Punkt hat sich die Zusammenarbeit der Parteiarchive und ihre Vorreiterrolle bei der Entwicklung und Implantation eines Archivierungsprogramms hervorragend bewährt. Auch mit Fragen des zunehmend komplexeren Urheberrechts oder der Eingruppierung im Tarifrecht haben wir uns schon befasst, als dies noch keine Themen für das breitere Archivtagspublikum waren.

Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang, dass auch eine Fachgruppe über ihre Vertreter im VdA-Vorstand Impulse für die Themensetzung auf Archivtagen geben kann. So gehen die Themen „Archive und Wissenschaft“ oder „Archive und Öffentlichkeit“ auf meine unmaßgebliche Anregung zurück.

Wollte man ein Fazit ziehen, so wird man sagen können, dass die Fachgruppe in manchen Dingen Themen gesetzt hat und so ihrer Behandlung in der breiteren Öffentlichkeit der Archivtage immer einen Schritt voraus war. Sie, die Fachgruppe, funktioniert also trotz ihrer etwas heterogenen Mitgliederstruktur, sie funktioniert auch aufgrund des Kooperationswillens der Mehrheit der Fachgruppenmitglieder. Ihr Ruf im VdA ist gut, und das gilt auch für das Renommee der deutschen Parlaments- und Parteiarchive im internationalen Kontext. Nicht zuletzt hat sich 1992 ein unserer Fachgruppe vergleichbarer Zusammenschluss von Parlaments- und Parteiarchiven im Internationalen Archivrat gebildet, der nach einer Tagung von europäischen Parlaments- und Parteiarchivaren in Bonn 1988 auf unsere Initiative hin entstanden ist.

Ich will aber nicht verhehlen, dass die Einbindung der Parlamentsarchive oder -dokumentationen in die Fachgruppe in den letzten Jahren schwieri-

ger geworden ist, da die Parlamentsverwaltungen Dienstreisen zu Archivtagen – vornehmlich aus Kostengründen – zunehmend restriktiv handhaben. Trotz mehrfacher Interventionen bei den entsprechenden Verwaltungschefs ist es nicht gelungen, ein größeres Verständnis für die Beteiligung an den Fachgruppensitzungen auf Archivtagen zu wecken und Abhilfe zu schaffen. Dies gilt auch im Hinblick auf den internationalen Bereich. Die deutschen Parlamente sind in der entsprechenden Sektion des Internationalen Archivrats nicht vertreten – m. E. ein etwas bedenkliches Zeichen von Provinzialismus – und dies in Zeiten der Europäisierung und Globalisierung! Vielleicht gelingt es ja dem neuen Vorstand, diesen Rückzug auf das Proprium der Archivträger zu stoppen oder gar umzukehren. Es wäre zu wünschen.

Zum Ende meiner Amtszeit möchte ich für das Vertrauen, das mir entgegengebracht worden ist, und für die Mitarbeit der Kolleginnen und Kollegen herzlich danken, ohne die ein Vorsitzender bekanntlich nicht agieren kann. Ich wünsche dem neuen Vorstand eine gute Hand, der Fachgruppe eine gedeihliche Zukunft und den Mitgliedern alles Gute für ihr persönliches und berufliches Wohlergehen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND HISTORISCH-POLITISCHE BILDUNG

ZEITHISTORISCHE QUELLEN IM INTERNET ALS BEITRAG ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Hanns Jürgen Küsters

Welchen Beitrag leisten derzeit zeithistorische Quellen im Internet zur politischen Bildungsarbeit? Um diese Frage zu beantworten, wird anhand einiger Beispiele auf die Unterschiedlichkeit der Darstellungsprofile einzugehen und das Ausmaß zugänglicher Quellen zu analysieren sein. Unter zeitgeschichtlichen Quellen werden hier vornehmlich Dokumente aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verstanden. Als Nutzer werden Kinder, Schüler, Jugendliche, Lehrer, Studenten, politisch Interessierte und Wissenschaftler vorausgesetzt.

Im Folgenden gilt es, fünf verschiedene Bereiche von Internetseiten zu untersuchen, und zwar: erstens, biographische Seiten deutscher Politiker, teils im Vergleich mit biographischen Seiten ausländischer Politiker, vornehmlich aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten; zweitens, parteigeschichtliche Internetseiten der großen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, drittens, landesgeschichtliche Internetauftritte einzelner deutscher Länder einschließlich der Parlamentsarchive; viertens, Themenportale, die zu besonderen Anlässen oder mit speziellen aktuellen Fragestellungen angeboten werden, und fünftens, politische Editionen, die von amtlichen Archiven oder zeithistorisch arbeitenden Institutionen in Deutschland und im westlichen Ausland bearbeitet und online herausgegeben werden.

Nun kann man heute aus vielfältiger Sicht eine solche Analyse vornehmen, bietet das Internet doch zumindest vier klassische Informationsträger zur Nutzung an:

- den Text in Form des faksimilierten Dokumentenoriginals oder des abgeschrieben Textes, voll oder teilweise recherchierbar,
- das stehende Bild, schwarzweiß oder in Farbe,
- der Ton und
- das bewegte Bild in Form des Films, Filmausschnitts oder Videoclips.

Ansprechend aufbereitete Seiten arbeiten heute mit allen Medienformen und fordern durch interaktive Bedienung den Nutzer heraus, sich immer weiter auf eine Internetseite, besser gesagt, auf die Unter- und Unterunterseiten einzulassen, weil es da irgendwo doch vielleicht noch etwas Wichtiges und Interessantes zu entdecken gibt. Heute gilt eigentlich: Wer auf seiner Seite nicht alles irgendwie zu präsentieren vermag, übersichtlich und attraktiv im Layout, erscheint heillos veraltet. Inwieweit allein der Auftritt, also die Homepage den Nutzer verleitet, sich mit der Seite zu befassen, lasse ich im Weiteren unberücksichtigt. Der Aspekt scheint mir jedoch nicht unmaßgeblich zu sein, wenn man Ziel und Mittel politischer Bildungsarbeit im Netz betrachtet.

BIOGRAPHISCHE INFORMATIONEN

Kommen wir zu dem ersten Aspekt, den biographischen Internetseiten deutscher Politiker und vergleichen sie mit ähnlich gestalteten Seiten ausländischer Politiker. Zum mittlerweile üblichen Angebot derartiger Seiten gehören die mehr oder weniger ausführlichen biographischen Angaben, die zum Teil gemischt werden mit Informationen zu ausgewählten Ereignissen, die in der politischen Vita der Betroffenen von großer Bedeutung sind oder waren. Das größere amtliche Informationsgebot eröffnet zugleich auch eine bessere Informationschance für den Nutzer. Heute gehört es zum Standard höchster staatlicher Repräsentanten, eine Rubrik mit Reden und Interviews auf der Homepage bereit zu halten. Was früher in gedruckter Form als Auswahl diesbezüglicher Äußerungen erschien, kompensiert heute der Internetauftritt. Beinahe täglich sind aktuelle Reden und Interviews des Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin und der Kabinettsmitglieder verfügbar. Über die Besuchliste, die mit Bildern die ein-

zelenen Stationen des Bundespräsidenten und auch der Bundeskanzlers widerspiegeln, ist auch hier eine sehr viel leichtere Möglichkeit zur Information gegeben. Auf der Seite der Bundeskanzlerin findet sich zudem ein Kalender, der ihre wichtigen Termine, Begegnungen oder Auftritte enthält. Das ist eine unschätzbare Quelle, die sich für die Vorgänger im Amt nur zum Teil mit allergrößten Mühen zusammenstellen lässt und teils erforscht werden muss. Hierzu sei auf das Adenauer-Kalendarium verwiesen, das zwar den weitgehenden Anspruch eines Itinerars hat und immerhin alle Termine aus den Kanzlerjahren 1949 bis 1963 und darüber hinaus bis zum Tode 1967 enthält, aber noch längst nicht vollständig ist. Für die Merkel-Forschung ist der Kanzler-Kalender — auch wenn er nicht alle Termine preisgibt — von unschätzbarem Vorteil.

Dagegen bietet der Auftritt von ehemaligen deutschen Spitzenpolitikern ein disparates Bild. Die Homepage von Hans-Dietrich Genscher beschränkt sich ausschließlich auf biographische Angaben, während die Seite von Theodor Heuss auf textliche Darstellungen mit Bebilderung ausgewählter Ereignisse im Leben des ersten Bundespräsidenten eingeht. Dokumente sucht der Nutzer vergebens. Ähnlich sieht es auf den Seiten über Herbert Wehner aus; die Seite zu Helmut Schmidt erfährt derzeit eine neue Internetpräsenz. Dafür ist der Altkanzler stark im Bereich der Videoauftritte und als Twitter präsent. Ein fast gleiches Bild bietet sich bei Altkanzler Gerhard Schröder. Fundierter wird der Interessierte dagegen auf der Seite von Willy Brandt unterrichtet. Neben dem Beitrag von Helga Grebing sind einige ausgewählte Reden als Textdokument verfügbar, dazu eine Dokumentation zum Thema „Willy Brandt und die APO“ mit zehn Dokumenten.

Das ACDP bemüht sich seit kurzem wieder intensiv darum, durch Biogramme, die neben biographischen Daten eine Darstellung der Lebensstationen, eine Fotogalerie, spezielle Literaturhinweise und Verlinkung zu Archivbeständen enthält, den verschiedenen Nutzerbedürfnissen stärker nachzukommen. Als Beispiel seien nur die Darstellungen über Josef Hermann Dufhues, Franz Meyers, Heinrich Krone und Manfred Wörner genannt. Auf die Adenauer-Seite brauche ich nicht weiter einzugehen. Die Seite zu Helmut Kohl wird momentan renoviert; ähnliche Internetauftritte zu Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger harren noch der Erarbeitung.

In eine ähnliche Richtung, die jeweilige Persönlichkeit dokumentarisch facettenreich darzustellen, entwickelt sich die Seite über Franz Josef Strauß unter fjs.de. Hier sind zahlreiche Hinweise auf Lebensdaten, Publikationen und politische Themenfelder abgedeckt, mit einigen Dokumenten, die allerdings noch erweiterungsfähig sind.

Schaut man auf ausländische Politiker, so fällt auch dort die erhebliche Spannbreite, bei einigen Persönlichkeiten aber auch die stark auf Dokumente ausgerichtete Präsentation auf. Die Seite Charles de Gaulle ist viersprachig verfügbar, neben französisch, englisch und deutsch auch chinesisch, enthält alle medialen Darstellungsformen und bietet somit ein breites Nutzungsspektrum. Gleiches gilt für den italienischen Christdemokraten Alcide de Gasperi. Hier werden ausführlich Dokumente aufgelistet, die momentan jedoch nicht mit Texten unterlegt oder kommentiert sind. Ähnliches gilt für die britischen Premierminister Winston Churchill und Margaret Thatcher. Wer die Korrespondenz zwischen ihr und Ronald Reagan aus den 1980er Jahren in Teilen studieren will, kann sich eine Reihe von Briefwechseln herunterladen. Zweifelsohne sind die Internetseiten der amerikanischen Presidential Libraries mit hohem finanziellem Aufwand ausgestattet und entsprechend illustriert gestaltet. Die wohl beeindruckendste Zusammenführung aller medialen Darstellungsformen zeigt die Seite von John F. Kennedy und dessen White House Diary, das als Kalender, ausschließlich für seine Präsidentschaftszeit von Januar 1961 bis November 1963 Termine, Reden, Filmausschnitte und Bilder zusammenführt. Hier wird ein Schüler kaum nützliche Informationen für sich finden, wenn er nicht besonders gute Vorkenntnisse besitzt. Dafür ist diese Quelle für den Wissenschaftler eine Fundgrube. Die Seite des amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower präsentiert als herausragendes Merkmal einen Familienstammbaum.

Zur Geschichte der Europäischen Gemeinschaften ist unter www.ena.lu ein großes Angebot zusammengetragen worden, das zugleich einen wichtigen Dokumentenbestand enthält. Hier finden Nutzer eine Fülle zentraler Quellen zur Entwicklung der europäischen Integrationsgeschichte mit zum Teil detaillierten Dokumenten wie beispielsweise den Briefwechsel zwischen dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle und dem britischen Pre-

mierminister Harold Macmillan, der im November 1958 zum Scheitern der Verhandlungen über die europäische Freihandelszone führte.

PARTEIGESCHICHTLICHE DARSTELLUNGEN

Wer sich mit der Geschichte der großen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auf der Grundlage von Dokumenten befassen will, wird im Netz nicht besonders komfortabel bedient. Zu dem klassischen Angebot aller Parteien gehören Grundsatzprogramme, Wahlprogramme, Satzungen, Statute sowie Beschlüsse von Parteitag und Parteigremien. Als Bildgalerie gibt es dann noch Plakate und Fotos der führenden Köpfe. Darüber hinaus sucht der Nutzer meist vergeblich nach weiteren Angeboten wie Mitgliederzahlen, Strukturentwicklungen, politischen Weichenstellungen, Grundsatzreden oder dokumentierten Auseinandersetzungen verschiedener Parteiflügel über Sachthemen.

Die mit Abstand weitest reichenden Daten bietet die CSU mit einer ausführlichen Zeittafel zu den wichtigsten Eckpunkten der Parteigeschichte, teils mit Bildergalerien und Plakaten untermauert, Verlinkungen zu Organisationseinheiten wie Arbeitskreisen einschließlich dort gehaltener Grundsatzreden und ausgewählten Arbeitspapieren wiedergegeben werden. Das Archiv für Christlich-Soziale Politik bietet auf seiner Homepage eine umfangreiche Chronologie an, Kurzbiographien zu den CSU-Parteivorsitzenden, Wahlergebnisse und Informationen zu den Parteitagen.

Die CDU macht auf ihrer Seite nur einige Dokumente zugänglich, dafür hält die Konrad-Adenauer-Stiftung Parteitagsbeschlüsse und Wahlprogramme bereit. Eine neue Internetseite zur Geschichte der CDU ist in Vorbereitung. Eine ausführliche Datensammlung zur Geschichte der FDP hat Udo Leuschner zusammengestellt. Der Link auf „Geschichte der Fraktion“ verheißt auf Anhub viel; dahinter verbirgt sich allerdings nur eine Ansammlung von Köpfen der Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion. Lediglich die Freiburger Thesen von 1971 sind im Wortlaut zugänglich. Ebenso hält es die SPD. Neben Daten zur Parteigeschichte lässt sich das Godesberger Programm downloaden. Das Grüne Gedächtnis beschränkt sich auf das übliche, bereits skizzierte Angebot. Bei der SED lässt sich kaum noch eine genaue Unterscheidung zwischen der Parteigeschichte und der DDR-Geschichte ausmachen. Zu sehr sind beide ineinander verschmolzen.

Die Linke hat inzwischen auch die Geschichte der PDS adaptiert. Immerhin präsentiert sie eine Dokumentenauswahl zu ihrer Geschichte seit 1991 in Form eines 35-seitigen Handouts zur Geschichte Die Linke.PDS, die als PDF-Datei herunterladbar ist. Von der Geschichte der SED ist dabei keine Rede mehr.

LANDESGESCHICHTE

Internetauftritte zur Zeitgeschichte einzelner deutscher Länder bieten ein unterschiedliches Informationsspektrum mit diversen Themenschwerpunkten, oftmals jedoch ohne direkten Dokumentenzugang. Eine vorbildhafte Internetseite stellt die Virtual Library Geschichte der Universität Regensburg dar. Sie enthält vielfältige Informationen und Dokumente zur Geschichte Bayerns. Zur Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens unter www.geschichte.nrw.de lassen sich über eine Zeitleiste mit weiteren Verlinkungen zur historischen Entwicklung in den vier Bereichen Politik, Bildung, Gesellschaft und Sport Fakten zusammentragen, die mit anschaulichem Bildmaterial unterstützt werden. Zur Geschichte Baden-Württembergs hat Manfred Ebener ein Lexikon zusammengestellt. Eine umfangreiche Darstellung der Geschichte Niedersachsens von den Anfängen bis zur Gegenwart als PDF-Datei präsentiert Peter Hoffmann. Daneben liefert der ehemalige Direktor des Instituts für Historische Landesforschung, Ernst Schubert, Kartenmaterial, Bilder und Erläuterungen. Allerdings sind nur zwei Dokumente zur Geschichte online hier verfügbar. Wer auf der Suche nach der Geschichte Hessens ist, landet bald auf der Internetseite des Hessischen Staatsarchivs Marburg, die in einem Themenkatalog die Rubrik Bildung und Erziehung anbietet, worunter sich aber ein Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von null bis zehn Jahren befindet. Die Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz bietet einen groben Überblick über die Landesgeschichte, gespickt mit Texten, Bildern, Video-Sequenzen und Dokumenten.

Während Hamburg und Bremen noch erheblichen Nachholbedarf in der Präsentation ihrer Landesgeschichte im Internet haben, existiert für Schleswig-Holstein zumindest eine Zeittafel, die weitere Verlinkungen enthält. Darunter übrigens eine Dokumentation zur Barschel-Pfeiffer-Affäre. Außerdem wird eine Virtual Library zur Geschichte des Landes angeboten, die Martin Rheinheimer von der Syddansk Universität betreut. Dort finden

sich auch Hinweise auf Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte, u. a. mit Dokumentationen zur NS-Zeit im Norden Deutschlands.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Blick auf die unterschiedliche Reichweite der online verfügbaren Parlamentsdokumente in Form von stenographischen Berichten der Plenarsitzungen, Drucksachen, Ausschusssitzungen, Anfragen etc. Hervorzuheben ist der Auftritt des rheinland-pfälzischen Parlaments, das zugleich als einziges nutzerfreundlich alle Links zu den anderen Landesparlamenten anbietet. Zusammengefasst ergibt sich folgendes Bild: Die Landesparlamente der alten Bundesländer haben ab Mitte der 1990er Jahre Dokumente online zur Verfügung gestellt, die neuen Bundesländer alle ab der 1. Wahlperiode ihrer Neugründung 1990. Lediglich Bayern bietet diesen Service bereits für die Jahre ab 1946 an. Das Saarland verweist den Nutzer auf eine Suchmaske, ohne jede weitere Dokumentenspezifizierung. Sachsen hat seine Dokumente nicht geordnet, hier kann man sich überraschen lassen, welche Treffer angezeigt werden. Der Deutsche Bundestag geht mit seinen Materialien momentan bis zur 8. Wahlperiode 1976 zurück.

THEMENPORTALE

Themenportale sind Websites, die sich auf spezielle Fragen oder Sachbezüge konzentrieren und auf verschiedene Zielgruppen gerichtet sind. Einige der Webangebote begleiten Projekte andere sind reine Online-Angebote. Das sicherlich bekannteste Portal ist „Zeitgeschichte online“, das zweifellos umfangreichste Angebot zu allen möglichen Themenbereichen zur Erleichterung von Recherchen und Forschung. Trotz der Breite gibt es hier jedoch eine Reihe von Schwächen. So sind längst nicht alle zugänglichen Quellen und Dokumentationen hier aufzufinden. Zudem besteht eine starke Konzentration auf die Themen Holocaust, Vertreibung, Terrorismus und Erster Weltkrieg. Ein weiteres wichtiges Portal ist das des Deutschen Historischen Instituts Washington „Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern“ (germanhistorydocs.ghi-dc.org), das auch wichtige Dokumente zu einzelnen Phasen der deutschen Geschichte von 1500 bis 2006 umfasst. Ähnlich aufgebaut und sich über den gleichen zeitlichen Umfang erstreckend, ist das Themenportal Europäische Geschichte clio-online, das von der Humboldt-Universität in Berlin betrieben wird. Starken staatstragenden Charakter hat das Portal „documentArchiv.de“, das wich-

tige Erlasse, Anordnungen etc. zur deutschen Geschichte bis in die Gegenwart zusammenfasst. Zur DDR boomen geradezu die Auftritte. Mythos DDR, Stiftung Aufarbeitung, unzählige Auftritte der Gedenkstättenkultur sind hierüber aufzurufen. Die Qualität ist ganz unterschiedlich. Mindeststandards in der Informationsverbreitung sind derzeit nicht erkennbar. Vielmehr überwiegt das Bestreben, eine bunte Palette anzubieten, ein Medienmix also, da Visuelles und Textliches in Konkurrenz stehen. Oftmals bestimmt die Aufmachung und Gestaltung der Seite die Beschäftigung mit deren Inhalten.

Zu klassischen politischen Themen findet man vornehmlich bei der Bundeszentrale für politische Bildung mehr Texte. Historisch gutgemachte und verlässliche Karten sind nur schwerlich zu recherchieren, vermutlich wegen der Urheberrechtsfrage. Bei brechten.de/deutschland/index.htm lässt sich eine Reihe interessanter Kartenmaterialien aufrufen.

ARCHIVE UND EDITIONEN

Bekanntlich gehören Editionen zeitgeschichtlicher Quellen zur Grundlagenforschung und sind ohne Archive und deren Bestände nicht zu erstellen. Erstaunlich ist allerdings, dass in Deutschland solche kommentierten Quelleneditionen nur in geringem Maße im Internet verfügbar sind, verglichen mit der Anzahl der gedruckt verfügbaren Dokumente. Das Digitalisierungsniveau zeitgeschichtlicher Quellen hält sich noch stark in Grenzen. Von der Edition der vom Bundesarchiv herausgegebenen „Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ und der im Rahmen der Edition „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ 1998 erschienenen Sonderedition „Deutsche Einheit“ einmal abgesehen, sind bislang weder die übrigen Bände dieser Reihe im Internet verfügbar, noch die vom Institut für Zeitgeschichte bearbeiteten „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“.

Ganz anders sieht dagegen die Situation im Ausland aus. Die „Foreign Relations of the United States“ erlauben den Zugriff auf eine Vielzahl von Bänden und stellen eine gewaltige Informations- und Forschungsquellenbasis dar. Nicht minder komfortabel ist der auf einem Datenbanksystem aufgebaute Quellenfundus der „Documents Diplomatiques Suisses“, also die amtliche Edition der Dokumente zur schweizerischen Außenpolitik.

Rein kommerziell werden die „Documents on British Policy Overseas“ offeriert. Hier gibt es also einen erheblichen Nachholbedarf.

Abschließend sei noch ein Blick auf die digitalen Zugangsmöglichkeiten zu Archivmaterialien im Internet geworfen. Die gewiss führende Position nimmt die National Archives and Records Administration der Vereinigten Staaten von Amerika ein. Hier ist eine Vielzahl digitalisierter historischer Dokumente herunterladbar.

BILDER UND PLAKATE

Zeithistorische Bilder und Plakate im Internet zu recherchieren, ist relativ einfach. Eine Vorreiterrolle spielt dabei das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung mit seiner Bilddatenbank, die etwa 100.000 Bilder zu meist öffentlichen Anlässen, aber auch gesellschaftlichen Entwicklungen offeriert. Sie stellen eine vorzügliche Quelle für die politische Bildungsarbeit dar. Auch die politischen Stiftungen oder andere Einrichtungen mit politischem Bildungsauftrag oder -anspruch bedienen sich zunehmend solcher Angebote, um ihre Internetseiten damit attraktiver zu gestalten. Dem Nutzer eröffnete sich ein reichhaltiges Angebot, wobei auf die Nutzungsrechte in den seltensten Fällen eindeutig hingewiesen wird.

FAZIT

Zeitgeschichtliche Quellen im Internet prägen heute in vielfältiger Weise das politische Bildungsangebot. Erläuternde Texte sind das vorherrschende Instrumentarium. Bilder, Film-, Video- und Tonsequenzen sowie Grafiken sind als Begleitmaterialien unverzichtbar, nicht nur um „Bleiwüsten“ zu vermeiden und das Layout ansprechender zu präsentieren. Die mediale Unterstützung dient der Veranschaulichung und Vertiefung des Dargebotenen. Dabei ist die Spannweite für die Nutzer unbegrenzt. Das Material nutzt dem Schüler wie dem Studenten, dem Lehrer an der Volkshochschule und dem politisch Interessierten, dem Wissenschaftler wie dem Fakten suchenden Journalisten.

TAG DER ARCHIVE 2010

Dorothea Oelze

Dieses Jahr war es mal wieder soweit: Der Verband der deutschen Archivarinnen und Archivare (VdA) veranstaltete am 6. und 7. März den 5. Tag der Archive. Auch das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin bei Bonn hat sich erneut an dieser bundesweiten Aktion zur öffentlichkeitswirksamen Präsentation von Archiven beteiligt. Bereits zum vierten Mal wurden hier Türen und Magazine geöffnet, um Interessierten einen Blick hinter die Kulissen eines modernen Archivs zu ermöglichen.

Durch das verheerende Unglück des Einsturzes des Kölner Stadtarchivs am 3. März 2009 ist das Archivwesen und seine gesellschaftliche und wissenschaftliche Funktion als Wissensspeicher ins öffentliche Bewusstsein gerückt worden. Es bestand also die Hoffnung, dass genau ein Jahr nach dem Unglück ein verstärktes Interesse der Öffentlichkeit für den Tag der offenen Tür bestehen würde. Neugier zu erfahren, was überhaupt ein Archiv ist, wie es arbeitet und was es leistet. Erst mit einem Einblick in den Aufbau, die Funktionen und Arbeitsweisen eines Archivs, lassen sich die Ausmaße des Verlustes in Köln begreifen.

VORBEREITUNG

Zunächst war abzuwägen, wie das ACDP die Vorgaben des VdA umsetzen sollte. Die Veranstaltung eines Tages der offenen Tür am Wochenende schied für das ACDP auf Grund seiner außerstädtischen Randlage in Sankt

Augustin grundsätzlich aus. Wir entschieden uns deshalb, die Dauer der Veranstaltung auf einen Tag zu reduzieren und auf Freitag, den 5. März vorzulegen. Auch das benachbarte Stadtarchiv von Sankt Augustin entschied sich für diese Lösung, so dass dem interessierten Besucher in fußläufiger Reichweite ein kommunales und ein politisches Archiv zum Besuch offen standen.

Mit dem Motto „Dem Verborgenen auf der Spur“ hatte der VdA eine sehr offene Themenstellung vorgegeben, der das ACDP grundsätzlich folgen wollte. Das Sammlungsprofil des ACDP bringt es allerdings mit sich, dass es keine Dokumente zu Geheimbünden, Verliesen oder Familienforschung verwahrt. Es verfügt nicht über mittelalterliche urkundliche Schätze, kostbare Handschriften oder Unterlagen zu regionalen Besonderheiten, wie das benachbarte Stadtarchiv Sankt Augustin. Die Frage war also, wie das Thema öffentlichkeitswirksam mit den im Hause vorhandenen Beständen dargestellt werden konnte.

Tag der Archive



Konrad Adenauer Stiftung
 Archiv für Christlich-Demokratische Politik
 VdA - Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.

Tag der offenen Tür
5. März 2010
von 10:00 bis 17:00 Uhr

Dem Verborgenen auf der Spur - Politiker und Privatmensch



Konrad Adenauer als Student (rechts)

Wir ermöglichen Ihnen interessante Einblicke in das Privatleben bekannter Politiker und die Arbeit eines modernen Archivs im 21. Jahrhundert.



Archiv für Christlich-Demokratische Politik
 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
 Rathausallee 12 53757 Sankt Augustin
 Tel. 02241-246 2581
 www.kas.de

2010

Interessant wird es erfahrungsgemäß meist da, wo es anfängt zu „menscheln“. Weil wir natürlich mit dem Tag der offenen Tür eine möglichst breite Interessentengruppe ansprechen wollten, entschied sich das Organisationsteam dafür, diese persönliche Komponente aufzugreifen. Da ein großer Teil des Schriftguts in Personenbeständen des ACDP aus persönlichen und privaten Unterlagen christlich-demokratischer Politiker besteht, wählte man das Thema: „Dem Verborgenen auf der Spur – Der Privatmensch hinter dem Politiker“. Die Besucher sollten in einer Ausstellung eine Seite bekannter Politiker kennen ler-

nen, die meist und vor allem in früheren Jahren der Öffentlichkeit verborgen blieb: die Persönliche. So wurden Zeugnisse, handschriftliche Dokumente und Briefe, Fotos, Ausweise, persönliche dreidimensionale Gegenstände und vieles mehr für eine Ausstellung zusammengetragen, die beispielsweise Schul- und Ausbildungszeit, berufliche Tätigkeiten außerhalb der Politik, Kriegserlebnisse und Hobbys bekannter und weniger bekannter Politiker dokumentierten.

Mit der Festlegung des Veranstaltungstermins und -themas konnte die Öffentlichkeitsarbeit begonnen werden. Die regionalen Heimat- und Geschichtsvereine, die CDU und ihre Vereinigungen und vor allem Schulen in der Umgebung wurden mit persönlichem Anschreiben informiert und zum Tag der offenen Tür eingeladen.

Eine Pressemitteilung mit einer Veranstaltungsankündigung wurde an die lokale Presse, insbesondere die auflagenstarken Wochenzeitungen, geleitet. Daneben wurde persönlicher Kontakt zum lokalen Radio-Sender Bonn-Rhein-Sieg und zur Bonner Tageszeitung General-Anzeiger aufgenommen. Auch der WDR, als Fernsehsender mit regionaler Berichterstattung, wurde eingeladen, einen Beitrag in unserem Hause zu produzieren.

Die Resonanz der Presse auf die Pressemitteilung war unterschiedlich. Die Wochenblätter des Rhein-Sieg-Kreises veröffentlichten eine zum Teil recht umfangreiche Veranstaltungsankündigung. Die Bonner Medien allerdings griffen unsere Initiative leider nicht, oder nur in der Beilage für den Rhein-Sieg-Kreis, auf.

Umso erfreulicher war deshalb die Bereitschaft des WDR, im ACDP und im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung einen gemeinsamen Beitrag zum Tag der Archive zu drehen. Ein Team des WDR machte Filmaufnahmen der Magazinführung und von Highlights der Ausstellung. Mit Aufnahmen aus dem Archiv der sozialen Demokratie wurden sie zu einem Beitrag über den Tag der Archive in Bonn zusammengestellt und zwei Tage vor der Veranstaltung in der Sendung Lokalzeit ausgestrahlt.

Als letztes Element der Öffentlichkeitsarbeit kündigten Plakate, gemäß unserer Interpretation des Mottos gestaltet, die Veranstaltung an. Der Aushang erfolgte an zentralen Stellen in Sankt Augustin und Umgebung, dar-

unter insbesondere in Büchereien, Buchhandlungen und kirchlichen Einrichtungen.

ZIELGRUPPENARBEIT

Im Kern soll beim Tag der Archive den einzelnen Archiven nicht nur die Gelegenheit geboten werden, sich als Einrichtung vorzustellen. Vielmehr sollen neue Zielgruppen an die Einrichtung und die ihnen dort zur Verfügung stehenden Möglichkeiten herangeführt werden. Aus diesem Grund verlagerte das ACDP den Schwerpunkt seiner Werbemaßnahmen auf Schulen bzw. Schüler.

Ein Anliegen war es dabei, den Bildungsauftrag des Archivs im Rahmen von Geschichts- und Politikunterricht durch Schülerführungen und außerschulische Unterrichtseinheiten zu erfüllen. Zum anderen sollten Schüler, und damit potenzielle Studenten, das Archiv als Recherchemöglichkeit kennenlernen.

Selbstverständlich hat dieser Bildungsauftrag auch für den Komplex der Universitäten oder Fachhochschulen Geltung. Die Erfahrung der letzten Jahre hat jedoch gezeigt, dass eine Bewerbung der Veranstaltung an der Universität außerhalb des Semesters kaum Früchte trägt.

Es wurde schnell klar, dass es nur über persönliche Kontakte möglich war, Lehrer und Schülerklassen für den Besuch des Tages der offenen Tür zu interessieren. So gelang es schließlich, einen Geschichts-Grundkurs, Jahrgangsstufe 13 des Gymnasiums am Ölberg, Königswinter-Oberpleis, für eine Führung und eine Unterrichtseinheit zum Thema „Adenauer und die Europäische Integration“ zu gewinnen.

Im Kontext dieser Zielgruppenarbeit haben wir auch das Interesse der nordrhein-westfälischen Ausbilder und Ausbilderinnen des Fachbereichs Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste (FaMI) an einer Führung durch das Archiv und eine Präsentation seiner Arbeit und Sammlungsschwerpunkte besonders begrüßt. Insbesondere hinsichtlich ihrer Funktion als Multiplikatoren im Bereich des Archivwesens ist ihr Interesse besonders positiv zu werten.

DER TAG DER ARCHIVE

Das Angebot des ACDP am Veranstaltungstag integrierte verschiedene Räumlichkeiten des Archivs sowie unterschiedliche Präsentationsmedien.

Den ersten Schwerpunkt der Veranstaltung bildete die Ausstellung mit Dokumenten und Gegenständen zum Motto „Dem Verborgenen auf der Spur – Der Privatmensch hinter dem Politiker“. Sie erstreckte sich auf Foyer und Lesesaal und wurde durch eine fortlaufende Fotopräsentation ergänzt. Zusätzlich wurden in der Cafeteria, die auch zur Bewirtung der Gäste genutzt wurde, zwei Filme in der Dauerschleife vorgeführt, die Adenauer als Privatmensch in seinem Feriendomizil Cadenabbia und während der Ateliersitzungen mit dem Maler Oskar Kokoschka zeigten.

Ein weiteres Hauptangebot der Veranstaltung waren naturgemäß Magazinführungen, die flexibel je nach Bedarf abgehalten wurden. Hier wurde die Arbeitsweise des Archivs grundsätzlich und anhand von Beispielen, ebenfalls gemäß dem Motto der Veranstaltung ausgewählt, verdeutlicht.

Darüber hinaus konnte sich der Besucher über die EDV-gestützte Verarbeitung des Archivguts durch das Archivierungsprogramm FAUST und die vom ACDP gestalteten und betreuten Internetportale konrad-adenauer.de und helmut-kohl.de informieren. Zu diesem Zweck war ein allgemeiner Recherche-Computer zur Verfügung gestellt worden.

Um die Bilanz der Veranstaltung schon vorweg zu nehmen: Die Resonanz der Öffentlichkeit fiel geringer aus, als es sich durch die positive Aufnahme der Veranstaltung in der Presse des Rhein-Sieg-Kreises, des Beitrags im WDR und insbesondere auch vor dem Hintergrund des Unglücks in Köln hatte hoffen und vielleicht auch erwarten lassen können.

Im Vergleich zu den Besucherzahlen der letzten Tage der offenen Tür haben wir unsere Besucherzahl kaum steigern können. Auch das Profil der Interessierten unterschied sich nicht nennenswert von den vergangenen Veranstaltungen. Wie bereits in früheren Jahren, hatten vor allem ältere Menschen und Mitglieder der CDU-Vereinigungen die Einladung zum Anlass genommen, das Archiv zu besuchen, manche nicht zum ersten Mal. Bedauerlicherweise interessierten sich, unabhängig vom Geschichts-

Grundkurs, keine Studenten und nur sehr vereinzelte Schüler für das Angebot.

Der Besuch der Ausbilder des FaMI-Ausbildungsberufs, denen das ACDP in Führungen wie auch in Gesprächen ausführlich vorgestellt wurde, stieß auf sehr positive Resonanz, da hier ein Einblick in die Arbeitsweise und damit auch Ausbildungsrealität einer konkreten Einrichtung gewährt wurde.

Die außerschulische Unterrichtseinheit des Geschichts-Grundkurses gliederte sich in eine Führung durch das Magazin mit einer knappen Einführung in das Archivwesen sowie in eine Einführung zum vorher abgesprochenen Thema „Adenauer und die Europäische Integration“ mit anschließender Quellenarbeit und Diskussion. Wir konnten mit Freude feststellen, dass das Archiv mit diesem Angebot auf reges Interesse bei den Schülern gestoßen ist und durchaus als erfolgreiches Konzept für außerschulischen Unterricht im ACDP angesehen werden kann. Gleichzeitig haben wir die Erfahrung machen müssen, dass der zeitliche und insbesondere der inhaltliche Ablauf von Schüler-Veranstaltungen stärker gestrafft werden muss, um den mit der Schule vereinbarten Zeitrahmen mit dem von uns vorgesehenen Programm einzuhalten.

Besonders möchten wir auf den Besuch von Dr. Hans-Gert Pöttering, dem neuen Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, hinweisen. Er nutzte ebenfalls den Tag der offenen Tür, um sich ausführlich über das Archiv und seine Arbeitsschwerpunkte zu informieren. Darüber hinaus nahm er sich, als früherer Präsident des Europäischen Parlaments, Zeit für eine Begegnung und ein kurzes Gespräch mit der Schülergruppe, mit der wir, wie bereits erwähnt, eine Unterrichtseinheit zum Thema Europäische Integration gestalteten.

WELCHE SCHLÜSSE ZIEHT DAS ACDP AUS DEM TAG DER ARCHIVE 2010?

Trotz verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und Bewerbung der Veranstaltung in den lokalen Medien ist es dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik – wie vielen anderen Archiven auch – nicht gelungen, die Besucherzahlen gegenüber den Vorjahren deutlich zu steigern. Das mag zum einen in der Berichterstattung der Medien im Vorfeld des Tages der Archive begründet sein. Zum anderen hat sich vermutlich auch die Nähe zum Stadtarchiv

Sankt Augustin auf die Besucherzahlen des ACDP ausgewirkt. Der überwiegende Teil der Bürger und Bürgerinnen aus der Region bevorzugte wohl einen Besuch im Stadtarchiv, da hier das Interesse vorrangig auf der Erkundung der eigenen Heimatgeschichte lag. Dort wurden Dokumente zur Geschichte des eigenen Umfeldes präsentiert, die entsprechend des Sammlungsprofils eines Stadtarchivs vorgehalten werden. Auch mag die enge Vernetzung mit den ortsansässigen Heimatforschern ein Grund für den Gang in dieses Archiv gewesen sein. Das ACDP konnte mit seinem Konkurrenzangebot diese Klientel nicht erreichen. Bei uns fanden sich überwiegend politisch interessierte Bürger und Bürgerinnen ein, die ihrerseits auf den Gang in das Kommunalarchiv verzichteten.

Für eine Beteiligung des ACDP am nächsten Tag der Archive ist die Aktivierung neuer Zielgruppen erforderlich. Kooperationen mit neu gewonnenen Partnern sollten initiiert und langfristig gepflegt werden. Zu denken wäre beispielsweise an eine Koordination des Datums mit der Volkshochschule und anderen Anbietern von Fortbildungsveranstaltungen in der Region. Auch die Kontaktaufnahme zu geschichtsorientierten Vereinen oder Verbänden wäre sicherlich ein interessanter Ansatzpunkt. Wie bei der Zielgruppe der Schüler und Studenten gilt aber auch für diese, dass das Angebot eines allgemeinen Tages der offenen Tür nicht hinreichend sein kann, um ein bleibendes Interesse zu erwecken. Vielmehr muss darüber hinaus ein auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnittenes und vorab abgeprochenes Programm erarbeitet werden.

Aufgrund des Arbeitsaufwandes ist jedoch zu erwägen, ob das Archiv im Hinblick auf seinen Bildungsauftrag und auf die Öffnung gegenüber der neuen Forschergeneration sowie unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Arbeitskapazitäten, den Schwerpunkt seiner Öffentlichkeitsarbeit lediglich auf die Zielgruppe der Schüler und Studenten legen sollte.

Durch den Ausbau des Angebotes im archivpädagogischen Bereich könnte gezielt Verbindung zu Schulen bzw. Universitäten im Allgemeinen und Lehrern bzw. Dozenten im Besonderen, zu Lehrerverbänden sowie Elternvereinigungen aufgenommen werden.

Um die erwähnten Zielgruppen erreichen zu können, ist eine auf die Bedürfnisse des Interessenten abgestimmte flexible Terminabsprache not-

wendig. Angebote während der Semesterferien oder während der Abiturvorbereitung werden erwiesenermaßen nicht wahrgenommen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat für alle Beteiligten gezeigt, dass der Tag der Archive nicht die erhoffte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gefunden hat und dies trotz großem Engagement und Einsatz aller Mitarbeiter.

Für das ACDP stellt sich nun die Frage, ob sich eine Beteiligung am Tag der Archive 2012 grundsätzlich wieder als alleinige Option anbietet, oder ob eine effiziente und ökonomische Öffentlichkeitsarbeit nicht durch zusätzliche flexible und individuelle Absprachen mit den zuvor angesprochenen Zielgruppen mehr Erfolg verspricht.



Dr. Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der Konrad-Adenauer Stiftung, Professor Dr. Hanns Jürgen Küsters, Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftlichen Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, mit Schülern des Gymnasiums am Ölberg, Königswinter-Oberpleis, am Tag der Archive (Foto: Harald Odehnal).

NEUE ARCHIVISCHE QUELLEN

DIE AKTEN DER LEITUNGSEBENE DER CDU-BUNDESPARTEI IM ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK

Bert Riehle

Die Bestandsgruppe 07-001 im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) umfasst die Akten der CDU-Bundespartei, bestehend aus etwa 1.200 lfm verzeichneter und unverzeichneter Materialien. Ein Teil dieser Bestandsgruppe betrifft die Leitungsebene der Partei, die sich aus den Unterlagen des Parteivorsitzenden, des Generalsekretärs und des Bundesgeschäftsführers zusammensetzt. Im Folgenden soll über die Bearbeitung dieses Themenbereichs berichtet werden.

Die Akten der Leitungsebene sind seit 2009 im Zeitraum von 1950 (dem Gründungsjahr der Bundes-CDU) bis 1973 (Übernahme des Parteivorsitzes durch Helmut Kohl) vollständig erschlossen. Für die Zeit danach liegt vor allem der Schriftwechsel Allgemein und mit Organisationen (wie z. B. Verbänden oder Vereinen) in abschließend bearbeiteter Form vor, sofern entsprechende Unterlagen vorhanden sind. Darüber hinaus sind seit kurzem die Akten von Generalsekretär Kurt Biedenkopf (1973–1977) vollständig bearbeitet. 2010 steht die Erschließung der Akten der Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke (1973–1978), Helmut Holle (1978–1979) und Ulf Fink (1979–1981) im Zentrum der Tätigkeit.

Die folgende Übersicht zeigt, wie viele Faszikel bei den verschiedenen Aktenbildnern im Zeitraum zwischen 1950 und 1973 vorhanden sind:

Parteivorsitzende

Zeitraum	Name	Faszikel
1950–1966	Konrad Adenauer	48
1966–1967	Ludwig Erhard	21
1967–1971	Kurt Georg Kiesinger	72
1971–1973	Rainer Barzel	–

Generalsekretäre

Zeitraum	Name	Faszikel
1967–1971	Bruno Heck	189
1971–1973	Konrad Kraske	52

Bundesgeschäftsführer

Zeitraum	Name	Faszikel
1952–1957	Bruno Heck	34
1958–1970	Konrad Kraske	98
1970–1971	Rüdiger Göb	10
1972–1973	Ottfried Hennig	18

Das Amt des Parteivorsitzenden gibt es seit 1950, den Bundesgeschäftsführer seit 1952 und den Generalsekretär seit 1967. Vorläufer im Amt des Generalsekretärs waren ab 1962 der Geschäftsführende Vorsitzende Josef Hermann Dufhues¹ und ab 1966 das Geschäftsführende Präsidialmitglied Bruno Heck.² Nach dem aktuellen Statut von 2007 werden sowohl Parteivorsitzende(r) als auch Generalsekretär vom Parteitag gewählt, der Generalsekretär auf Vorschlag des Parteivorsitzenden (§ 29). Der Bundesgeschäftsführer wird dagegen im Einvernehmen mit dem Präsidium vom Generalsekretär ernannt (§ 37).

1 Siehe den Artikel über Josef Hermann Dufhues mit Lebenslauf unter <http://www.kas.de/wf/de/71.6226> (Abruf: 19.5.2010).

2 Siehe den Artikel über Bruno Heck mit Lebenslauf unter <http://www.kas.de/wf/de/71.7369> (Abruf: 19.5.2010).

Die Verzeichnung der Akten der Leitungsebene orientiert sich an der Struktur, die für die Akten der Bundesgeschäftsstelle insgesamt gilt:³

- Leitung und Stabsorgane⁴
- Bundesgeschäftsstelle
- Parteigliederungen⁵
- Fraktionen und Mandatsträger
- Bund und Länder
- Sachthemen
- Schriftwechsel
- Parteien, Stiftungen und Verbände
- Kirchen
- Büroorganisation

Zu beachten ist dabei, dass zwei Sachgruppen nicht im Bereich der Leitungsebene verzeichnet werden: Zum einen handelt es sich hier um alle Akten, die sich auf die Tätigkeit von Parteigremien beziehen (z. B. Parteitage oder Bundesvorstand), zum anderen um alle Wahlkampfunterlagen. Für beide Sachgruppen gibt es im Gesamtfindbuch der CDU-Bundespartei eigene Gliederungspunkte. Alle Wahlkampfunterlagen – betreffend die Bundestags-, Landtags-, Kommunal- und Europawahlkämpfe sowie die DDR-Wahlkämpfe 1990 – liegen zwischenzeitlich für den Zeitraum von 1946 bis 1998 in vollständig bearbeitetem Zustand vor.

Bei der Verzeichnung wurde darauf geachtet, dass durchgehend ein direkter Zusammenhang zwischen den Vorgängen, die im Findbuch erwähnt werden, und dem jeweiligen Faszikel besteht: Jedem Vorgang im „Enthält“-Feld entspricht im Faszikel eine Pappe mit Stichwort, so dass die entsprechenden Dokumente schnell aufgefunden werden können.

Die Anzahl der im Findbuch erwähnten Vorgänge schwankt in ihrer Quantität erheblich, da es große Unterschiede in der Bedeutung der verschiede-

3 Siehe hierzu Konrad Kühne: CDU-Bundesgeschäftsstelle, in: Winfried Becker u. a. (Hg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn 2002, S. 452–453.

4 „Stabsorgane“ sind Organe, die direkt der Parteileitung unterstellt sind wie z. B. der Justitiar oder die Pressestelle.

5 Zu den Parteigliederungen zählen zum einen die CDU-Verbände (Landes-, Kreis- und Ortsverbände) und zum anderen die CDU-Vereinigungen und Sonderorganisationen (wie z. B. Evangelischer Arbeitskreis oder Junge Union).

nen Akten gibt. Besonders bedeutsam sind die Akten von Konrad Adenauer, die allerdings sehr lückenhaft sind, da sich die meisten Unterlagen Adenauers im Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus befinden. Auch die Nachlässe Rainer Barzels und Ludwig Erhards sind nicht im ACDP zu finden, sondern im Bundesarchiv bzw. in der Ludwig-Erhard-Stiftung.⁶ Die Nachlässe von Kiesinger (ACDP 01-226), Heck (ACDP 01-022), Kraske (ACDP 01-790), Hennig (ACDP 01-682) sowie Biedenkopf (ACDP 01-446) befinden sich dagegen im ACDP. Die Akten der Parteivorsitzenden Adenauer, Erhard und Kiesinger wurden während ihrer Amtszeit im Bundeskanzleramt geführt.

Besondere Erwähnung verdienen Bruno Heck und Konrad Kraske: Sowohl 1958 als auch 1971 folgte Kraske auf Heck – zuerst als Bundesgeschäftsführer, dann als Generalsekretär. Zusammen arbeiteten sie von 1954 bis 1957 (hier war Heck Bundesgeschäftsführer und Kraske stellvertretender Bundesgeschäftsführer) und von 1967 bis 1970 (hier war Heck Generalsekretär und Kraske Bundesgeschäftsführer). Da Akten bei einem Wechsel im Amt teilweise weitergeführt wurden, sind die Unterlagen von Bruno Heck und Konrad Kraske nicht immer klar voneinander zu trennen. Man kann sogar mit einer gewissen Berechtigung von einer „Ära Heck-Kraske“ zwischen 1952 und 1973 sprechen, da die CDU-Bundesgeschäftsstelle von ihnen in dieser Zeit maßgeblich geprägt wurde.

Die Akten der CDU-Leitungsebene sind für die Geschichte der CDU ebenso wie für die deutsche Geschichte insgesamt bedeutsam. Im Folgenden soll eine kleine Auswahl an inhaltlich interessanten Vorgängen vorgestellt werden.

VERHÄLTNIS ZUR CDU IN DER DDR

Im Jahr 1966 kam es seit Februar zu einem offenen Briefwechsel zwischen SPD und SED, der allgemein die Neigung förderte, mit DDR-Stellen in Kontakt zu treten. So wurden im Mai von der Bundesregierung Richtlinien beschlossen, die Verwaltungskontakte mit DDR-Stellen in erweiterter Form zuließen. Im Juni legte das CDU-Präsidium jedoch fest, dass kommunale Partnerschaften mit DDR-Gemeinden weiterhin nicht in Frage kommen. Noch im Juni machte der Geschäftsführer des Landesverbandes Nordba-

⁶ Von Ludwig Erhard existiert im ACDP (ACDP 01-554) lediglich ein Nachlasssplitter.

den, Albert Keuler, Bundesgeschäftsführer Kraske auf eine mögliche Unvereinbarkeit beider Positionen aufmerksam. Dies führte schließlich dazu, dass Bruno Heck als Geschäftsführendes Präsidialmitglied allen Landesgeschäftsführern ein Schreiben zukommen ließ, in dem er deutlich machte, dass beide Sachverhalte getrennt werden können und sollen.⁷

Schon im Frühjahr 1966 war es zu einem mit der Bundespartei nicht abgestimmten Briefwechsel zwischen dem West-Kreisverband Wuppertal und dem Ost-Kreisverband Glauchau gekommen: Im April lud der Kreisverband Glauchau einige Mitglieder des Kreisverbandes Wuppertal zu einer Kreisdelegiertenkonferenz ein. Zwar wurde dieses Angebot mit der Begründung, dass die Einladung zu spät eingetroffen sei, nicht angenommen, jedoch wurden im Antwortschreiben Vertreter des Kreisverbandes Glauchau zur 20-Jahr-Feier des Kreisverbandes Wuppertal im Mai eingeladen.⁸ Eine weitere Initiative zu dieser Zeit war der Versuch des Präsidiums der CDU in der DDR, beim Bundesparteitag der CDU in Bonn im März 1966 einen Brief abzugeben, der jedoch vom Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues nicht angenommen wurde mit der Begründung, „die Christlich Demokratische Union sei eine demokratische Partei und nehme keine Briefe von Parteien an, denen die Qualifikation als demokratische Partei nicht zugesprochen werden könne.“⁹

Ebenfalls nicht beantwortet wurde auch ein im März 1953 an „Herrn Abgeordneten Dr. Konrad Adenauer“ gesandter Brief der Parteileitung der CDU in der DDR, in dem Adenauer aufgefordert wurde, die Ratifizierung des Generalvertrages und des EVG-Vertrages abzulehnen. Die Folgen einer Annahme der Verträge werden mit drastischen Worten beschrieben: „Diese Verträge vertiefen die Spaltung unseres Vaterlandes ... Diese Verträge verhindern die Wiedervereinigung Deutschlands ... Diese Verträge hemmen die demokratische und friedliche Entwicklung des deutschen Volkes ... Diese Verträge bedeuten die freiwillige Anerkennung der Versklavung Westdeutschlands ... Die Verträge von Bonn und Paris bereiten die Entfesselung eines dritten Weltkrieges vor“. Stattdessen sollten Verhandlungen aufgenommen werden auf Grundlage des durch die Stalin-Note von 1952

7 ACDP 07-001-11304.

8 ACDP 07-001-10119.

9 Ebd.

vorgezeichneten Weges mit dem Ziel, „die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands“ zu erreichen.¹⁰

Die CDU war bestrebt, Bedarfsgüter an die Bürger der DDR zu senden, so z. B. im Jahr 1952 im Rahmen einer Paketaktion. Ein „Merkblatt für Pakete in die Sowjetzone“ listet auf, was die Pakete enthalten sollten: beispielsweise „Butter oder beste Margarine“, „Schokolade, Kakao, Reis“, „Ölsardinen, Räucherfisch“, an Medikamenten „vor allem Kopfschmerztabletten“, „Lebertran für Erwachsene und Kinder gegen Tuberkulose“ und schließlich auch „nicht mehr gebrauchte Bekleidungsstücke in gewaschenem und gut überholtem Zustand“.¹¹ Aber auch Aufklärungsmaterial wurde jahrelang in die DDR geschickt, dessen Versendung, wie Bundesgeschäftsführer Kraske in einem Schreiben aus dem Jahr 1968 darlegte, bestimmten Vorgaben unterlag: „Sämtliches Druckmaterial enthält ... einen Vermerk, daß die Adressen der Empfänger ohne deren Wissen ausgewählt werden“, um die Empfänger nicht zu gefährden. Und: „Die Absender müssen selbstverständlich fingiert sein, weil die Sendungen, würden sie etwa zentral in Bonn aufgegeben, ohne Schwierigkeiten vom MfS erkannt und schon an der Grenze festgehalten würden.“¹²

Mitte der 1970er Jahre bemühte sich die DDR verstärkt, den Heiligen Stuhl zu veranlassen, für das Gebiet der DDR eine eigene Bischofskonferenz einzurichten. Die CDU versuchte dies zu verhindern und erstellte deswegen ein an Papst Paul VI. gerichtetes Aide-Mémoire „mit der dringenden Bitte, diesen Bestrebungen nicht zuzustimmen“, da mit einer zustimmenden Entscheidung eine ganze Reihe von negativen Konsequenzen für die deutschen Katholiken verbunden sei. Anfang Oktober 1976 sprachen der Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke und der ehemalige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Heinrich Krone auch mit dem Apostolischen Nuntius Guido Kardinal del Mestri über dieses Thema, wobei sie vor allem darauf hinwiesen, dass „eine selbständige Bischofskonferenz in der DDR ... einer Besiegelung der deutschen Teilung“ gleichkäme. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das Aide-Mémoire übergeben, und der Nuntius sagte zu, es bald dem Papst vorzulegen. Es war sogar ein Gespräch zwischen Nuntius und Helmut Kohl als Parteivorsitzendem in der Diskussion,

10 ACDP 07-001-10105.

11 ACDP 07-001-12067.

12 ACDP 07-001-12026.

das allerdings, als die Entscheidung des Vatikan festzustehen schien, nicht mehr für sinnvoll erachtet wurde.¹³ Tatsächlich kam es dann auch schon Ende Oktober 1976 zur Errichtung der sogenannten „Berliner Bischofskonferenz“.¹⁴

KONRAD ADENAUER UND LUDWIG ERHARD

Im Jahr 1956 forderte die CSU von Bundeskanzler Adenauer eine Kabinettsumbildung. Dabei sollte nach ihrer Ansicht dadurch für eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Regierung gesorgt werden, dass ein „Koordinationsministerium“ geschaffen wird, das die Arbeit der anderen mit wirtschaftlichen Fragestellungen befassten Ministerien koordiniert. Franz Etzel wurde als Leiter des neuen Ministeriums vorgeschlagen. Auch wenn Adenauer wenig von diesem Vorschlag hielt, sagte er der CSU zu, sich mit Etzel in Verbindung zu setzen. Zuvor führte er ein Gespräch mit Ludwig Erhard über diese Frage, der ablehnend reagierte und dies einige Tage später auch schriftlich begründete: „Auf keinen Fall aber ... könnte ich einer Lösung zustimmen, die einen Minister ohne selbständigen Geschäftsbereich mit der ausschließlichen Aufgabe der Koordinierung betraut und ihn in seiner Stellung als ‚Vizekanzler‘ deutlich zu einem ‚Überminister‘ stempeln würde.“ Etzel selbst, den der Brief Adenauers erst nach knapp einer Woche erreichte, da er auf einer Studienreise in Skandinavien war und sich gerade am Polarkreis aufhielt, vertrat in seinem Antwortschreiben dieselbe Ansicht wie Adenauer, wobei er ebenfalls überzeugt war, dass Erhard den Vorschlag der CSU nicht akzeptieren würde.¹⁵

Das Verhältnis zwischen Adenauer und Erhard war nicht besonders gut, was auch der Öffentlichkeit nicht verborgen blieb. So schrieb beispielsweise der Bezirksverband Pfalz im Juni 1959 an Bundeskanzler Adenauer: „Die CDU-Pfalz ist sehr beunruhigt über die jüngste Entwicklung Ihres Verhältnisses zu Prof. Erhard ... Wir fürchten sehr, daß das gemeinsam von Ihnen und Prof. Erhard aufgebaute Werk gefährdet wird.“¹⁶ Im Oktober 1961 schrieb dann der Bundestagsabgeordnete Gottfried Leonhard an Adenauer, „daß unbedingt ein besseres Verhältnis zwischen Ihnen und

13 ACDP 07-001-12038.

14 Näheres hierzu siehe unter http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/bildmaterial/ueber_uns/Geschichte-Deutsche-Bischofskonferenz_Langfassung.pdf (Abruf: 19.5.2010).

15 ACDP 07-001-10085.

16 ACDP 07-001-10108.

Herrn Minister Erhard hergestellt werden muß, wenn unserer Sache nicht weiter großer Schaden zugefügt werden soll.“¹⁷ Zur gleichen Zeit kritisierte der Bundestagsabgeordnete Josef Schlick Adenauers „kühle Zurückhaltung gegen Herrn Erhard“, wobei er schrieb, dass „bei mir und sehr, sehr vielen treuen Anhängern von Ihnen Ihr Verhalten Herrn Erhard gegenüber als nicht richtig und unserer Sache nicht dienlich angesehen wird.“ Diese Vorwürfe wurden von Adenauer in seinem Antwortschreiben durch eine Reihe von Gegenargumenten zurückgewiesen mit der Absicht, seine Beziehung zu Erhard in ein positiveres Licht zu stellen.¹⁸

Die Schwierigkeiten, in die Bundeskanzler Erhard im Jahr 1966 geriet, spiegeln sich auch in einigen Akten des Bestandes: So schrieb er nach dem im März abgehaltenen Bundesparteitag an Helmut Kohl, der entgegen den eigenen Erwartungen nicht ins Präsidium gewählt worden war, u. a. folgendes: „So ist es mir natürlich nicht unbekannt geblieben, daß um mich Intrigen in Gang gesetzt wurden.“ und: „Ob es nicht die gleichen Kreise und Kräfte waren, deren Stärke wohl nicht hinreichte, mich abzuwählen, wohl aber für dieses Mal Ihnen den Weg in die Parteispitze zu verlegen?“¹⁹ Das letztgenannte Zitat ist besonders interessant, da es noch im ersten Entwurf hieß „mich zu stürzen“, was von Erhard dann in „mich abzuwählen“ umgeändert wurde.²⁰

Im Juni wurde dann von Ernst Müller-Hermann ein von insgesamt 70 Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag unterschriebener Brief an Erhard gerichtet mit der Bitte um ein Gespräch mit den wesentlichen Außenpolitikern der Fraktion, um angesichts der „sich wiederholenden widerspruchsvollen Erklärungen maßgeblicher Unionspolitiker zur Außenpolitik ... zu einer gemeinsamen außenpolitischen Konzeption und zu einer gemeinsamen Sprachregelung ... zu gelangen.“²¹ Die notwendige Aussprache zu diesem Thema fand jedoch nicht statt, und auch in anderen Themenbereichen wurden keine Fortschritte erzielt, wie Franz Amrehn im September an Erhard schrieb: „Nach fast einem halben Jahr muß ich feststellen, daß das Präsidium in keiner wichtigen Frage unserer

17 ACDP 07-001-10113.

18 Ebd.

19 ACDP 07-001-11303.

20 ACDP 07-001-10121.

21 ACDP 07-001-10015.

politischen Zukunft eine grundlegende Diskussion geführt hat und zu Führungsentscheidungen gekommen ist.“ Offen machte Amrehn letztlich Erhard selbst für die Probleme in der Partei verantwortlich: „Die Unruhe entsteht daraus, daß sich unsere Mitglieder und Wähler von ihrer politischen Führung nicht mehr überzeugend angesprochen fühlen.“²²

PARTEIANGELEGENHEITEN – DREI AUSGEWÄHLTE BEISPIELE

Ausgangspunkt des ersten Vorgangs ist die Frage eines Bürgers vom Februar 1959, ob man Mitglied der CDU werden kann, auch wenn man keiner Konfession angehört. In einem nicht abgesandten Antwortschreiben vom April gab Bundesgeschäftsführer Kraske folgende Antwort: „Obwohl die Satzung der CDU darüber keine ausdrücklichen Bestimmungen enthält, ist der Geschäftsführende Vorstand der Ansicht, dass eine Mitgliedschaft in der CDU grundsätzlich nur für Angehörige einer christlichen Glaubensgemeinschaft in Frage kommt.“ In einem weiteren Entwurf vom April heißt es dagegen: „Der geschäftsführende Vorstand hat festgestellt, daß die Satzung der CDU keine Bestimmung darüber enthält, nach der die Mitgliedschaft in der CDU die Mitgliedschaft in einer christlichen Glaubensgemeinschaft voraussetzt.“

In ähnlicher Weise schrieb Kraske im Juni in einer Stellungnahme, „dass wir von dem Bundesstatut der CDU ausgehen müssen, das für die Mitgliedschaft innerhalb der CDU bekanntlich die Zugehörigkeit zu einer der christlichen Kirchen nicht zur unbedingten Voraussetzung macht.“ Er fügte jedoch hinzu: „Allerdings würde ich einen Unterschied zwischen der einfachen Mitgliedschaft einerseits und der Wahl in Vorstände oder der Kandidatur für einen Landtag oder den Bundestag andererseits machen“. Förmlich beantwortet wurde die Anfrage nicht; letztes Dokument ist ein Schreiben des Bundestagsabgeordneten Bruno Heck an Kraske vom November des Jahres, in dem er abschließend feststellt: „[V]on der Fraktion ist ein Geschäftsvorgang auf meinem Schreibtisch gelandet, mit dem Sie – wie ich sehe – auch schon befaßt waren ... Ich vermag beim besten Willen keinen vernünftigen Grund zu finden, warum ich mich mit dieser Frage befassen soll.“²³

22 ACDP 07-001-10120.

23 ACDP 07-001-12026.

Ausgangspunkt des zweiten Vorgangs ist das an Bundeskanzler Adenauer gerichtete Schreiben eines JU-Bezirksvorsitzenden aus dem Jahr 1963, dem als anerkannter Kriegsdienstverweigerer vom Landesvorstand empfohlen wurde, sich „hinsichtlich der Ausübung von Ämtern in der JU und der Partei zurückzuhalten“ – eine Antwort, die ihn nicht befriedigte. Der Bundesvorsitzende der JU Bert Even wurde nun um eine Stellungnahme gebeten, in der er den seit 1955 gültigen Beschluss der JU zur Frage der Kriegsdienstverweigerung zitierte: „Grundsätzlich ist jeder Mann verpflichtet, zur Verteidigung von Familie und Volk bereit zu sein ... Nur in Ausnahmefällen ist es gerechtfertigt, daß Staatsbürger die Bereitschaft ablehnen, den Frieden mit der Waffe zu sichern und im Falle eines Angriffs die Freiheit zu verteidigen. Dieser Ausnahmefall ist gegeben, wenn jemand sich aus tiefster Gewissensnot verpflichtet fühlt, jeglichen Waffendienst abzulehnen. Menschen, die eine solche sittliche Verpflichtung spüren, achten wir, obwohl wir anderer Meinung sind.“ Letztes Dokument des Vorgangs ist ein Antwortentwurf des Kanzlerbüros, in dem es heißt, „daß der vom Landesvorstand der CDU an Sie gegebenen Empfehlung keineswegs die Absicht zu Grunde gelegen hat, Sie ... von der Beteiligung an der aktiven Mitarbeit in der Jungen Union auszuschließen, sondern vielmehr so gemeint war, daß Sie bei der Ausübung Ihrer Ämter nicht in Gewissenskonflikte gebracht werden sollten.“²⁴

Ausgangspunkt des dritten Vorgangs ist das Ende 1975 an Generalsekretär Biedenkopf gerichtete Schreiben eines Vaters, dessen Sohn damals in Bautzen als Fluchthelfer in Haft saß, aber gerne Mitglied der CDU werden wollte. Zunächst wurde der Justitiar der Partei um eine Stellungnahme gebeten, die positiv ausfiel: Eine Aufnahme in die Partei „ist rechtlich möglich“. Da eine Aufnahme nach der Parteisatzung allerdings nur durch einen Kreisverband erfolgen kann, wurde der Vorgang an den Landesverband Berlin weitergegeben mit der Bitte, das Aufnahmeverfahren in die Wege zu leiten. Der Landesverband Berlin entsprach dem jedoch nicht, sondern sprach die Empfehlung aus, dass sich der Gefangene erst nach seiner Freilassung um eine Aufnahme in die CDU bemühen solle, wobei gegenüber Generalsekretär Biedenkopf zur Begründung dieser Entschei-

24 ACDP 07-001-10088.

derung vor allem praktische Schwierigkeiten, den Aufnahmeantrag betreffend, geltend gemacht wurden.²⁵

SCHLUSSBEMERKUNG

Der Bestand der CDU-Bundespartei insgesamt wird im ACDP intensiv nachgefragt – hinsichtlich der Benutzung liegt er quantitativ an zweiter Stelle hinter der Bestandsgruppe Nachlässe, aber noch vor der Bestandsgruppe CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Von besonderem Interesse für die Benutzer der letzten Jahre waren dabei neben den Akten der Leitungsebene die beiden gesondert verzeichneten Bereiche Wahlkämpfe und Parteigremien. Bei den Parteigremien werden die Unterlagen von Bundesvorstand und Präsidium besonders intensiv nachgefragt; daneben sind die Parteitage von Interesse. Aufgrund ihrer Bedeutsamkeit werden die Protokolle des CDU-Bundesvorstands ediert. Sie liegen zwischenzeitlich für den Zeitraum von 1950 bis 1973 in gedruckter Form vor.²⁶ Die Protokolle der CDU-Parteitage sind von 1950 bis 2007 im Internet einsehbar.²⁷

25 ACDP 07-001-11061.

26 Aktueller Band: Günter Buchstab mit Denise Lindsay (Bearb.): Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Düsseldorf 2009.

27 Die Parteitagsprotokolle finden sich unter <http://www.kas.de/wf/de/71.3643> (Abruf: 19.5.2010).



1. Ref 5 g. 4A-K
2. ZfA (P)
Juni n/y

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

PARTEILEITUNG

BERLIN W 8, JÄGERSTRASSE 59-60

Sowjetzone

An
Herrn Abgeordneten
Dr. Konrad Adenauer

Bonn
Bundeshaus

Bundeskanzleramt
Eing. 16. MRZ 1953 *
Anlagen: _____

Ihre Zeichen Ihre Nachricht vom Unsere Zeichen Datum 10.3.1953

Betreff

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Adenauer!

Im Namen der friedliebenden christlichen Demokraten in der Deutschen Demokratischen Republik wenden wir uns in diesen für unser Volk entscheidenden Tagen an Sie mit dem Appell:

Lehnen Sie die Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris ab!

Diese Verträge vertiefen die Spaltung unseres Vaterlandes und verschärfen die internationalen Beziehungen; sie dienen nicht den Interessen des deutschen Volkes, sondern denen der amerikanischen und deutschen Imperialisten. Deshalb werden sie von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt.

Diese Verträge verhindern die Wiedervereinigung Deutschlands, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen.

Diese Verträge hemmen die demokratische und friedliche Entwicklung des deutschen Volkes; sie bilden die Grundlage eines neuen Faschismus, einer neuen militaristischen Wehrmacht und eines neuen Revanchegeistes in Westdeutschland.

Diese Verträge bedeuten die freiwillige Anerkennung der Versklavung Westdeutschlands, den Verzicht auf die eigene Entscheidung über die deutschen Lebensfragen und damit den Verzicht auf die nationale Unabhängigkeit des deutschen Volkes.

Die Verträge von Bonn und Paris bereiten die Entfesselung eines dritten Weltkrieges vor, der gleichzeitig ein Bruderkrieg Deutscher gegen Deutsche sein und den Untergang der deutschen Nation bedeuten würde.

Wir erheben warnend unsere Stimme und mahnen Sie, durch die Ablehnung dieser Verträge den Weg der nationalen Einheit und des Friedens zu beschreiten und den Weg des nationalen Unglücks und des Krieges zu verlassen.

1932 mahnten die demokratischen^u patriotischen Kräfte unseres Volkes: "Hitler - das ist der Krieg". Die Geschichte hat ihnen recht gegeben.

Gesch.-Z.: _____

- 2 -

(85a) Y 2252. a/20. 2060.

Girokonto Nr. 995 295
Berliner Stadtkontor, Berlin C2, Kurstraße 18

Postcheckkonto
Berlin 828

Telegraphenadresse
Unionzentral

Fernsprecher
22 50 61

Fernschreiber
Berlin 1230

Heute, nach den furchtbaren Erfahrungen mit dem Hitler-Faschismus warnen wir Sie rechtzeitig mit dem Ruf: "Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris - das ist der Krieg". Mit Ihrer Zustimmung zur Ratifizierung geben Sie Ihre Stimme für den Krieg! Sie werden später nicht sagen können, Sie hätten die Gefahr dieser Verträge nicht erkannt.

Es gibt einen Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage durch Verhandlungen der Deutschen untereinander und durch Viermächteverhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland. Heute vor einem Jahr hat die Sowjetunion in ihrer Note über die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland den Weg zu solchen Verhandlungen gewiesen. Sie dürfen nicht über die Verträge von Bonn und Paris entscheiden, ehe nicht diese erfolversprechenden Verhandlungen stattgefunden haben!

Stimmen Sie deshalb gegen die Ratifizierung der Kriegsverträge!

Kämpfen Sie für Verhandlungen der Deutschen untereinander und für Viermächteverhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und über den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland!

Seien Sie sich Ihrer Verantwortung gegenüber Ihrer Familie, gegenüber unserem deutschen Volk und gegenüber dem Weltfrieden bewusst!

Handeln Sie als Christ, als Demokrat und als deutscher Patriot!

Für den Politischen Ausschuss
der Christlich-Demokratischen
Union

Schubert

Witz
Götting

Für die Fraktion der Christlich-
Demokratischen Union in der
Volkskammer

Spitz

M e r k b l a t t
für Pakete in die Sowjetzone

Wichtig bleibt die mit " Liebe " vorgenommene Verpackung, die in Einzelheiten selbst einen luxuriösen Charakter annehmen darf, der psychologischen Wirkung wegen.

Keine Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und sonstige Mitteilungen. Absenderangabe und Gruss genügen.

Wie soll der Inhalt unserer Pakete aussehen ?

Hochwertige Fette
je nach der Jahreszeit
Öl in Blechkanister, Speck (gut geräuchert)
Butter oder beste Margarine (gut verpackt).

Schokolade, Kakao, Reis.

Ölsardinen, Räucherfisch.

Ausländische Gewürze, Milchpulver.

Medikamente
vor allem Kopfschmerztabletten (Spalttabletten, Pyramidon)
(keine Spezialmedikamente).

Lebertran für Erwachsene und Kinder gegen Tuberkulose
(gut verpackt).

Zum Ausfüllen
Nähzeug, Gummiband, modische Kleinigkeiten.

Soweit der Empfänger näher bekannt, sind abgelegte oder nicht mehr gebrauchte Bekleidungsstücke in gewaschenem und gut überholtem Zustand, desgleichen Schuhwerk, sehr erwünscht.

Zum Beispiel wird ihr vorjähriger Regen- oder Staubmantel, oder ähnliche Dinge gern und mit Dankbarkeit entgegengenommen.

*Alle Pakete sind bitte im Inneren
zu beschriften. Bitte keine
31/1/18*

1. E

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

z.Zt. Gmund/Tegernsee,
den 2. April 1966

Herrn
Dr. Helmut Kohl
67 Ludwigshafen / Rh.
Tirolerstraße 41

Lieber Herr Kohl !

Nach dem nicht gerade glanzvoll und harmonisch verlaufenen Parteitag hatte ich mir ohnedies vorgenommen, Ihnen ausführlich zu schreiben. Ein kurzer Osterurlaub gibt mir nun die Muße und die Zeit, etwas eingehender zu den jüngsten Ereignissen der Union Stellung zu nehmen.

Ihr Brief vom 24. März 1966, mit dem Sie mir Durchschlag Ihres Schreibens an unseren Kollegen Dufhues übermittelten, konnte mich in diesem Vorhaben nur noch bestärken. Lassen Sie mich an den Anfang das Bekenntnis meines Vertrauens und meiner Freundschaft stellen, dann werden Sie auch verstehen, daß ich tief enttäuscht, ^{und häufig} ~~nicht sogar empört~~ darüber war, daß nach der ständigen Forderung und Mahnung, in der CDU zunehmend auch die Jugend zum Zuge kommen zu lassen, auf dem Parteitag - wenn Sie von der Person Rainer Barzels absehen - ^{wenig} ~~nichts, aber auch~~ gar nichts übrig geblieben ist.

↳ von ihrem Anruf

Wenn die Vorkommnisse und Vorverhandlungen zu der neuen Besetzung des Vorstands und Präsidiums schon enttäuschend genug waren, so bedeutete unter dem Aspekt der Verjüngung die Verweigerung Ihrer Aufnahme in das Präsidium eine ^{ganz} ~~geradezu unverantwortliche~~ Entscheidung. ^{da in jedem Gruppen}

Was aber sind die Gründe dafür ? Ich weiß, daß Sie sich mit Ihrer ganzen Person für mich, als den neu zu wählenden Vorsitzenden, eingesetzt haben. So ist es mir natürlich nicht unbekannt geblieben, daß um mich Intrigen in Gang gesetzt wurden. Ich bin Ihnen für Ihre Gesinnung

Briefentwurf von Bundeskanzler Ludwig Erhard an Helmut Kohl vom 2. April 1966 mit handschriftlichen Korrekturen Erhards (ACDP 07-001-10121).

und Ihre Treue aufrichtig dankbar, ^{Nun geht es ins} und habe auch ~~meiner-~~
~~seits~~ ^{mir} von einer positiven Einstellung Ihnen gegenüber
niemals ein Hehl gemacht. Daß vor und bei diesen Wahlen
allenthalben eine unserer Partei gewiß nicht förderliche
Aktivität entfaltet wurde, war ja bekannt genug. Die in
die politische Arena geworfene Streitaxt: "Die CDU dürfe
keine liberale Wirtschaftspartei werden," war ebenso über-
flüssig wie dumm und wird, wie ich befürchte, bei den Land-
tagswahlen von Nordrhein-Westfalen für die CDU eine schwere
Hypothek darstellen. Der Zeitpunkt, zu dem dieser Slogan
von gewissen Kreisen als politische Kampfpapale erhoben
wurde, scheint mir nicht von ungefähr zu sein, denn wer
es schon nicht wagte, mich persönlich zu verdächtigen,
dem war das Bemühen, Mißtrauen ^{zu säen}, gerade das rechte
Mittel, ^{mir} zu schaden. Ob es nicht die gleichen Kreise
und Kräfte waren, deren Stärke wohl nicht hinreichte,
mich ^{zu stürzen}, wohl aber für dieses Mal Ihnen den Weg
in die Parteispitze zu verlegen?

↳ finden im-
mer in Gruppen
↳ im Müll

Ich hoffe sehr, lieber Herr Kohl, daß Sie nun
wirklich nicht verbittert sind und daß Ihr Entschluß,
Ihre Energien der Politik von Rheinland-Pfalz zuzuwenden,
keine Resignation bedeutet. Wenn Sie bedenken, was alles
ich in den letzten zwanzig Jahren auf dem politischen
Felde neben Erfolgen an Verleumdungen und Demütigungen
hinnehmen mußte, dann mögen Sie daraus die innere Sicher-
heit gewinnen, daß es gerade die Aufgabe eines jungen,
aktiven und ehrlichen Politikers ist, auf dem ^{beschränkten}
Weg mutig voranzugehen. Ich bin überzeugt, daß der

↳ als nicht
↳ am meisten

- 3 -

~~Lieber Herr Kohl~~

nächste Parteitag der CDU Sie Sitz und Stimme im Präsidium gewinnen läßt und seien Sie, lieber Herr Kohl, vor allem davon überzeugt, daß ich in gegenseitiger Verbundenheit alles tun werde, um mit Ihnen und anderen bewährten jungen Kräften die CDU aus ~~ihren~~^{unser} Honoratiorengesinnung herauszuführen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr



(Ludwig Erhard)

N.B.

Durchschlag dieses Schreibens habe ich den Herren Dufhues, Heck und Lücke zugestellt.



Dr. Ernst Müller-Hermann
Mitglied des Deutschen Bundestages

53 Bonn, den 30. Juni 1966

Fernruf 2 06 / 2919

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 2061 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Herrn
Bundeskanzler
Prof. Dr. Dr. Ludwig Erhard

53 B o n n

~~Hat dem~~ Herrn Bundeskanzler
vorgelegen

Dem Herrn Bundesminister
vorzulegen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Der beigegefügte Brief ist von 70 Kollegen unterschrieben.
Diese Unterschriften stehen aber, wie mein Kollege Dr. Wörner
und ich beim Einsammeln der Unterschriften feststellen konnten,
stellvertretend für fast die ganze Bundestagsfraktion.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

E. Müller-Hermann

*Die M.-H. Angelegenheit
ist ein Anliegen mit dem
sie anfangs Anträge mit
Präsidenten ins Auge gefaßt, als
eine Frage der Fraktion nicht nur
in Fraktion nicht nur
Anlage
15.9.66*

Hat dem Herrn Bundeskanzler
vorgelegen.

*Jan "Wankende" Krämpfer
1955 O. Th. ist befragt worden
beim ins insoweit auf planmäßig
die Frage "Scheidungs" Willen Sie im
besten Interesse der
Herrn Müller-Hermann
wird für die...
König 6.11.*



Dr. Ernst Müller-Hermann

Mitglied des Deutschen Bundestages

53 Bonn , den 29. Juni 1966

Fernruf 2 06.../2919

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 2061 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

An den
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Prof. Dr.Dr. Ludwig Erhard

53 B o n n

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Eine nicht zu unterschätzende und verständliche Unruhe innerhalb unserer Bundestagsfraktion veranlaßt uns, Ihnen diesen Brief zu schreiben. Sein Inhalt wird gewiß von einer großen Zahl von Kollegen geteilt.

Die sich wiederholenden widerspruchsvollen Erklärungen maßgeblicher Unionspolitiker zur Außenpolitik müssen nicht nur in der Öffentlichkeit Verwirrung hervorrufen, sondern auch in den eigenen Reihen die Überzeugung stärken, daß es entweder an der Koordinierung fehlt oder tatsächlich tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Mit mir sind viele Kollegen davon überzeugt, daß die zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten in der Außenpolitik und speziell in der Deutschlandpolitik innerhalb unserer Reihen nicht unüberbrückbar sind. Je exakter man die derzeitige weltpolitische Situation und ihre Wirkungen auf das Deutschlandproblem analysiert, desto leichter dürfte es sein, für unsere eigene Außenpolitik gemeinsame Konsequenzen zu ziehen.

-2-

Brief von ca. 70 Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag an Bundeskanzler Ludwig Erhard vom 30. Juni 1966 (ACDP 07-001-10015).

H. Gansler
Blaf an (Kamp)
Karlheinz Gamsich
S. Jopen body

H. Hanzing Kärste

H. Brende Hillu
Lillefeld
Johannes Mitter (Peking)

~~Th. H. H. H.~~
~~Jan. J. J.~~

Josef Rommelspacher
St. Friedrich

Gyrfanung
Karl Himmig
Heinrich Stalgen
S. Stahlberg

H. Anton Kersch

Carl Damm

Karl Kipke

Josef Hofmann
Bernhard

H. H. E. J. J.
Bullandens Gotal.
Linn

074

J. Mollen

Kennung

Arbeits

J. H. H.

Uej.

~~M. M.~~
Karlheinz Gamsich

Wieder

St. H.

Birch

~~W. W.~~

A. Friesinger

H. B. B.

L. L. L.

G. G.

M. M.

H. H.

A. A.

„mensch nurmi“ – BRIEFE AN UND VON WILLI GRAF („WEIßE ROSE“) AUS DEN 1930ER JAHREN

Christopher Beckmann

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, besonders seine politische und moralische Bewertung, war in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus lange Zeit eine umstrittene Angelegenheit – und ist es zum Teil bis heute.¹ Das Bild der Frauen und Männer, die im Kampf gegen das nationalsozialistische Regime ihre Freiheit und ihr Leben einsetzten und von denen nicht wenige beides verloren, schwankt zwischen Rechtfertigung und Skepsis, Idealisierung und Ablehnung, Heroisierung und Diffamierung. Auch die Bewertung der Aktionen der als „Weiße Rose“ bekannt gewordenen Studentengruppe war und ist durchaus Schwankungen unterworfen,² obwohl die Geschwister Scholl und ihre Mitstreiter sich wie kaum eine andere Gruppierung als Verkörperung des „anderen Deutschland“ in das kollektive Gedächtnis eingepägt haben. So lehnte das Erzbi-

1 Vgl. etwa Peter Steinbach: *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen*. 2. wesentl. erw. Aufl. Paderborn 2001; Gerd R. Ueberschär (Hg.): *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA*. Darmstadt 2002; Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Widerstand als Menschenrecht? Rezeption des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in Wissenschaft und Öffentlichkeit*. Bonn 2006.

2 Vgl. Winfried Breyvogel: *Die Gruppe „Weiße Rose“. Anmerkungen zur Rezeptionsgeschichte und kritischen Rekonstruktion*. In: ders. (Hg.): *Piraten, Swings und Junge Garde. Jugendwiderstand im Nationalsozialismus*. Bonn 1991, S. 159–201 sowie Barbara Schüler: *„Im Geiste der Ermordeten...“*. Die „Weiße Rose“ und ihre Wirkung in der Nachkriegszeit. Paderborn 2000.

schöfliche Ordinariat Freiburg 1947 die Veröffentlichung eines Beitrags über den im Februar 1943 gemeinsam mit Sophie und Hans Scholl hingewandten Christoph Probst in der katholischen Zeitschrift „Fährmann“ ab, in dem dieser als „großes und leuchtendes Vorbild“ der deutschen Jugend dargestellt wurde. Zur Begründung hieß es, die Motive, der persönliche Mut und die Handlungen der Münchener Studenten gäben zwar durchaus Anlass zu subjektivem Respekt und Bewunderung. Probst und seine Freunde seien aber Wege gegangen, „welche nicht in Einklang stehen mit den christlichen Moralgrundsätzen“, da „Revolution auch gegenüber einer Regierung, welche Unrecht übt und eine Tyrannei darstellt“, nicht erlaubt sei. Sie hätten damit „objektiv“ nicht in der „Nachfolge Christi“ gehandelt.³ Im Jahre 1999 jedoch wurden einige Mitglieder der „Weißen Rose“ katholischerseits unter die „Blutzeugen des 20. Jahrhunderts“ eingereiht, da sie „als gläubige Menschen ihr Eintreten für Menschenwürde und christliche Grundsätze mit dem Zeugentod besiegelt“ hätten.⁴ Es ist dies nur ein Beispiel für die in den Jahrzehnten seit dem Ende des „Dritten Reiches“ erfolgte Veränderung der Bewertungsmaßstäbe. In einer neueren Veröffentlichung erhebt Sönke Zankel den Anspruch, eine differenziertere und „realistische“ Sicht auf die Mitglieder der „Weißen Rose“ zu bieten, um sie ihres Status' als „über den Menschen stehenden Halbgöttern“ zu entkleiden.⁵ Allerdings sind seine Argumentation sowie die Quellenauswahl und -interpretation z. T. sehr grobschlächtig und einseitig auf das Ziel ausgerichtet, das angeblich unkritische „Helden-Image“ der Geschwister Scholl ins Wanken zu bringen.⁶ Wie eine von kritischer Sympathie getragene, die Widersprüchlichkeiten nicht unter den Tisch fallen lassende Annäherung

3 Zitiert nach Detlef Bald: Die Weiße Rose. Von der Front in den Widerstand. Berlin 2003, S. 10.

4 Helmut Moll: Blutzeugen des 20. Jahrhunderts in der Erzdiözese München und Freising in Lebensbildern. In: Peter Pfister (Hg.): Blutzeugen der Erzdiözese München und Freising in der Zeit des Nationalsozialismus. Regensburg 1999, S. 48, sowie S. 38ff., S. 46ff., S. 50ff. und S. 65ff.

5 „Hören wir endlich auf, das das Bild von Halbgöttern zu zeichnen“. Interview mit „Spiegel-online“, 14.9.2006, www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/0,1518,436915,00.html. Vgl. Sönke Zankel: Die „Weiße Rose“ war nur der Anfang. Geschichte eines Widerstandskreises. Köln 2006.

6 Dazu die Kritik von Jakob Knab: Rezension zu: Zankel, Sönke: Die "Weiße Rose" war nur der Anfang. Geschichte eines Widerstandskreises. Köln 2006, in: H-Soz-u-Kult, 28.10.2006, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-4-085>.

aussehen kann, hat Barbara Beuys eindrucksvoll in ihrer gerade erschienenen, behutsam abwägenden Biografie Sophie Scholls gezeigt.⁷

Generell lässt sich in der Widerstandsforschung seit geraumer Zeit die Tendenz feststellen, die Einzelpersonen wieder stärker in den Blick zu nehmen und nach ihren je individuellen Prägungen und Motiven zu fragen, die zu oppositioneller Haltung und widerständigem Verhalten in der NS-Diktatur führten. In den neueren Veröffentlichungen zur „Weißen Rose“, v. a. zu ihrem Münchener „Nukleus“⁸, der aus Sophie und Hans Scholl, Alexander Schmorell, Christoph Probst und Willi Graf bestand, wird als mitentscheidend für den Entschluss zum aktiven Widerstand einmal der Einfluss verschiedener Mentoren angeführt. Genannt werden in diesem Zusammenhang u. a. der Münchener Philosophie-Professor Kurt Huber,⁹ zu dessen Hörern die Studenten gehörten, der regimekritische katholische Publizist und Herausgeber der Zeitschrift „Hochland“, Carl Muth,¹⁰ sowie der Philosoph und Schriftsteller Theodor Haecker,¹¹ einer der bedeutendsten katholischen Autoren der Zwischenkriegszeit.¹² Andere Autoren heben die Bedeutung hervor, die die Erlebnisse während des Einsatzes an der Ostfront gehabt hätten, zu dem Hans Scholl, Schmorell und Graf im Sommer 1942 als Sanitätssoldaten abkommandiert waren. Sie hätten zu einer „Klärung des politischen Widerstandes“ geführt.¹³ Gemeinsam war den Mitgliedern des engsten Kreis der „Weißen Rose“ aber auch, dass sie bereits vor ihrem Zusammentreffen in München, jeweils individuell und

7 Barbara Beuys: Sophie Scholl. Biographie. München 2010. Beuys zeigt eindrücklich, dass es sich bei Sophie, die in München im Schatten ihres Bruders Hans stand (ebd. S. 391) und in manchen Darstellungen als ein Art weibliches „Anhängsel“ von persönlichkeitsstarken jungen Männern erscheint, um eine bemerkenswerte, höchst eigenständig denkende und handelnde und dabei in ihrer Konsequenz bisweilen fast schon erschreckend radikale junge Frau handelte.

8 Bald (Anm. 3), S. 134.

9 Rosemarie Schumann: Leidenschaft und Leidensweg. Kurt Huber im Widerspruch zum Nationalsozialismus. Düsseldorf 2007 (Schriften des Bundesarchivs 66).

10 Walter Ferber: Carl Muth (1867–1944). In: Rudolf Morsey (Hg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts Bd. 1. Mainz 1973, S. 94–102.

11 Bernhard Hanssler/Hinrich Siefken (Hg.): Theodor Haecker: Leben und Werk. Texte, Briefe, Erinnerungen, Würdigungen. Esslingen 1995.

12 Barbara Schüler: „Geistige Väter“ der „Weißen Rose“: Carl Muth und Theodor Haecker als Mentoren der Geschwister Scholl. In: Rudolf Lill/Klaus Eisele (Hg.): Hochverrat? Neue Forschungen zur „Weißen Rose“. Veränd. Neuauf. Konstanz 1999 (Portraits des Widerstandes), S. 101–128.

13 So dezidiert Bald (Anm. 3), S. 119. Bald hat für seine Untersuchungen u. a. einen bis dato unbeachtet gebliebenen Bestand aus dem Militärarchiv Freiburg herangezogen.

auf ganz unterschiedlichen Wegen sowie aus unterschiedlichen Motiven, eine ablehnende Position gegenüber dem totalitären Anspruch des Nationalsozialismus entwickelt hatten. Es handelte sich eben nicht um eine homogene Gruppe, sondern um einen Kreis von Individuen mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Prägungen, die auch jeweils unterschiedliche Bekanntenkreise mitbrachten und für die Widerstandstätigkeit zu aktivieren versuchten. Legt man ein vor bereits geraumer Zeit entwickeltes Stufenmodell widerständigen Verhaltens in der NS-Diktatur zugrunde, das mit „punktuelle Unzufriedenheit“, „Resistenz, Nicht-Anpassung, Selbstbewahrung“, „Protest“ und schließlich „aktivem Widerstand“ vier bisweilen ineinander übergehende Stufen unterscheidet,¹⁴ dann lässt sich konstatieren, dass sie schon vor den Münchener Ereignissen bemüht waren, sich dem Gleichschaltungsdruck zu widersetzen und eigene, der NS-Ideologie und ihren Ansprüchen entgegen gesetzte Positionen zu behaupten. Dieser Befund der je individuellen Prägung verlangt danach, sich intensiv mit der jeweiligen Vorgeschichte der Protagonisten auseinander zu setzen und auch ihren Selbstzeugnissen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.¹⁵

Die veröffentlichten Selbstzeugnisse¹⁶ Willi Grafs wie auch die Untersuchungen zu seiner Person¹⁷ belegen die Prägungen durch das katholische Milieu, besonders die katholische Jugendbewegung der Zwischenkriegszeit. Deren Bedeutung für die eigene Entwicklung und geistig-weltanschauliche Orientierung hat Graf selbst in seinem während der Haft auf Anordnung der Gestapo verfassten Lebenslauf hervorgehoben: „Auf diesem Weg fand ich dann auch Zugang zu den katholischen Jugendver-

14 Klaus Gotto/Hans Günter Hockerts/Konrad Repgen: Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz. Bonn 1986, S. 655–668, hier S. 656f.

15 Drei Beispiele aus jüngerer Zeit: Thomas Hartnagel (Hg.): Sophie Scholl, Fritz Hartnagel: Damit wir uns nicht verlieren. Briefwechsel 1937–1943. Frankfurt a. M. 2005; Christiane Moll: Alexander Schmorell im Spiegel unveröffentlichter Briefe. In: Lill/Eisele (Anm. 12), S. 129–160; dies. (Hg.): Alexander Schmorell – Christoph Probst: Gesammelte Briefe. Berlin 2010 (angekündigt).

16 Hildegard Vieregg/Jos Schätzler: Willi Grafs Jugend im Nationalsozialismus im Spiegel von Briefen. Privatdruck 1984; Willi Graf. Briefe und Aufzeichnungen. Hg. v. Anneliese Knoop-Graf und Inge Jens mit einer Einführung von Walter Jens. Frankfurt a. M. 1988.

17 Zuletzt Peter Goergen: Willi Graf – Ein Weg in den Widerstand. St. Ingbert 2009 (Geschichte, Politik & Gesellschaft. Schriftenreihe der Stiftung Demokratie Saarland Bd. 11).

bänden, denen ich lange Jahre hindurch angehörte und wo mein Interesse für religiöse und literarische Fragen sich im Kreise gleichgesinnter Kameraden noch vertiefte.“ Ausgangspunkt sei „ein großes Anlehnungsbedürfnis“ gewesen, die Suche nach Freundschaft und Gemeinschaft im Kreise Gleichgesinnter.¹⁸ Anders als Sophie und Hans Scholl (und übrigens auch ihre anderen Geschwister), die – möglicherweise auch aus junglichem Protest gegen den NS-feindlichen Vater – zunächst begeisterte und engagierte Mitglieder von HJ und BDM wurden, fand Willi Graf dieses Bedürfnis in der NS-Jugend in keiner Weise befriedigt. Vielmehr hat er deren Bestreben, die Gesamtheit der deutschen Jugend „gleichzuschalten“ und zu inkorporieren, offenbar als Bedrohung und Herausforderung empfunden. Als er 1937 in Saarbrücken das Abitur ablegte, war er einer unter nur zwölf Schülern seiner Schule (von 1.000), die nicht der Hitler-Jugend beigetreten waren.¹⁹ Seit 1929 gehörte er dem „Bund Neudeutschland“ an,²⁰ der 1919 vom Kölner Kardinal von Hartmann als Bund für katholische Gymnasiasten gegründet worden war. In der Zwischenkriegszeit gewannen im Bereich der Kirchen in Deutschland neben den an die Pfarreien angebundenen sowie den berufsständisch organisierten Jugendorganisationen zunehmend auch Bünde an Bedeutung. Sie nahmen Gedanken und Elemente der früheren, u. a. vom „Wandervogel“ ausgehenden Jugendbewegung²¹ – Zivilisationskritik und Naturverbundenheit, „Auf-Fahrt-Gehen“, Formulierung und Praktizierung eigener Lebensziele und Lebensformen, Selbstverantwortung ohne zuviel Abhängigkeit von Erwachsenen – auf und suchten sie mit kirchlichem Engagement zu verbinden. Im „Hirschberg-Programm“ von 1923 verpflichteten sich die Mitglieder zu einer „neuen Lebensgestaltung in Christus“. Nicht zufällig übte der Religionsphilosoph Romano Guardini starken Einfluss innerhalb der katholischen bündischen Jugend aus, der sich intensiv mit der Frage der Liturgiereform beschäftigte

18 Zitiert nach Klaus Vielhaber u.a. (Hg.): Gewalt und Gewissen. Willi Graf und die „Weiße Rose“. Eine Dokumentation. Freiburg i. Br. 1964, S. 38.

19 Goergen (Anm. 17), S. 29f.

20 Rolf Eilers (Hg.): Löscht den Geist nicht aus. Der Bund Neudeutschland im Dritten Reich. Mainz 1985; ders.: Konfession und Lebenswelt. 75 Jahre Bund Neudeutschland 1919–1994. Mainz 1998; Stefanie Kühne: Lebensgestaltung in Christus, Katholische Jugendbewegung in der Zwischenkriegszeit (1919–1938) aufgezeigt am Beispiel des Bundes Neudeutschland. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 1999.

21 Joachim H. Knoll: Typisch deutsch: die Jugendbewegung. Beiträge zu einer Phänomenogeschichte. Opladen 1988.

und gegenüber der Jugend die Notwendigkeit der „Selbstbildung“ betonte.²²

1934 wurde Willi Graf Mitglied des „Grauen Ordens“, einer gesonderten Gruppe, die sich aus Mitgliedern des Bundes Neudeutschland und des „Quickborn“, einer anderen Organisation innerhalb der katholischen bündischen Jugend,²³ gebildet hatte.²⁴ Ein verbindendes Element dieser sich durchaus als Angehörige einer Elite (bzw. Gegen-Elite) betrachtenden jungen Männer war das Bestreben, sich ein Anders-Sein zu bewahren und nicht in der Masse aufzugehen. Man praktizierte – dem Vorbild des Kreises um den Dichter Stefan George²⁵ nacheifernd – die Kleinschreibung und gab sich „Fahrtennamen“, mit denen man im Kreise der Freunde angesprochen wurde. Willi Graf wurde „nurmi“ genannt, nach dem berühmten finnischen Langstreckenläufer und neunfachen Olympiasieger Paavo Nurmi. Der „Graue Orden“ hielt, wurzelnd im christlichen Menschenbild, das die unverlierbare Würde und den Wert jeder Einzelperson betont, an der Einzigartigkeit und Unaustauschbarkeit des Individuums fest. Man unternahm z. T. sehr weite Fahrten, etwa nach Sardinien und Montenegro.²⁶

Es gab allerdings zwischen bündischer Jugend und Hitlerjugend durchaus Berührungspunkte hinsichtlich Kleidung, Habitus und Liedgut sowie in der Skepsis gegenüber der Demokratie als Herrschaft der anonymen „Masse“ und der Hoffnung auf einen charismatischen „Führer“. Zahlreiche Mitglieder der bündischen Jugend gliederten sich daher nach 1933 problemlos in das nationalsozialistische „Jungvolk“ ein. Für andere, darunter Willi Graf, aber war die Zugehörigkeit zur katholischen bündischen Jugend das Fundament, von dem aus sie sich dem totalitären Anspruch des NS-Staates widersetzen. Seit November 1937 Medizinstudent in Bonn, wurde er Anfang 1938 kurzzeitig unter dem Vorwurf verhaftet, „Gedankengut und Brauchtum der Bündischen Jugend“ gepflegt zu haben, wie es in der An-

22 Hanna-Barbara Gerl-Falkowitz: Romano Guardini: Konturen des Lebens und Spuren des Denkens. Neuausg. Mainz 2005.

23 Der 1909 gegründete „Quickborn“ nahm, für die damalige Zeit höchst ungewöhnlich, sowohl junge Männer als auch junge Frauen in seine Reihen auf. Vgl. Johannes Binkowski: Jugend als Wegbereiter. Der Quickborn von 1909 bis 1945. Stuttgart 1981.

24 Matthias von Hellfeld: Bündische Jugend und Hitler-Jugend. Zur Geschichte von Anpassung und Widerstand 1930–1939. Köln 1987, S. 140ff.

25 Thomas Karlauf: Stefan George. Die Entdeckung des Charisma. TB-Ausgabe München 2008.

26 Goergen (Anm. 17), S. 44–55.

klageschrift hieß.²⁷ Das Verfahren wurde im Rahmen einer allgemeinen Amnestie aus Anlass des „Anschlusses“ von Österreich niedergeschlagen.

Im Frühjahr 1941 wurde Graf als Sanitäter in Polen und im Russland-Feldzug eingesetzt und erstmals hautnah mit den Schrecken des Krieges konfrontiert. Besonders das Elend des Warschauer Ghettos scheint ihn zutiefst erschüttert zu haben. An eine Freundin schrieb er: „Sehr viel Elend muss man hier anschauen, weil überall etwas davon zu finden ist. Gerade in Warschau stößt man bei jeder Gelegenheit darauf. Es ist eigentlich unvorstellbar, daß es dies gibt. Ich hätte mir das nie gedacht, einfach nicht denken können.“²⁸ Diese Erfahrungen scheinen eine „heftige moralische Unruhe“ ausgelöst und nach der Rückkehr zu einem tiefen Gefühl der Einsamkeit geführt zu haben, was sich erst nach der Begegnung mit Hans Scholl und den anderen in München, wohin er zur Fortsetzung des Studiums gewechselt war, änderte.²⁹ Nach der Rückkehr von einem erneuten Einsatz als Sanitätssoldat an der Ostfront, diesmal gemeinsam mit Hans Scholl und Alexander Schmorell (s. o.), findet sich unter dem 2. Dezember 1942 die erste Tagebuch-Eintragung, die auf eine Einbeziehung in die Widerstandsaktivitäten hindeuteten, mit denen Scholl und Schmorell bereits im Frühsommer begonnen hatten.³⁰ In den folgenden Wochen war er dann an der Abfassung und Verteilung der Flugblätter ebenso beteiligt wie an den nächtlichen Aktionen vom 3., 8. und 15. Februar 1943, als man NS- und Hitler-feindliche Parolen auf Häuserwänden in der Münchener Innenstadt anbrachte.³¹ Parallel zu der engeren Bindung an die neuen Münchener Bekannten setzte bei Graf eine allmähliche Distanzierung von den Freunden aus dem Bund Neudeutschland und dem „Grauen Orden“ ein,³² vermutlich auch deshalb, weil ihm in den Weihnachtsferien 1942/43 nur mäßiger Erfolg bei dem Bemühen beschieden war, seine früheren Mitstreiter für die Verbreitung der in München produzierten anti-nationalsozialistischen Flugblätter zu gewinnen.³³ Am 18. Februar 1943 wurde er in München verhaftet und am 19. April gemeinsam mit Professor Kurt Huber

27 Zitiert ebd. S. 55.

28 Willi Graf: Briefe und Aufzeichnungen. Hg. v. Anneliese Knoop-Graf und Inge Jens. Mit einem einleitenden Essay von Walter Jens. Frankfurt a. M. 1988, S. 123.

29 Goergen (Anm. 17), S. 107, S. 110.

30 Briefe und Aufzeichnungen (Anm. 28), S. 84.

31 Ebd. S. 249.

32 Ebd. S. 87.

33 Goergen (Anm. 17), S. 165ff.

und Alexander Schmorell vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Willi Graf wurde am 12. Oktober 1943 durch das Fallbeil hingerichtet.

Während der im Jahre 2009 erfolgten Bearbeitung und Verzeichnung des Nachlasses des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Josef Rommerskirchen, der den Großteil seiner Papiere bereits in Verlauf der 1980er Jahre an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung abgegeben hatte, tauchte eine Reihe von Briefen auf, die in den 1930er Jahren zwischen dem Nachlasser und Willi Graf gewechselt worden waren. Rommerskirchen wurde am 16. Februar 1916 in Odenkirchen geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Mönchengladbach, das er 1933 aus politischen Gründen verlassen musste, absolvierte er eine Handelslehre und schloss eine Ausbildung im Verlags- und Zeitschriftenwesen des Katholischen Jungmännerverbands an. Hier war er zugleich Sekretär des Reichsobmanns Albert Steiner. Rommerskirchen, wie Willi Graf fest im katholischen Milieu verwurzelt, gehörte wie dieser sowohl dem Bund Neudeutschland als auch dem „Grauen Ordens“ an. Hier waren die beiden sich in der ersten Hälfte der 1930er Jahre begegnet. Aus dieser Zeit existiert ein Foto, das einige Mitglieder des „Grauen Ordens“, darunter Graf und Rommerskirchen, im Garten der Eltern des letztgenannten zeigt.³⁴ Nach dem Kriegsdienst, in dessen Verlauf er es bis zum Bataillonskommandeur brachte, und der Kriegsgefangenschaft in Frankreich, wo er sich u. a. am Aufbau einer „Akademie für Kriegsgefangene“ beteiligte,³⁵ kehrte Rommerskirchen 1947 in die Westzonen zurück und spielte eine führende Rolle beim Aufbau der katholischen Verbandsjugend. Von 1947 bis 1952 war er Mitgründer und dann erster „Bundesführer“ des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), dem er bis an sein Lebensende verbunden blieb.³⁶ 1949 bis 1952 war er zudem erster Vorsitzender des von ihm mitgegründeten Bundesjugendrings.³⁷ Ab 1951 war Rommerskirchen als Referatsleiter in der Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn tätig, ehe er im Dezember 1960 als Nachrücker über die Landesliste Nordrhein-Westfalen in den Deutschen Bundestag einzog. Bei den folgenden vier

34 Abgedruckt ebd. S. 75.

35 Einige Manuskripte von ihm dort gehaltener Vorträge finden sich im Nachlass. ACDP NL Josef Rommerskirchen 01-234-010/1.

36 Vgl. das undatierte Typoskript „Gründung des Bundes der Deutschen katholischen Jugend“. ACDP Nachlass Josef Rommerskirchen 01-234-024/1. Zur Geschichte des BDKJ und zur Rolle Rommerskirchens vgl. auch -019/2.

37 Vgl. die Materialien ebd. 01-234-015/2, -023/1.

Bundestagswahlen gewann er jeweils mit großem Vorsprung den Wahlkreis Neuss-Grevenbroich. Im Parlament engagierte er sich vor allem im Bereich der Verteidigungspolitik und war ordentliches Mitglied des entsprechenden Ausschusses. Der politischen Bildung blieb er als Mitglied des Kuratoriums der Bundeszentrale verbunden, dessen stellvertretender Vorsitzender er zeitweilig war. Nach dem Verzicht auf eine erneute Kandidatur für den Bundestag kehrte Rommerskirchen in die Bundeszentrale zurück und war von 1977 bis zu seiner Pensionierung 1981 deren Direktor. Von 1982 bis 1992 amtierte er als Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf. Josef Rommerskirchen starb am 9. März 2010 im Alter von 94 Jahren in seinem Haus in Wachtberg bei Bonn.

Bei dem vorliegenden Schriftwechsel³⁸ handelt es sich einmal um insgesamt acht Briefe und acht Postkarten, die Rommerskirchen an Graf richtete. Diese sind teils hand-, teils maschinenschriftlich verfasst und entstanden in den Jahren 1936 und 1937. Hinzu kommen zwei handschriftliche Briefe von Willi Graf an Rommerskirchen vom 15. April 1939 und 9. Januar 1940, wobei die Jahreszahl jeweils vom Empfänger per Hand nachgetragen worden ist. Wie Rommerskirchen in einer undatierten handschriftlichen Notiz festhielt, habe er die von ihm verfassten Briefe und Postkarten nach dem Krieg vom Sohn des Vermieters erhalten, bei dem Graf während seiner Studienzeit in Bonn gewohnt hatte. Sie seien dort im Schreibtisch aufgefunden worden. Die Briefe „nurmis“ an ihn – Rommerskirchen hatte übrigens den Fahrtennamen „rokki“ – seien von seinem Vater bzw. von seiner Frau aus Sicherheitsgründen vernichtet worden. In den Jahren 1934/35 sei man aufgrund der Zugehörigkeit zum „Grauen Orden“ eng befreundet gewesen, habe sich häufig gegenseitige Besuche in den Elternhäusern abgestattet und sei 1935 gemeinsam mit anderen „auf Großfahrt in Sardinien“ gewesen.

Der vorgefundene Schriftwechsel stellt sicherlich keine wissenschaftliche Sensation dar und bietet auch keine Veranlassung, die Interpretation der „Weißen Rose“ auch nur in kleinen Teilbereichen zu modifizieren. Es geht in erster Linie um alltägliche Dinge, die Entwicklung des Berufslebens, Ak-

38 Die folgenden Angaben beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, auf ACDP NL Josef Rommerskirchen 01-234-008/2. Bei den wörtlichen Zitaten wurde die vorgefundene Schreibweise beibehalten.

tivitäten mit Freunden etc. Ein gewissen Wert haben die Unterlagen aber deshalb, weil sie etwas von dem heute schon etwas fremd anmutenden Geist widerspiegeln, der in der damaligen katholischen bündischen Jugend herrschte und manche ihrer Mitglieder zum Widerstehen gegen den nationalsozialistischen Zeitgeist befähigte. Sie tragen ein wenig dazu bei, das Umfeld Willi Grafs anschaulich werden zu lassen, das mitentscheidend dazu beitrug, dessen Resistenz³⁹ und Widerständigkeit gegenüber dem NS-Regime auszuprägen.

Das gilt etwa für die Schreibweise – die meisten der Briefe und Karten Rommerskirchens sind in der vom „Grauen Orden“ praktizierten Kleinschreibung abgefasst – sowie für den Sprachstil und einige der angesprochenen Themen. So schreibt Rommerskirchen häufig in einem für den „Grauen Orden“ offenbar typischen Ton, der als „durchweg männlich und trocken, oft auch etwas schnoddrig“ beschrieben worden ist.⁴⁰ Da wird als Anrede schon einmal „mensch nurmi!“ gewählt, wird festgestellt, ein Kamerad aus der katholischen Jugend sei „schon ein Mordskerl“ und man bilde „mit all den Kerlen draussen im Reich eine grosse Familie“, wird gemutmaßt, ein Bekannter, den man „als lagerpastor für ein ferienlager in jugo gekeilt“ habe, sei darob „bestimmt von den latten“. Etwas befremdlich mag aus heutiger Sicht anmuten, dass die Briefe oftmals mit „heil nurmi!“ oder „heil dir“ begonnen bzw. beendet werden. Indes war „Heil“ als Grußformel bereits vor der Verwendung durch die Nationalsozialisten gerade in der Jugendbewegung – und beileibe nicht nur dort – verbreitet und wurde von den katholischen Jugendverbänden mit einer religiös-christlichen Konnotation verwendet.⁴¹

Darüber hinaus wird das gemeinsame Interesse an Literatur deutlich. Rommerskirchen weist Graf auf verschiedene Bücher hin, so auf den Bild-

39 Zum Begriff der „Resistenz“, definiert als „wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruches, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her“ vgl. Martin Broszat: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945. In: ders.: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Revidierte Auflage München 1988, S. 136ff.

40 Goergen (Anm. 17), S. 81.

41 Vgl. Cornelia Schmitz-Berning: Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin/New York 1998, S. 299ff., die auch einen kurzen Abriss der Verwendungsgeschichte vor der Übernahme durch die Nationalsozialisten gibt.

band „Die Regentrommel“ von Rolf Tietgens,⁴² der sich mit den Gebräuchen von Indianer beschäftigte („ganz herrlich, sag ich dir!“), auf die Briefe Adalbert Stifters („überhaupt stifter!“) oder den Band „Dichterglauben“⁴³, in dem 93 europäische Dichter sich zu ihrem religiös-weltanschaulichen Standpunkt äußerten („eine saubere Sache“).

In einem kurzen Bericht über eine im Sommer 1936 unternommene Fahrt nach „berlin – dresden – prag – wien“ gerät er bei der Erinnerung an den Anblick der in der Hofburg aufbewahrten alten Kaiserkrone geradezu in Verzückung: „dagegen ist alles andere an kunstschatzen nur schale, weil es – vielleicht im wert, materiell, noch wertvoller – nicht eine solche sprache redet. da wird einem mit einem mal der reichsgedanke ganz neu lebendig und ganz gross und herrlich, ein christliches reich! – was wollen wir alle anders.“ Diese Apotheose eines *christlichen* Reiches darf man – trotz der romantischen Begeisterung – durchaus als Gegenthese zum nationalsozialistischen, rassistisch orientierten Reichsgedanken deuten. Dass damit auch kritische Distanz zu den etablierten Vertretern der katholischen Kirche verbunden sein konnte und die Mitglieder der katholischen bündischen Jugend nach neuen Wegen in der Glaubensverkündigung und -praxis suchten, verdeutlicht eine Passage aus einem anderen Brief Rommerskirchens: „Wir wollen doch menschenwürdiger leben als all die vielen anderen es meist tun. Gott, was nützt mir all das Geschwätz vieler alter Pastöre, wenn wir nicht einmal ganz einfach und echt glauben können. Was nützt alle Philosophie in Weinflaschen verpfropft, wenn die Dinge nicht gelebt werden. So ist es doch und das fehlt nicht der ‚lieben Jugend‘, dieser Glaube, sondern mehr, viel mehr denen, die darum klagen. Das kann mich immer so wild machen und erschlagen, wenn wieder einmal einer meint, dass man unser Tun ja doch nicht verstehen könne. Das meinen immer die Herren Präsidés für die Jungen. Wenn die wüssten, dass wir gar nicht so sehr bemuttert werden wollen. Aber einbilden tun sie sich allesamt etwas! Und weil sie oft doof gemacht worden sind mit ihrer Schulweisheit, meinen sie, die anderen seien gleichso. Aber wozu schimpfen, besser machen!“ Umso stärker wurde der Wert des Einverständnisses und des Zusammenhalts untereinander hervorgehoben: „Wesentlich ist ja doch, dass wir umeinander wissen und um unser Sein. Das gibt eine Si-

42 Erschienen Berlin 1936.

43 Hg. v. Harald Braun. Erstauflage Berlin 1931.

cherheit und gleichzeitig eine Freude am weiteren Tun.“ Ob die folgende Feststellung, Graf sei „so ganz anders geworden als früher“, nämlich „viel tiefer und wesentlicher“ schon als Ausdruck von dessen wachsender Distanzierung, ja Feindseligkeit gegenüber dem Regime zu deuten ist, muss dahingestellt bleiben.

Gelegentlich wird auch, meist zwischen den Zeilen, etwas von der Bedrängnis spürbar, in der sich die organisierte katholische Jugend in den 1930er Jahren befand. So findet unter dem Datum 1. Mai 1936 der Passus „Dann, Düsseldorf! Alle sitzen noch! Wir haben aber begründete Hoffnung, daß bald die Ostersonne aufgeht! ‚Schnauze halten!‘“. Im Februar 1936 hatte eine Verhaftungswelle gegen Führer und Seelsorger katholischer Jugendverbände eingesetzt, die auch deren Zentrale, das Jugendhaus in Düsseldorf, wo Rommerskirchen inzwischen tätig war, traf.⁴⁴

Auch die beiden im Bestand überlieferten Briefe von Willi Graf sind hinsichtlich ihres Inhalts eher unspektakulär, aber nicht ohne eine gewisse Aussagekraft, zumal aus der Zeit des Studiums in Bonn, des Kriegsbeginns und des Wechsels nach München nur sehr wenige persönliche Dokumente erhalten sind.⁴⁵ So zeigen die Bitten Grafs, „rokki“ möge doch wieder einmal von sich hören lassen sowie seine wohl halb ernst, halb scherzhaft vorgebrachte Schelte im nachfolgend veröffentlichten Brief vom Januar 1940, es sei doch eigentlich „schändlich“, dass er über Rommerskirchens Verlobung und Hochzeit nur durch „gedruckte Anzeigen“ informiert worden sei, dass zwischen den früheren Kameraden im Bund Neudeutschland und dem „Grauen Orden“ inzwischen etwas Distanz eingetreten war. Diese war sicherlich wesentlich bedingt durch die unterschiedlichen Lebensumstände: Graf studierte inzwischen Medizin und war kurz zuvor nach München gewechselt, Rommerskirchen war bereits seit mehreren Monaten Soldat und hatte es inzwischen bis zum Feldwebel gebracht – ein Zeichen übrigens dafür, dass eine kritische Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus keineswegs die Überzeugung ausschloss, im Kriegsfall-

44 Georg May: Kirchenkampf oder Katholikenverfolgung. Ein Beitrag zu dem gegenseitigen Verhältnis von Nationalsozialismus und christlichen Bekenntnissen. Stein am Rhein 1991, S. 452.

45 Goergen (Anm. 17), S. 76.

le zum Dienst mit der Waffe verpflichtet zu sein.⁴⁶ Vielleicht kann man dies als erstes Anzeichen der von Willi Graf zunehmend als bedrückend empfundenen Einsamkeit deuten, ein Gefühl, das sich in folgenden Jahren verstärkte, als es ihm nicht gelang, einstmals enge Freunde, die mittlerweile auch in München studierten, von der Notwendigkeit eines aktiven Widerstandes zu überzeugen und er sich von diesen zunehmend entfremdete. Ein Indiz dafür mag man auch in dem Umstand sehen, dass Graf – wie auch Rommerskirchen – wieder von der „bündischen“ Klein- zur etablierten Rechtschreibung übergangen. Diese Distanzierung war einer der Gründe für die Hinwendung Grafs zu Hans Scholl und seinen Freunden,⁴⁷ die für sein Leben schicksalhafte Bedeutung gewinnen sollte.

Nach dem Krieg sah Rommerskirchen eine seiner Aufgaben darin, die Erinnerung an das Erbe der Jugendbewegung und des antinationalsozialistischen Widerstandes wach zu halten. Er korrespondierte seit Anfang der 1960er Jahre regelmäßig mit Anneliese Knoop-Graf, der Schwester von Willi, die am 10. Dezember 1962 Kontakt mit ihm aufgenommen und es sich zur Lebensaufgabe gemacht hatte, das Gedächtnis und Vermächtnis ihres Bruders und seiner Mitstreiter im studentischen Widerstand wach zu halten und weiterzugeben.⁴⁸ Ferner stellte er sich wiederholt für verschiedene Publikationen als Zeitzeuge und Auskunftsperson zur Verfügung.⁴⁹ Am 19. Juli 1954 hielt er in Bonn eine bemerkenswerte Rede zum Vorabend des 10. Jahrestages des Attentats durch Claus Graf Schenk von Stauffenberg und seine Mitverschwörer. Sie ist angesichts des damaligen Zeitklimas, in der nicht wenige Deutsche die Attentäter und den Widerstand insgesamt oftmals noch als landesverräterisch betrachteten, nach wie vor lesenswert. Rommerskirchen ließ keinen Zweifel daran, dass es „im Hinblick auf die Befreiungstat des 20. Juli unter gesitteten Menschen

46 Anders Sophie Scholl, die schon im September 1939 ihren zur Wehrmacht eingerückten Freund Fritz Hartnagel beschied: „Sag nicht, es ist fürs Vaterland!“. Zitiert nach Beuys (Anm. 7), S. 204.

47 Vgl. Briefe und Aufzeichnungen (Anm. 28), S. 31ff.

48 Der Schriftwechsel in ACDP NL Josef Rommerskirchen 01-234-008/2, -024/2. Vgl. ferner Martin Walter: Die Bühler Ehrenbürgerin Anneliese Knoop-Graf: ein Leben zur Erinnerung an die deutsche Widerstandskultur. In: Heimatbuch Landkreis Rastatt 48 (2009), S. 53–60 sowie den Nachruf von Peter Steinbach und Johannes Tuchel: Die Erinnerung an den Widerstand weitertragen! Anneliese Knoop-Graf +27.8.2009. www.geschichte.uni-mannheim.de/i/prof_steinbach/forschungsstelle/anneliese_knoop_graf/nachruf_knoop_graf/nachruf_knoop_graf_1.doc.

49 Vgl. etwa Briefe und Aufzeichnungen (Anm. 28), S. 251 (Danksagung).

keine Neutralität der Meinungen geben kann“. Die Attentäter seien „nicht nur keine Verräter, sondern trotz des Misslingens des Befreiungsversuchs die wirklichen Retter des Vaterlandes“ gewesen.⁵⁰ Man kann wohl mit Sicherheit davon ausgehen, dass er dabei auch an die Münchener Studenten und besonders seinen früheren Freund Willi Graf gedacht hat.

50 Josef Rommerskirchen: Aufstand des verantwortlichen Gewissens. Gedenkrede des ehemaligen Vorsitzenden und Mitbegründers des Deutschen Bundesjugendrings am 19. Juli 1954 in Bonn, www.20-juli-44.de/pdf/1954_jrommerskirchen.pdf.

1940

9. I.

Lieber Rokki,

erst Weihnachten erreichte mich Deine Anzeige. Ich war um diese Zeit gerade in Bonn, wohin sich auch der restliche Teil unserer Familie hin verzogen hat. In diesen Tagen hatte ich nur wenig Zeit, Dir ein paar Worte zu schreiben, weil ich fast dauernd unterwegs war. In Essen traf ich mal ganz kurz die Tante, die ich in dem Buchladen besuchte. Erst jetzt, nachdem ich wieder in München eingetroffen bin, um mich weiterhin noch weiterstudieren zu können, finde ich die passende Gelegenheit, um Dir zu Deiner Bemannung Glück zu wünschen. Schade, ich hätte das gerne persönlich getan, aber es scheint wohl, dass das vorläufig keine Möglichkeit besteht. Immerhin könnte man sich ab und zu mal schreiben, wenn Du Dir etwas Zeit dazu nehmen würdest. Seit Pfingsten 1938, wo ich Dich zum letzten Mal gesehen habe, ist es mir nicht gelungen, ein Zeichen von Dir zu erhalten außer eben den gedruckten Anzeigen. Eigentlich ist das schändlich, findest Du nicht? Aber ich will Dir in diesem Brief nicht gleich einen Krach schlagen, ein paar Zeilen hinter einem verspäteten Glückwunsch. Siehst Du, dass bin ich zu gesittet und anständig.

Wie geht es Dir als Feldwebel, vielleicht bald als Leutnant? Durch Umwege muss ich erfahren, was inzwischen aus Dir geworden ist. Ich freue mich, dass

Brief von Willi Graf an Josef Rommerskirchen. Rechts oben die von Rommerskirchen mit Bleistift nachgetragene Jahreszahl (ACDP 01-234-008/2).

Du wenigstens Glück hast im Heer, nachdem Du doch auch das Pech gehabt hast, nicht im Herbst 39 entlassen werden zu können. Als Feldwebel kann man vielleicht schon ganz ordentlich auskommen. Bisher bin ich noch nicht mit einem Feststellungsbefehl beehrt worden. Du weißt vielleicht, daß da mit den Medizinern bisher einige Ausnahmen gemacht worden sind. Wie lange das aber noch anhält, läßt sich wohl nicht bestimmen. Hier in München kann man es jedenfalls anhaken, es sind einige Kameraden dabei, die mir schon einiges bedeuten. - Sonst kann man ja nicht behaupten, daß es uns Saarländern aus dem geräumten Gebiet sonderlich gut geht. Es heißt etwas, wenn man seinen ganzen Kram und seine Beschäftigung stellen und liegen lassen muß. Ich hab es jetzt in den Weihnachtsferien an meinen Eltern gesehen, die in Bonn bei Verwandten wohnen.

Übrigens ist zur Zeit Otto hier in der Gegend. Er will so ein bißchen Skilaufen im Gebirge, zum Wochenende werde ich ihn mal in Lenggries besuchen.

Wenn Du also Zeit hast, so schreibe doch bald einmal, aber nicht gedrückt....

Ich grüße Tante und Didi herzlich

Dein Hanni.

München 13, Nordendstr. 20 1/2 (Seidenbusch)

PERSPEKTIVEN

VIERTES TREFFEN DER ARCHIVE VON UNTEN IN BERLIN – EIN WORKSHOP-BERICHT

Désirée Verheyen/Mareike Himme

Im Juni 2009 trafen sich 50 Kolleginnen und Kollegen aus 30 Bewegungsarchiven zu ihrem 4. Workshop. Diese seit 2003 alle zwei Jahre im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin stattfindenden Tagungen dienen dem Erfahrungsaustausch und der archivfachlichen Diskussion. Im Frühsommer 2009 standen neben dem Austausch über wichtige Entwicklungen in den freien Archiven die Themen Überlieferungsbildung und Serviceleistungen auf der Tagesordnung. Vorgestellt und diskutiert wurde, welche Bestände die freien Archive haben und wie diese entstehen, welche Benutzungs- und Gebührenordnungen es gibt und wie sich diese optimieren lassen. Die Inputs lieferten diesmal die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vom Dokumentationszentrum und Museum für die Migration in Deutschland, vom Hans-Litten-Archiv, vom Spinnboden-Lesbenarchiv, von der Umweltbibliothek Großhennersdorf, vom Archiv der Jugendkulturen und vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum.

ÜBERLIEFERUNGSBILDUNG

Freie Archive verstehen sich als Teil von Gegenöffentlichkeit. Sie definieren sich als aktiver Teil von sozialen Bewegungen. Nähe und personelle Überschneidungen zu sozialen Bewegungen sind gewünscht und oftmals bedeutend dafür, einer Überlieferung im Dienste der Bewegungen gerecht

werden zu können. Politische Parteilichkeit ist gewollt. Allein um Zugang zu den Materialien zu erhalten, sind die freien Archive besonders auf die Pflege der Kontakte innerhalb ihrer Bewegungsnetzwerke angewiesen. Aus dieser aktiven Vernetzung der Archive mit den Akteuren der Bewegungen, die sie dokumentieren, entsteht der Großteil ihrer Bestände. Die Kontaktpflege und die systematische Öffentlichkeitsarbeit der Archive werden als entscheidende Ziele aller Archive formuliert.

Deutlich wurde beim Thema Überlieferungsbildung, dass die meisten Archive ganz bewusst Materialien sammeln, die sich in öffentlichen und staatlichen Einrichtungen nicht ohne Weiteres finden lassen. Vor allem aufgrund der knappen finanziellen und personellen Ressourcen der meisten freien Archive ist eine systematische Sammlung auch von Materialien, welche über staatliche Archive und Bibliotheken herangezogen werden können, die Kür. Im Zweifelsfall ist wichtiger, dass nicht verloren geht, was dort nicht erfasst wird. Aber auch, wenn Sammlungsgegenstände und -inhalte klar definiert sind, stellt die Überlieferungsbildung von sozialen Bewegungen spezifische Herausforderungen dar. Materialien zu sammeln, von denen die Archivare und Archivarinnen selbst noch gar nicht wissen, dass sie existieren, sei daher die eigentliche Kunst, so ein scheinbar paradoxes Resümee aus dem Workshop.

Diskussionen um die Bestandsbildung gibt es immer wieder. Beeinflusst wird sie maßgeblich von politischen Konjunkturen. So müssen sich beispielsweise die Frauenbewegungsarchive intensiv mit der Frage auseinandersetzen, inwiefern die Queer-Bewegung Einfluss auf ihre Bestände hat. Ähnlich verhält es sich bei den Archiven zur DDR-Opposition. Sollten die Bestände in solchen Archiven wirklich mit dem Jahr 1989 enden, oder muss sich ein solches Archiv nicht gerade über die Materialien zur Aufarbeitung nach 1989 definieren? Aktuelle politische Diskussionen erwirken also sehr häufig eine neue Positionierung und Profiländerung der jeweiligen Archive.

Mit der Definition als Gegenarchiv, wie viele freie Archive sich verstehen, gehen Fragen nach der Zusammenarbeit mit staatlichen Archiven einher. Häufig fehlen den freien Archiven die richtigen Aufbewahrungsmöglichkeiten, vor allem für Videos und digitale Medien. Die Idee, Videos an das Bundesarchiv oder an die Stiftung Deutsche Kinemathek abzugeben und

so ihre Aufbewahrung und Nutzung zu verbessern und zu garantieren, wurde im Workshop kontrovers diskutiert. Sobald Bestände abgegeben werden, ginge den freien Archiven schließlich auch eine Kontrolle darüber verloren, was als archivierungswürdig angesehen wird, und wie die Materialien systematisiert und bereitgestellt werden, so eine Befürchtung.

SERVICELLEISTUNGEN

Das Angebot an Serviceleistungen der Archive und der Umgang mit den Erwartungen von Nutzerinnen und Nutzern nach bestimmten Serviceleistungen wurden im zweiten Schwerpunkt der Workshops bearbeitet. Die Diskussion drehte sich dabei nicht nur um die Verbesserung dieser Leistungen, sondern auch um die Fragen, wie die Archive mit dem starken Anstieg der Anfragen umgehen sollen, ob die Erhebung von Gebühren eine sinnvolle Einnahmequelle für die oft in Finanznöten steckenden Archive sein kann, und wie die Archive mit dem Bedürfnis der Nutzer und Nutzerinnen umgehen sollen, Materialien digital zugeschickt zu bekommen.

Deutlich wurde in dieser Diskussion, dass gute Serviceleistungen eine gute Öffentlichkeitsarbeit für die jeweiligen Archive sind. Die meisten Archivare und Archivarinnen werden für die Bestandsaufnahme und -pflege bezahlt, nicht aber für die Beratung der Nutzer und Nutzerinnen. Diese nimmt jedoch einen immer größeren Arbeitsaufwand in Anspruch. Auch das Scannen und Verschicken von Materialien per Mail oder Fax erfordert Arbeitszeit. Sollen dafür Gebühren erhoben werden? Eine ähnliche Frage stellt sich bezüglich des Abfotografierens von Archivalien durch die Nutzer. Kopierkosten entfallen an dieser Stelle. Ebenso die Kontrolle darüber, welche Materialien dort abfotografiert werden, und wie diese Duplikate dann genutzt werden.

Sehr klar wurde in dieser Diskussion, dass der Umgang der Archive mit der zunehmenden Digitalisierung eine Debatte ist, die alle Archive auch in Zukunft wohl noch häufig führen müssen. Klare Regelungen, die die Archive und ihre Materialien schützt, konnten dort bisher nicht getroffen werden. Fest steht aber, dass der Austausch der Archive mit ihren Nutzern und Nutzerinnen ausschließlich über Email und Telefon abgelehnt wird. Vielen Archiven ist der persönliche Kontakt mit den Nutzern und Nutzerinnen vor Ort wichtig. Nur so kann gewährleistet werden, dass einerseits

ausführliche Beratungen stattfinden und andererseits die Archive selbst auf dem neuesten Stand der Forschung zu ihren Materialien bleiben.

VERBAND DEUTSCHER ARCHIVARINNEN UND ARCHIVARE: ARBEITSKREIS ZU DEN ÜBERLIEFERUNGEN DER NEUEN SOZIALEN BEWEGUNGEN

Neben Fragen der Überlieferungsbildung und Serviceleistungen wurde die Zusammenarbeit und Vernetzung nicht nur unter den freien Archiven sondern mit den im VdA organisierten Kolleginnen und Kollegen der staatlichen Archive diskutiert. Ein kleines Highlight war der Bericht über die erfolgreiche Einrichtung des „Arbeitskreises zu den Überlieferungen der neuen sozialen Bewegungen“ im VdA, in dem einige Workshopteilnehmer mitarbeiten. Diese Zusammenarbeit mit dem VdA bietet zwar keine finanzielle Unterstützung, ermöglicht zukünftig jedoch Hilfestellungen in Form von Fortbildungen und Beratungen und die stärkere Bekanntmachung der Archive. Was sich aus dem Arbeitskreis ergibt, wird stark vom Einsatz und von den Wünschen der freien Archive abhängen. Es wird spannend sein, welche möglichen Bereicherungen sich hieraus sowohl für die freien Archive, als auch für die gesamte Archivlandschaft in den nächsten Jahren ergeben.

Auch andere Orte und Formen der Zusammenarbeit entstehen. Die Internetpräsenz der freien Archive www.bewegungsarchive.de wird inhaltlich ausgestaltet, so dass unter einer Adresse alle Aktivitäten des Netzwerks zugänglich sind. Interessierte können hier Kontakte finden und Publikationen downloaden. Andiskutiert wurden beim 4. Workshop auch Vorteile und Möglichkeiten einer gemeinsamen Pressearbeit. Als konkretes Ziel für den Sommer 2010 ist ein eintägiger Workshop außer der Reihe zu Rechtsfragen in freien Archiven angedacht.

Der 5. Workshop der Archive von unten findet vom 9.–10. Juni 2011 im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin statt.

„LEARNING FROM EACH OTHER“ . AUS DER ARBEIT DER SEKTION DER PARLAMENTS- UND PARTEIARCHIVE IM INTERNATIONALEN ARCHIVRAT (SPP/IAR)

Reinhard Schreiner

Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung ist die Mitarbeit im Internationalen Archivrat (IAR; <http://www.ica.org/>) ein wichtiges Element seiner internationalen Tätigkeit. Der 1948 gegründete IAR [englisch: International Council on Archives (ICA) – französisch: Conseil International des Archives (CIA)] mit Sitz in Paris ist der weltweite Dachverband der Archive und der Archivare. Der Rat ist dezentral organisiert mit Regionalzweigen, Sektionen und Arbeitsgruppen.

GESCHICHTE

Die Sektion der Archive der Parlamente und politischen Parteien im Internationalen Archivrat (SPP/ICA) wurde am 11. September 1992 auf dem 12. Internationalen Archivkongress in Montreal gegründet und fünf Jahre später auf dem 13. Internationalen Archivkongress in Peking offiziell anerkannt. Gründungsvorsitzender war Dr. Günter Buchstab (Deutschland, 1992–2000), ihm folgten Angeles Valle de Juan (Spanien, 2000–2004), Dr. Günther Schefbeck (Österreich, 2004–2008) und Dr. Marietta Minotos (Griechenland, seit 2008). Die Sektion hat zurzeit 94 Mitglieder aus 64

Ländern; es gibt Mitgliedschaften von Organisationen und einzelner Personen. Dem gegenwärtigen Vorstand gehören an:

Vorsitzende	Dr. Marietta Minotos (Griechenland)
stellvertretende Vorsitzende	Dr. Günther Schebeck (Österreich)
	Dr. Reinhard Schreiner (Deutschland)
	Reinder H. van der Heide (Niederlande)
Sekretär	
Schatzmeister	Harry Scholz (Deutschland)
Vorstandsmitglieder	France Belisle (Kanada)
	Dr. Claus Brüggemann (Deutschland)
	Emilia Campochiaro (Italien)
	Khayrou Cissé (Senegal)
	Vida Kisuniene (Litauen)
	Włodzimierz Kucner (Polen)
	Sara Tedebrand Frant (Schweden)

Die Funktion des Schatzmeisters wurde 2009 neu eingeführt, weil die Sektion ihre finanziellen Angelegenheiten unabhängig vom IAR mit einem eigenen Konto selbst in die Hand nehmen will.

Bereits bei der Gründung setzte sich die Sektion zum Ziel, die Bedeutung der Parlaments- und Parteiarchive international zur Geltung zu bringen, durch Begegnungen und Informationsaustausch archivfachliche Kenntnisse untereinander zu vermitteln, um grenzüberschreitende Problemlösungen zu ermöglichen, sowie einen Austausch von Archivpersonal anzustreben und die Verbindungen zwischen Parlamenten und Parteien zu verbessern.

In der Sektion sind die Parteiarchive zahlenmäßig den Parlamentsarchiven unterlegen. Das liegt zu einem großen Teil an finanziellen Gründen. Parteien haben, wenn sie Archive überhaupt als wichtig erachten, oft nicht das Geld, diese einzurichten; es fehlt ihnen an geschultem Personal und an geeigneten Räumlichkeiten. Deshalb werden in vielen Ländern Parteiarchivalien vernichtet oder bestenfalls an Staatsarchive abgegeben. Wesentlich besser ist die Situation in Deutschland, Belgien und den Niederlanden, wo politische Stiftungen mit Parteiarchiven existieren, die vom Staat finanziert werden, wodurch auch die Beiträge für eine IAR-Mitgliedschaft

aufgebracht und Archivare zu den Kongressen im Ausland geschickt werden können.

JAHRESTAGUNGEN

Die bisherigen Jahrestagungen befassten sich mit folgenden Themen:

Jahr	Ort	Thema
1993	Rom	Lage der europäischen Parlamentsarchive
1994	Prag	Lage der Parteiarchive
1995	Budapest	Fraktionsakten
1997	Warschau	Elektronische Datenverarbeitung; Zugang zu den Archiven
1998	Stockholm	Audiovisuelle Materialien
2002	Rom	Benutzungsordnungen der Archive
2003	Madrid	Bewertung von Akten
2005	Vitoria-Gasteiz	Archive und Informationsmanagement
2006	Bonn	Herausforderungen durch das Internet
2007	Korfu	Parlaments- und Parteiarchive und ihre Nachbarinstitutionen
2008	Kuala Lumpur	Workshop Webarchivierung
2009	Wien	Archive und Demokratie (siehe den Beitrag von Dr. Marietta Minotos in diesem Heft)

Die Jahreskonferenzen finden im Herbst statt und werden in einer Vorstandssitzung im Frühjahr vorbereitet mit Themen, die im besonderen Interesse der Sektion liegen. Die Tagungen dienen als Forum, Erfahrungen zu präsentieren und auszutauschen. Auch Experten anderer Archive und aus universitären Kreisen werden dazu eingeladen, ihre Referate stellen eine große Bereicherung für die Arbeit dar und tragen dazu bei, dass diese Veranstaltungen als internationale wissenschaftliche Tagungen immer größere Beachtung und Anerkennung finden. Bewährt hat sich die Einführung von zwei Workshops jeweils aus den Reihen der Parlaments- und Parteiarchive, die fachspezifische Themen diskutieren, die danach im Plenum vorgestellt werden. In der neuen Satzung wurde festgelegt, dass die Parlaments- und Parteiarchivare innerhalb der Sektion zwei Ständige Arbeitsgruppen bilden, die von den beiden stellvertretenden Sektionsvorsit-

zenden (aktuell Günther Scheffbeck für die Parlaments- und Reinhard Schreiner für die Parteiarchive) geleitet werden.

ARBEITSPROGRAMM 2010–2012

Konferenzen

Die diesjährige Tagung in Dakar (Senegal) vom 20. bis 22. Oktober steht unter dem Thema „Modernization and Sustainability: Law-making Support in the 21st Century“. Die Sektion, deren Schwerpunkt immer noch in Europa liegt und die aber den Anspruch erhebt, weltweit zu agieren, erhofft sich mit ihrer ersten Jahrestagung in Übersee einen Mitgliederzuwachs aus dem afrikanischen Raum. Die vorgesehenen Referate beschäftigen sich mit der Lage der Parlaments- und Parteiarchive und ihrer Zusammenarbeit in Afrika; auf dem Programm der Plenarsitzungen stehen Themen wie „Modernization in Parliamentary Democracy“ und „Sustainable Information Management in Parliaments and Political Parties“.

Im nächsten Jahr wird die Konferenz in Vilnius (Litauen) stattfinden. Unter dem Titel „Democracies in Transition“ wird die Entwicklung der Parlaments- und Parteiarchive in den Ländern Mittel- und Osteuropas der letzten 20 Jahre beleuchtet. Bereits in den 1990er Jahren hatte das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung die SPP-Jahreskongresse in Prag, Budapest und Warschau organisiert mit dem Ziel, den dortigen neuen Archiven nach dem Umbruch von 1989/1990 zur Demokratie beim Aufbau zu helfen; diese Hilfe wurde in den folgenden Jahren durch Informationsaustausch fortgesetzt. Wie ist die Lage der Parlaments- und Parteiarchive aus Ost- und Mitteleuropa heute? Wie hat sich die demokratische Entwicklung in diesen Ländern ausgewirkt?

In zwei Jahren (2012) treffen sich die Mitglieder der Sektion im Rahmen des Internationalen Kongresses in Brisbane (Australien). Es wird sich ein neuer Sektionsvorstand konstituieren und der Vier-Jahresbericht 2008–2012 des alten Vorstands vorgelegt werden.

Projekte

Die Sektion hat Projekte in Angriff genommen, die nicht nur für die Sektion, sondern für den Internationalen Archivrat insgesamt von Interesse sind.

„Twinning Project“

Die Idee, „Schwesterarchive“ – in Analogie zu internationalen Städtepartnerschaften – zwischen zwei Parlaments- oder zwei Parteiarchiven zur gegenseitigen Unterstützung und freundschaftlichen Kontakten zu initiieren, wird schon seit einigen Jahren in der Sektion diskutiert. Es laufen konkrete Bemühungen um die Verwirklichung solcher Partnerschaften zwischen den Parlamentsarchiven von Senegal und Belgien sowie Burkina Faso und Kanada. Reinder van der Heide (Niederländisches Repräsentantenhaus), der Sekretär der Sektion, arbeitet an einer allgemeinen Konzeption zur schrittweisen Verwirklichung des Projekts und an einer weiteren geplanten Partnerschaft zwischen den Parlamentsarchiven der Niederlande und Albaniens, es fanden bereits Informationsbesuche statt. Das „Twinning Project“ wird von der Programmkommission des IAR (PCOM) finanziell unterstützt.

Partnerschaften zwischen Parteiarchiven wären ebenfalls wünschenswert. Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik wurden beispielsweise Ideen entwickelt, durch die Zusammenarbeit zwischen dem Internationalen Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung und seinen Außenstellen und dem Archiv entsprechende Initiativen zu ergreifen. Eine Zielgruppe bildet die Vielzahl der politischen Stiftungen aus dem christlich-demokratischen Spektrum in Lateinamerika. Aber auch die Archive der politischen Stiftungen „vor unserer Haustür“ – in Belgien, der Niederlande, Deutschland und Italien – könnten Partnerschaften bilden, gegenseitige Informationsbesuche veranstalten, vielleicht sogar Personal austauschen. Hier stehen wir noch vor wichtigen Herausforderungen.

Archivierung von Webseiten

Bereits 2006 wurde das Thema Webarchivierung auf der Jahreskonferenz in Bonn behandelt. Dieses gemeinsame Projekt der Archive der politischen Stiftungen wurde 2008 von Experten auf dem Internationalen Archivkon-

gress in Kuala Lumpur in einem Workshop diskutiert sowie von Rudolf Schmitz, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, präsentiert. Den jetzigen Projektvorschlag der Sektion erarbeiteten Günther Schefbeck und Rudolf Schmitz. Das Ziel ist, allgemeine Richtlinien für die Archivierung von Webseiten zu entwickeln.

SPP-Homepage

Die Webseite der Sektion (<http://wad426ar.homepage.t-online.de/spp/>; Webmaster: Dr. Claus Brüggemann, Hanns-Seidel-Stiftung) dient dem Erfahrung- und Informationsaustausch zur Arbeit der Sektion. Seit 2009 erscheint ein elektronischer Newsletter. An einer Integration unserer Webseite in das Angebot des IAR wird zurzeit gearbeitet.

Publikationen

Publiziert werden – in den letzten Jahren in Papierform und im Internet – die Ergebnisse der Jahrestagungen der Sektion (vgl. die Publikationsliste auf der SPP-Webseite). In den 1990er Jahren war dafür alleine das Archiv für Christlich-Demokratische Politik verantwortlich. 1997 erschien auf seine Initiative hin als Veröffentlichung der Sektion die Kurzübersicht „Archivalien von Mitgliedern und Fraktionen des Europäischen Parlaments in Archiven der Mitgliedsländer“ (herausgegeben von Günter Buchstab und zusammengestellt von Reinhard Schreiner). 2003 erschien die zweite Auflage in englischer Sprache, die auch unter www.kas.de/wf/de/71.3787/ im Internet abrufbar ist; eine aktualisierte Auflage dieses Nachschlagewerks wäre wünschenswert.

Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung

Die Sektion unternimmt weiterhin Anstrengungen, mit Parlamenten, politischen Parteien und Organisationen sowie deren Archiven in Verbindung zu treten, soweit diese noch nicht Mitglied sind. Zurzeit werden neue Informationsbroschüren und Faltblätter entworfen. Darüber hinaus wird mittels eines elektronischen Fragebogens versucht, einen Überblick über alle Parlaments- und Parteiarchive zu erhalten. Es ist geplant, die Ergebnisse auf der Webseite der Sektion zu veröffentlichen. Der Fragebogen wurde zunächst an alle Parlamente verschickt, deren Adressen verhältnismäßig einfach – beispielsweise auf der Webseite der Interparlamentarischen Union –

zu ermitteln sind. Anders verhält es sich bei den Archiven von Parteien und Politikern ist es erforderlich, die gewünschten Kontaktdaten separat zu recherchieren, da keine speziellen Adressenlisten vorhanden sind. Eine solche Übersicht könnte zunächst auf europäischer Ebene erfolgen.

DEUTSCHE MITARBEIT IN DER SEKTION

Von deutscher Seite aus sind bisher wesentliche Impulse ausgegangen, die die Erfolgsgeschichte der Sektion geprägt haben. Dies trifft jedoch nur auf die Archive der Parteien bzw. die der politischen Stiftungen zu. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik ist seit der Gründung im Jahr 1992 im Vorstand vertreten (1992–2000 Vorsitz, 2000–2004 und seit 2008 stv. Vorsitz), in den letzten Jahren haben sich dort auch Vertreter des Archivs für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung und des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung fest etabliert. Die starke deutsche Position im zwölfköpfigen SPP-Vorstand kann man schon daran ermessen, dass von den dortigen vier Vertretern der Parteiarchive drei aus den genannten drei deutschen Stiftungen kommen. Zu den langjährigen Mitgliedern der Sektion zählen auch das Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, das Archiv Grünes Gedächtnis/Heinrich-Böll-Stiftung und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Demgegenüber fällt auf, dass die deutschen Parlamentsarchive sich bisher einer internationalen Zusammenarbeit in der Sektion zurückhaltend gezeigt haben. Dies ist unverständlich im Zeitalter der Globalisierung: Damit wird die Möglichkeit verspielt, sich international mehr Geltung zu verschaffen bzw. in einem internationalen Netzwerk Bedeutung zu erringen. Gerade die Parlamentsarchive im europäischen Raum sind durch die Arbeit in der Sektion näher zusammengerückt und schicken sich an – wie das „Twinning Project“ zeigt –, konkret auch über Europa hinaus zu wirken.



V. l. n. r.: Dr. Marietta Minotos, Dr. Reinhard Schreiner, Professor Dr. Michael Schneider
(Foto: privat)

ARCHIVES AND DEMOCRACY CONFERENCE 29–30 OCTOBER 2009

Marietta Minotos (Chair of ICA/SPP)¹

Within the framework of its work program, SPP organizes every year (with the exception of Congress years), a conference on a subject of particular interest to its members, as a forum for them to present and to exchange their experiences and also to receive input from experts of the larger archival community who are invited to participate. The conference this year took place in Vienna (Austria) on 29-30 October 2009 and dealt with the subject of "*Archives and Democracy*" focusing on the issue of how archives should contribute to promote democracy. The three main sessions of the conference were devoted to three different dimensions of the subject: What are the most important archival holdings that might provide inspiration for promoting democracy? What means may be used to present these holdings to the general public, as well as to specific dialogue groups? What methods and instruments could be used by archives, in cooperation with other institutions, to actively contribute to democracy education?

Within the framework of two workshops, concrete strategies to promote democracy for parliamentary and political party archives were developed. Although the focus was on the specific options and opportunities of parliamentary and political party archives, SPP was well aware that this issue

1 Der Beitrag erschien im Dezember 2009 in der Zeitschrift *Flash. News from ICA*, Nr. 19. Der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von Frau Dr. Marietta Minotos.

was of interest far beyond its own members. That is why there were leading representatives of other ICA sections among the keynote speakers of the conference, and why participation in the conference was not restricted to SPP members. Archivists and experts in political education were also attending the conference, thus making it a forum for an open and manifold exchange of experiences in this area.

The presentations were as a whole very interesting. Some speakers through their historical overview stressed the importance of the use of archival sources for promoting democracy. The histories of parliaments and of political parties are significant sources for promoting democracy and are necessary for political education.

There was also an opportunity to get acquainted with how the archival exhibitions, websites, publications, events and public relations as well as archival organizations can support archivists and their institutions worldwide in promoting democracy.

The important role of archival education and training in the field of political education and the strengthening of democracy has also been realised. The participants agreed to underline the key role of archivist in the 21st century, the challenges of the age of electronic access and the decisive role of the educator. As far as institutions on an international and national level are concerned, we focused on the role of the ICA in this field. The participants shared very interesting experiences regarding archival didactics and archival pedagogics and how archival cooperation with schools and universities could be managed. Finally, there was an opportunity to be informed about SPP's activities regarding the Twinning Project.

On behalf of the Steering Committee and the members of SPP, I would like to express our gratitude to the Austrian Parliament and especially to the President of the Austrian National Council, Ms. Barbara Prammer for the decision to host our annual conference in the Austrian Parliament. It was very important for our section to be able to organize this conference in this historical building. SPP was hosted many times in the Austrian Parliament in the past, and we are all grateful for this. For this reason we would also like to warmly thank our Vice-President Mr. Guenther Schebeck and his colleagues for the preparations, the coordination and the

hospitality. Finally, I would also like to thank all the distinguished speakers and the attendees. The Steering Committee expresses special thanks to the Presidents of the ICA sections, Ms. Juliane Mikoletsky and Mr. Jens Boel, for their participation and their contributions. SPP is proud of this cooperation among sections which is a fundamental goal in the general strategy of the ICA.

From my point of view open archives and free access to them is a fundamental right of the citizen in democratic societies and is provided by the laws at both on an international and a national level. Our scientific community plays a key role in this field. The main purpose of the meeting was to be in the first place a forum for exchanging views and proposals about this subject. I think that the section achieved its main purpose and I hope that we will continue successfully in the future.

AUSBILDUNG

EMPFEHLUNGEN FÜR DEN FACHRICHTUNGSSPEZIFISCHEN UNTERRICHT DER FACHANGESTELLTEN FÜR MEDIEN- UND INFORMATIONSDIENSTE IN DER FACHRICHTUNG ARCHIV – EINE EINFÜHRUNG

Hans-Jürgen Höötman

VORBEMERKUNG

Das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland ist international anerkannt und ein durchaus erfolgreiches Konzept für eine qualifizierte Ausbildung, die parallel in Betrieb und Berufsschule erfolgt. Diese Parallelität zwischen der im Betrieb vermittelten Praxis und der theoretischen Grundlagenarbeit der Berufsschule kann aber auch zu Problemen in der Abstimmung zwischen den beiden Ausbildungseinrichtungen führen. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang kritisiert, dass die schulischen Lehrpläne sich häufig nicht mit den praktischen Ausbildungsplanungen der Betriebe vereinbaren lassen.

Um im Bereich des Ausbildungsberufes der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste und hier speziell in der Fachrichtung Archiv einen weitgehenden Konsens zwischen Betrieb und Schule zu erzielen, ist in Nordrhein-Westfalen die für die Organisation und Förderung des Ausbildungsberufes Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste sogenannte zuständige Stelle bei der Bezirksregierung Köln darauf bedacht,

die Kommunikation zwischen Archiv und Berufsschule zu optimieren. Hierzu dient unter anderem die von Vertretern der Schulen und der Archive gemeinsam in einem eigens hierfür errichteten Arbeitskreis erörterten Unterrichtsinhalte für die spezielle Betriebslehre in der Fachrichtung Archiv. Neben der bereits angesprochenen kommunikativen Komponente sind diese Erörterungen wesentlich für die Verlässlichkeit eines qualifizierten Berufsschulunterrichts, der die praktischen Gegebenheiten in den Ausbildungsbetrieben angemessen berücksichtigt. Zudem wird mit der landesweiten Vereinheitlichung in der Stoffvermittlung ein professioneller Grundstandard erzielt. Diese positiven Aspekte sind nicht nur im Rahmen eines vergleichbaren Kenntnisstandes während der Ausbildung zu begrüßen, sondern dürften darüber hinaus den Auszubildenden sicherlich auch den Eintritt ins Berufsleben, der oftmals mit einem Wechsel des Arbeitgebers verbunden ist, erleichtern.

QUALITÄT DER AUSBILDUNG

Um den Kontext zu den ab Seite 115 in diesem Heft veröffentlichten Erläuterungen zum fachrichtungsspezifischen Unterricht herzustellen, ist es zweckmäßig, im Vorfeld die in Nordrhein-Westfalen vorhandenen wesentlichen Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung einer niveauvollen Ausbildung kurz zu skizzieren. Dabei ist für die von den Archiven und den Berufsschulen zu gewährleistende Qualität der Ausbildung eine Reihe von Merkmalen ausschlaggebend, von denen hier nachfolgend nur die normativen bzw. auf Arbeitskreisebenen beruhenden Faktoren geschildert werden.¹

Vorrangig kommt dem Rahmenlehrplan sowie dem Ausbildungsplan eine zentrale Bedeutung zu, da durch sie die wesentlichen Voraussetzungen für eine qualifizierte Beschäftigung und den Eintritt in berufliche Fort- und Weiterbildungsgänge geschaffen werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat den am 27. März 1998 von der Kultusministerkonferenz beschlossenen

1 Prägend sind daneben sicherlich auch die Qualität der Lehrmaterialien, das Engagement der Ausbilder und Lehrer bzw. der Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen sowie die berufs- und arbeitspädagogische Eignung der Ausbilder, vgl. hierzu auch Hans-Jürgen Höötman: Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste in der Fachrichtung Archiv – Ein junger Berufszweig vor der Etablierung?, in: Beruf und Berufsbild des Archivars im Wandel, hg. von Marcus Stumpf, Münster 2008 (Westfälische Quellen und Archivpublikationen 25), S. 31-43, hier S. 33ff.

Rahmenlehrplan für den Ausbildungsberuf Fachangestellte/Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste übernommen. Der Rahmenlehrplan gibt den Berufsschulen verbindliche Vorgaben über die zu vermittelnden Lernfelder und die dafür anzusetzenden Zeitrichtwerte. Parallel dazu erstellt der Ausbildungsbetrieb unter Zugrundelegung des Ausbildungsrahmenplanes einen Ausbildungsplan, der die konkreten betrieblichen Bedingungen für die Ausbildung festschreibt.²

Zur Ausgestaltung und Weiterentwicklung dieser normativen Vorgaben haben sich verschiedene Veranstaltungen und Arbeitskreise herauskristallisiert, in denen die Vertreter der Archive und Berufsschulen teils jeweils intern unter sich und teils gemeinsam Erfahrungen austauschen, Entwicklungen diskutieren und bestrebt sind, die Ausbildung zu optimieren. Anzuführen sind hierbei:

- Die jährlich stattfindende bundesweite Fachtagung der Fachlehrer, an der regelmäßig Lehrende aus Nordrhein-Westfalen teilnehmen und die neben dem Fortbildungscharakter selbstverständlich auch einen länder- und fachrichtungsübergreifenden Informationsaustausch beinhaltet.
- Der Ausbilderarbeitskreis Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv auf rein archivischer Ebene. Dieser Arbeitskreis, der die Ausbildungsarchive in Nordrhein-Westfalen umfasst und dessen Treffen alternierend vom LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum und dem LWL-Archivamt für Westfalen organisiert werden, versteht sich seit seiner Gründung im Sommer 1999 als ein loser Zusammenschluss, um Probleme und Erfahrungen im Ausbildungsbereich der Fachangestellten zu besprechen.³

2 Beide Pläne sind abgedruckt in den Erläuterungen zur Verordnung über die Berufsausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste/zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste vom 3. Juni 1998, Hg.: Bundesinstitut für Berufsbildung, Nürnberg 1999. Darin befinden sich auch weitere nützliche Informationen wie beispielsweise das Muster eines betrieblichen Ausbildungsplanes für die Fachrichtung Archiv. Eine 2., erw. Aufl. der Erläuterungen unter Einbeziehung der Fachrichtung Medizinische Dokumentation ist 2001 erschienen.

3 Bislang tagte dieser Arbeitskreis dreizehn Mal. Ursprünglich kam er nach der Einführung des Ausbildungsberufes ab 1999 zweimal jährlich zusammen. In Folge eines routinierteren Umgangs mit der neuen Ausbildungsrichtung etablierte sich seit 2001 in der Regel ein einjähriger Tagungsrythmus. Momentan scheint sich abzuzeichnen, dass sich mittelfristig ein zweijähriger Tagungsrythmus durchsetzen wird, wobei eine Stärke des Arbeitskreises sicherlich auch darin besteht, dass er unabhängig von festen Regelungen im Bedarfsfall auch kurzfristig zusammenkommen kann.

- Ausbildertagungen, die von der zuständigen Stelle in unregelmäßigen Abständen ausgerichtet werden und bei denen sich die Ausbilder und die Schulvertreter austauschen können. Da im Rahmen dieser Tagungen die Prüfungsausschuss-Vorsitzenden und die zuständige Stelle selbst über ihre Tätigkeiten berichten, bieten diese Treffen dementsprechend ein nützliches und umfassendes Forum für Diskussionen.
- Der Arbeitskreis Lehrplan, der ebenfalls von der zuständigen Stelle installiert wird, sich aus Vertretern der Berufsschulen und der Ausbildungsarchive zusammensetzt und die Inhalte für den fachrichtungsspezifischen Unterricht kritisch überprüft.

ARBEITSKREIS LEHRPLAN

Die Einberufung des Arbeitskreises Lehrplan durch die zuständige Stelle im November 2009 basierte auf einen entsprechenden Wunsch der die Spezielle Betriebslehre für die Fachrichtung Archiv an den Berufsschulen Unterrichtenden. Die Lehrer waren bestrebt, gemeinsam mit Ausbildern und Ausbilderinnen die laut Ausbildungsrahmenplan vorgesehenen Lerninhalte zu beraten, kritisch zu überprüfen und Vorschläge für die didaktische Jahresplanung zu erarbeiten. Zuvor waren die inhaltlichen Empfehlungen für den fachrichtungsbezogenen Unterricht letztmalig im Oktober 2005 verabschiedet worden.

Bei der Zusammensetzung des Arbeitskreises war die zuständige Stelle darauf bedacht, die Interessen der Ausbildungsarchive angemessen und ausgewogen zu berücksichtigen. Insofern wurden archivischerseits Vertreter/Vertreterinnen aus den Archivsparten der staatlichen Archive, der kommunalen Archive, der Parlamentsarchive/Archive politischer Parteien und Verbände sowie der Universitäts- und Hochschularchive zur Mitarbeit eingeladen.⁴

Die Modifizierung der Erläuterungen zum fachrichtungsspezifischen Unterricht nebst der Vereinbarungen zum Lerngebiet Paläographie und zur ar-

4 Von den Archivsparten, in denen bislang in Nordrhein-Westfalen ausgebildet worden ist, fehlte nur ein Vertreter/eine Vertreterin der Wirtschaftsarchive. Zur Verteilung der Ausbildungsbetriebe (Stand 2008) in Nordrhein-Westfalen vgl. Volker Zaib: Neue Besen kehren gut. Die erfolgreiche Integration der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste in die Archivlandschaft Nordrhein-Westfalens, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 69, Münster 2008, S. 55ff.

chivischen Terminologie wurde vom Arbeitskreis in zwei Sitzungen erarbeitet.⁵ Dem Fachpublikum ist der Text erstmalig im Rahmen der Tagung des Ausbilderarbeitskreises Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv am 23. Juni 2010 im LWL-Archivamt für Westfalen vorgestellt worden. Anschließend wurden die Erläuterungen von der zuständigen Stelle allen zur Ausbildung zugelassenen Archiven und den Berufsschulen übermittelt.

Um Missverständnisse auszuschließen sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Erläuterungen sich auf die fachrichtungsspezifische Spezialisierung beziehen, die an den Berufsschulstandorten Dortmund und Düsseldorf im 2. Halbjahr des 2. Ausbildungsjahres einsetzt, während sie am Berufsschulstandort Köln mit dem 3. Ausbildungsjahr beginnt.⁶ Dementsprechend sind aus dem Rahmenlehrplan auch nur die folgenden Lernfelder Gegenstand der Erörterungen gewesen:

- Lernfeld 6 (Bearbeiten der Bestände),
- Lernfeld 7 (Fachrichtungsspezifisches Erschließen von Medien und Informationen),
- Lernfeld 8 (Recherchieren, Aufbereiten und Bereitstellen von Informationen und Medien) und
- Lernfeld 10 (Fachrichtungsspezifisches Erschließen und Recherchieren spezieller Medien und Informationen).

Die übrigen Lernfelder sind entweder im ersten Ausbildungsjahr fachrichtungsübergreifend zu unterrichten (Lernfelder 1 bis 5), überwiegend nicht archivrelevant (Lernfeld 9) oder schwerpunktmäßig nicht im Unterrichtsfach Spezielle Betriebslehre sondern in fachrichtungsneutralen Fächern wie Allgemeine Wirtschaftslehre oder Deutsch (Lernfelder 11 bis 13) zu behandeln.

5 Dem Arbeitskreis gehörten an: von Seiten der Archive Dr. Thomas Becker (Universitätsarchiv Bonn), Regina Hönerlage (Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland), Hans-Jürgen Höötman (LWL-Archivamt für Westfalen), Dr. Angela Keller-Kühne (Archiv für Christlich-Demokratische Politik), Beatrix Pusch (Kreisarchiv Soest) und Klaudia Wehofen (Stadtarchiv Düsseldorf), von Seiten der Berufsschulen Dr. Michael Sierck (Berufskolleg Köln) und Volker Zaib (Berufskolleg Dortmund) sowie von der zuständigen Stelle Roswitha Hoge.

6 Am vierten Berufsschulstandort in Essen werden die Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste in der Fachrichtung Archiv nach Abschluss der Zwischenprüfung in der Regel an die Berufsschule in Dortmund überstellt.

Grundsätzlich bestand im Arbeitskreis Übereinstimmung darüber, dass der Lehrplan prinzipiell gut umgesetzt wird. Auch wenn in Verbindung mit dem Rahmenlehrplan der handlungsorientierte Unterricht als didaktischer Grundsatz in der Berufsschule eine bedeutsame Rolle spielt, wurde von den Archivvertretern sehr deutlich gemacht, dass in der Berufsschule die theoretischen Inhalte des Unterrichtes stärker zum Tragen kommen sollten. Im Ausbildungsbetrieb liegt der Schwerpunkt hingegen zwangsläufig auf der praktischen Umsetzung der Ausbildungsinhalte, also dem Erwerb von Handlungsfähigkeit, da hier kaum Spielraum für eine theoretische Nachbereitung des Schulunterrichts besteht.

Die im Zuge der Überarbeitung auf der Basis der aktuellen archivwissenschaftlichen Diskussion vorgenommenen Aktualisierungen und Ergänzungen sollen nunmehr kurz geschildert werden:

- Die Anforderungen im Archivwesen entwickeln sich gegenwärtig insbesondere durch die technischen Rahmenbedingungen stetig weiter. Wegen des daraus resultierenden vorläufigen Charakters der Unterrichtsempfehlungen wird einleitend darauf verwiesen, einschlägige Internet-Angebote intensiv zu verfolgen und gegebenenfalls in den Unterricht mit einzubeziehen. Gerade hier besteht die Möglichkeit, aktuelle Fragestellungen zeitnah, anschaulich und mit Praxisbezug in den Unterricht zu integrieren. Die Aufzählung der Internetadressen ist selbstverständlich nicht abschließend und nicht mit einer Wertung verbunden. Vielmehr soll ein Grundstock zur Informationsbeschaffung gelegt werden, um sich anschließend eigenständig mit dem archivischen Online-Angebot auseinandersetzen zu können.
- Im Lernfeld 6 (Bearbeiten der Bestände) sind vor allem die Literaturempfehlungen aktualisiert worden, wobei insbesondere Wert darauf gelegt wurde, den Bereich der Bestandserhaltung adäquat zu seiner Wertigkeit im Kontext der archivischen Kernaufgaben zu berücksichtigen.
- Inhaltliche Änderungen gab es im Lernfeld 7 (Fachrichtungsspezifisches Erschließen von Medien und Informationen), das nicht nur die Erschließung sondern auch die Bewertung beinhaltet. Während in den Empfehlungen des Jahres 2005 für die Erschließung von Archivgut das Regelwerk von Papritz, die Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der DDR (OVG) sowie länderspezifische Regelungen

angeführt worden sind, bildet nunmehr der internationale Standard ISAD(G) die Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Thema der Ordnung und Verzeichnung von Archivgut. Die älteren Verzeichnungsrichtlinien können selbstverständlich ergänzend in den Unterricht einbezogen werden.

- Bedingt durch den erweiterten Funktionsumfang von Archivsoftware und der Vielzahl der mittlerweile in diesem Bereich tätigen Dienstleister soll dieses Thema zukünftig ein stärkeres Gewicht erlangen. Während die theoretischen Grundlagen in der Berufsschule vermittelt werden können, ist das Augenmerk der Ausbildungsarchive darauf zu richten, die Praktika der Auszubildenden derart zu organisieren, dass dabei auch die praktische Anwendung anderer als der im eigenen Haus eingesetzten Archivsoftware vermittelt werden kann.
- Im Bereich der Bewertung sind lediglich die Literaturempfehlungen auf den neuesten Stand gebracht worden. Ein Schwerpunkt sollte dabei auf den Positionspapieren zur Überlieferungsbildung liegen, die vom Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. (VdA) und von der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag (BKK) herausgegeben worden sind.
- Bei der Überarbeitung des Lernfeldes 8 (Recherchieren, Aufbereiten und Bereitstellen von Informationen und Medien) wurden bei der Vorstellung von Auskunftsmitteln die verschiedenen Archiv- und Geschichtsportale mit einbezogen. Die Portale stellen umfassende Informationsangebote zur Verfügung und sind im Rahmen von Recherchen bereits seit geraumer Zeit ein wesentliches Hilfsmittel.
- Die Inhalte des Lernfeldes 10 (Fachrichtungsspezifisches Erschließen und Recherchieren spezieller Medien und Informationen) wurden um die Erstellung von Klassifikationen und den Aufbau bzw. die Gestaltung von Findbüchern erweitert. Da es sich bei diesen Lernfeld um eine Vertiefung und Ausweitung zuvor vermittelter Lerninhalte handelt, ist diese Modifizierung zwingend erforderlich und setzt einen Schlusspunkt bei der Vermittlung von Kenntnissen zur archivischen Erschließung. Zudem wurde der umfassende Begriff der Digitalisierung konkretisiert. Im Kontext des Lernfeldes wird klargestellt, dass es sich hierbei um Verfahren zur Einbindung digitaler Reproduktionen von Archivgut in die Bestandsstruktur handelt.

Die im Anhang der Erläuterungen zum fachrichtungsspezifischen Unterricht befindliche Vereinbarung zum Lerngebiet Paläographie definiert einheitliche Transkriptionsrichtlinien. Sie ist lediglich um den Passus erweitert worden, dass adäquat zu den Bearbeitungsvermerken auch Unterschriften bei der Transkription unberücksichtigt bleiben.

Bei der Vereinbarung zur archivischen Terminologie fand die positive Resonanz des Lehrbuchs „Praktische Archivkunde“⁷ und dessen zentrale Verwendung in den nordrhein-westfälischen Berufsschulen im Unterricht zur Speziellen Berufslehre Berücksichtigung.⁸ Dementsprechend verständigte sich der Arbeitskreis darauf, die im dortigen Anhang definierten Fachbegriffe des Archivwesens für die Verwendung einer einheitlichen Terminologie im Unterricht heranzuziehen.

AUSBLICK

Anhand der oben skizzierten Aktualisierungen wird deutlich, dass Lehrpläne und Lerninhalte regelmäßig auf dem Prüfstand gestellt werden müssen, um eine zeitgemäße Ausbildung gewährleisten zu können. Insofern tragen die Empfehlungen naturgemäß einen vorläufigen Charakter, da der gegenwärtige Sachstand in kontinuierlicher Form den archivfachlichen Entwicklungen angepasst werden muss. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist absehbar, dass die rasanten Entwicklungen insbesondere im Bereich der Digitalisierung und der elektronischen Aktenführung Auswirkungen auf den fachrichtungsbezogenen Unterricht haben werden. Deshalb ist die Entwicklung genau zu beobachten und hinsichtlich der Auswirkungen auf das Berufsbild der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste in der Fachrichtung Archiv zu analysieren, damit die Unterrichtsinhalte rechtzeitig im Interesse einer professionellen und umfassenden Ausbildung angepasst werden können.

7 Praktische Archivkunde. Ein Leitfadens für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv, hrsg. von Norbert Reimann, 2. überarb. Aufl., Münster 2008.

8 Zur Resonanz auf das Lehrbuch vgl. auch Norbert Reimann: Lehr- und Handbücher des Archivwesens. Erfahrungen und Reaktionen nach Erscheinen der „Praktischen Archivkunde“, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 64, Münster 2006, S. 26ff.

AUSBILDUNGSBERUF FACHANGESTELLTE/R FÜR MEDIEN- UND INFORMATIONSDIENSTE FACHRICHTUNG ARCHIV*

ERLÄUTERUNGEN ZUM FACHRICHTUNGSSPEZIFISCHEN UNTERRICHT

Der Unterausschuss „Fachrichtungsbezogener Unterricht in der Fachrichtung Archiv“ des Berufsbildungsausschusses in NRW hat die Lernfelder 6, 7, 8 und 10 für den fachrichtungsbezogenen Unterricht in der Fachrichtung Archiv konkretisiert. Dabei hat er die Lernfeldbeschreibungen und die Zielformulierungen zugrunde gelegt, denen gemäß den Richtlinien und dem Lehrplan für diesen Ausbildungsberuf eine Leitfunktion für den Unterricht zukommen.

Die Erläuterungen stellen einen vorläufigen Zwischenstand dar; vereinbart sind der regelmäßige Erfahrungsaustausch der Lehrer und Lehrerinnen und die laufende Überarbeitung der vorgelegten Vereinbarungen. Allgemein empfohlen wird, dass sowohl im fachrichtungsbezogenen Unterricht in den Berufskollegs als auch im Praxis begleitenden Unterricht in den Ausbildungsbetrieben auch auf Internet-Angebote zurückgegriffen wird, wie z.B.:

www.archive.nrw.de

www.lav.nrw.de

www.lwl.org/LWL/Kultur/Archivamt

www.forum-bestandserhaltung.de/

<http://www.landesarchiv-bw.de>

Informationssystem der NRW-Archive

Landesarchiv NRW

LWL-Archivamt für Westfalen

Forum Bestandserhaltung

Landesarchiv Baden-Württemberg

* Der Text wurde freundlicherweise von Frau Roswitha Hoge, zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf bei der Bezirksregierung Köln, zur Verfügung gestellt.

Erläuterungen und Ergänzungen zum schulischen Lehrplan für den fachrichtungsspezifischen Unterricht in der Fachrichtung Archiv für das Fach Spezielle Betriebslehre

Lernfeld 6:

Bearbeiten der Bestände

Die Vermittlung der Unterrichtsgegenstände Archivtektonik, Zusammensetzung und Gliederung von Archivbeständen sowie Archivaliengattungen orientiert sich an den Ausführungen in: „Praktische Archivkunde. Ein Leitfaden für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv“ / hrsg. i. A. des Westfäl. Archivamtes von Norbert Reimann. – 2., überarb. Aufl. – Münster: Ardey-Verl., 2008.

Weitere Inhalte:

- Formen der Bereitstellung: Digitalisierung, Mikroverfilmung, Mikrofilm, Fotokopien u. a.
- Vorstellung von Informationsspeichern (Einführung in die Problematik der Archivierung digitaler Unterlagen erfolgt im Lernfeld 10).
- Konservierung und Restaurierung: (u. a.: Schadensvorbeugung, Bestandskontrolle, Erkennen von Schäden am Archivgut, Unterscheidung von exogenen und endogenen Schäden, Bestandserhaltungsmaßnahmen/ Methoden der Schadensbehebung).

Weiterführende Literatur für Lehrer/Lehrerinnen und Ausbilder/Ausbilderinnen

- Bestandserhaltung: Herausforderungen und Chancen, hrsg. von Hartmut Weber, Stuttgart: Kohlhammer, 1997, (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 47).
- Beck, Friedrich; Henning, Eckart (Hrsg.): Die archivalischen Quellen: eine Einführung in ihre Benutzung. – 3. Aufl., Weimar, 2003.
- Glauert, Mario; Ruhau, Sabine (Hrsg.): Verwahren, Sichern, Erhalten: Handreichungen zur Bestandserhaltung in Archiven, Potsdam, 2005, (Veröffentlichungen der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv 3).

Lernfeld 7:

Fachrichtungsspezifisches Erschließen von Medien und Informationen

- Beschaffungswege und Beschaffungsarten: Übernahme von amtlichen Registraturbildnern und von Unterlagen privater Herkunft (Deposita, Schenkungen, Belegexemplare, Kauf)
- Übernahme/Aussonderung von Unterlagen und vorarchivischer Bereich („records management“) werden ausführlich behandelt.
- Formalerfassung von Schriftgut, Fotos, Karten und Plakaten
Der Schwerpunkt liegt bei der Formalerfassung von Schriftgut und Fotos.

Im Unterricht werden die theoretischen Grundlagen ausführlich vermittelt. Da für die intensive praktische Übung geeignete Aktenbestände und Archivunterlagen (Karten, Fotos, Plakate) erforderlich sind, kann die Anwendung der Kenntnisse nur in den Ausbildungsarchiven erfolgen.

(Bei der im Lernfeld 10 zu vermittelnden *inhaltlichen* Erschließung sind Aktenpläne, Aktenzeichen und die Grundlagen der Sachaktenregistratur heranzuziehen.)

Im Unterricht wird der internationale Standard ISAD(G) als Erschließungsnorm zugrunde gelegt; die Struktur der ISAD(G) – Erschließung in mehreren Ebenen – wird vorgestellt, aber nicht intensiv vermittelt.

Für die Anwendung der ISAD(G) sind die Richtlinien für Titelaufnahme und Repertorisierung von Aktenschriftgut des 19. und 20. Jahrhunderts der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg vom September 2001 zu nutzen.

www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/48039_akten.pdf

- Vorstellung gängiger archivischer Verzeichnungsprogramme, z.B. AUGI-AS (Software ist in den Berufskollegs vorhanden) und FAUST.
- Als weitere Typen archivischer Erschließungssoftware werden im Unterricht beispielhaft die Produkte „MIDOSA online“ und „ACTApro erwähnt“.

Im Unterricht einzusetzende Literatur:

Worm, Peter: Neue Informationstechnologie und Archive, in: Praktische Archivkunde. Ein Leitfaden für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste Fachrichtung Archiv, hrsg. von Norbert Reimann. – 2., überarb. Aufl., Münster, 2008.

Weiterführende Literatur für Lehrer/Lehrerinnen/Ausbilder/Ausbilderinnen:

Berger, Andreas: Eine vergleichende Untersuchung von Erschließungssoftware unter archivfachlichen Gesichtspunkten, in: Neue Konzepte für die archivische Praxis: ausgewählte Transferarbeiten des 37. und 38. Wissenschaftlichen Kurses an der Archivschule Marburg (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg; 44), Marburg: Archivschule 2006

Online unter:

www.archive.nrw.de/LandesarchivNRW/Archivfachliches/BestandsbildungErschliessung/index.html

Tiemann, Katharina: Erschließung von Sachakten – Zielsetzung und Grundanforderungen, in: Erschließung von Archivgut, Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Archivpflege durch Kreisarchive: Referate des 9. Fortbildungsseminars der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK), Red.: Hans-Jürgen Höötman, Münster, 2001, (Texte und Untersuchungen zur Archivpflege 13).

Bewertung:

Obwohl die subjektiv-qualitative Bewertung im Regelfall Beschäftigten der gehobenen und höheren Archivlaufbahn vorbehalten ist, werden die Schülerinnen und Schüler lehrplangemäß in die Bewertungsproblematik eingewiesen und lernen Kriterien der inhaltlichen Bewertung kennen. Im Hinblick auf die spätere Berufstätigkeit werden die Schülerinnen/Schüler schwerpunktmäßig Kenntnisse und Fertigkeiten in der formalen Bewertung erwerben. (Dem Lehrplan NRW und dem Ausbildungsrahmenplan der Ausbildungsverordnung ist zu entnehmen, dass den Auszubildenden Kenntnisse zum Sachverhalt „Bewertung“ vermittelt werden müssen).

Im Unterricht einzusetzende Literatur:

Becker, Irmgard Christa: Arbeitshilfe zur Erstellung eines Dokumentationsprofils für Kommunalarchive, in: Der Archivar: Heft 02/Mai (2009), S. 122ff.

Höötman, Hans Jürgen, Tiemann, Katharina: Archivische Bewertung – Versuch eines praktischen Leitfadens zur Vorgehensweise bei Aussonderungen im Sachaktenbereich. In: Archivpflege in Westfalen und Lippe 2000. H. 52.

Neue Perspektiven archivischer Bewertung: Beiträge zu einem Workshop an der Archivschule Marburg, hrsg. von Frank M. Bischoff u. Robert Kretzschmar, Marburg, 2005. (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 42).

Enth. Positionspapiere des VDA u. der BKK zur Überlieferungslieferung.

Tiemann, Katharina: Bewertung von Massenakten in einem kleinen Kommunalarchiv, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 1998, H. 48.

Fachspezifische Fremdsprachenkenntnisse sind primär im Englischunterricht zu vermitteln, im SBL-Unterricht sollte eine kurze Vorstellung des „Dictionary of Archival Terminology“ (DAT III) erfolgen.

Lernfeld 8:

Recherchieren, Aufbereiten und Bereitstellen von Informationen und Medien

- Ausleihe und Benutzung:
werden im Zusammenhang mit den Unterrichtsinhalten „Gebühren und Preise“ sowie „Rechtliche Regelungen“ unter Einbeziehung folgender Rechtsgrundlagen erarbeitet: Archivgesetz NRW, Musterbenutzungsordnung aus dem LWL-Archivamt für Westfalen, Archivsatzungen, Benutzungsordnungen und Gebührenordnungen lokaler Archive, Benutzungs- und Gebührenordnung für das Landesarchiv NRW, Informationsfreiheitsgesetz NRW, Datenschutzgesetz NRW
- Vorstellung der verschiedenen Arten von Findhilfsmitteln in Archiven (inklusive der Online-Findhilfsmittel im Internet)

- Nutzung von Archivportalen und Geschichtsportalen als speziellere Auskunftsmittel, z.B.:
 - Archive in NRW: www.archive.nrw.de/
 - Datenbank zur Geschichte: www.clio-online.de
 - Internetportal zur Westfälischen. Geschichte: www.lwl.org.westfaelische-geschichte/de
 - Internetportal zur Rheinischen Geschichte: www.rheinische-geschichte.lvr.de
 - Haus der deutschen Geschichte: www.dhm.de/lemo
 - Zentrale Nachlassdatenbank: www.nachlassdatenbank.de/
 - Zentraler Sucheinstieg für Nachlässe und Autographen: www.kalliope-portal.de

Die Verfestigung der im Unterricht erworbenen Kenntnisse und der Erwerb von Handlungsfähigkeit sind in der betrieblichen Ausbildung in den Ausbildungsarchiven zu sichern.

Lernfeld 10:

Fachrichtungsspezifisches Erschließen und Recherchieren spezieller Medien und Informationen

Dieses Lernfeld ist in Verbindung gestellt zu den Lernfeldern 7 und 8. Es zielt ab auf die Ausweitung und Vertiefung der zuvor vermittelten Lerninhalte und Fertigkeiten. Die Kenntnisse und Fertigkeiten der einfacheren Formalerfassung von Archivgut (vgl. Lernfeld 7) werden vorausgesetzt.

Gemäß dem Prinzip „vom Einfachen zum Komplexen“ erfolgt im Lernfeld 10 die formale Erschließung von spezielleren und komplexeren Medien wie Karten und Fotos und die inhaltliche Erschließung von Schriftgut, Fotos, Plakaten und Karten.

Zur Behandlung der inhaltlichen Erschließung zählen auch Kenntnisse über den Aufbau und die Gestaltung von Klassifikationen und Findbüchern. Für die inhaltliche Erschließung sind Aktenpläne, Aktenzeichen und die Grundlagen der Sachaktenregistratur heranzuziehen.

Die Thematik „Digitalisierung“ wird am Verfahren der Einbindung digitaler Reproduktionen in die Bestandsstruktur vermittelt (z. Zt. auch OAIS-Modell kurz vorstellen).

Lernfeld 11:

Beraten und Betreuen von Kunden/Nutzern

Dieses Lernfeld basiert auf Lernfeld 5 und sollte in Verbindung mit dem fachrichtungsbezogenen Unterricht im Lernfeld 8 erarbeitet werden. Ziele, die sich auf die Bereiche Kommunikation und Verhalten richten, könnten in enger Zusammenarbeit mit dem Fach Deutsch/Kommunikation erarbeitet werden.

Lernfeld 12:

Mit internen und externen Partnern kommunizieren

Dieses Lernfeld sollte in enger Kooperation der Lehrer/Lehrerinnen für AWL und SBL behandelt werden.

Lernfeld 13:

Anwendung von Marketingstrategien und Marketinginstrumenten

Dieses Lernfeld wird überwiegend im Fach AWL behandelt; Anwendungen und Erfahrungen aus den Ausbildungsbetrieben werden aufgenommen.

ANHANG

I. Vereinbarung zum Lerngebiet „Paläographie“

Obwohl der Lehrplan keine diesbezüglichen Vorgaben macht, wird für die FR Archiv eine unterrichtliche Behandlung des Lerngebietes „Paläographie“ (begrenzt auf Kanzleischriften ab der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts) angestrebt, soweit die Zeitrichtwerte dies erlauben.

Im fachrichtungsbezogenen Unterricht in NRW werden abweichend von der wissenschaftlichen Textbearbeitung folgende einheitliche Transkriptionsrichtlinien für den fachrichtungsbezogenen Unterricht in der FR Archiv angewendet:

- Die im Unterricht eingesetzten Textvorlagen werden zeilengetreu übertragen.

- Die Transkription erfolgt buchstabengetreu.
- Arabische und römische Zahlzeichen werden vorlagengetreu wiedergegeben.
- Abkürzungen bleiben unaufgelöst stehen.
- Die Interpunktion richtet sich nach der Vorlage. Unterstreichungen werden übernommen.
- Nur Streichungen und Einfügungen werden in Fußnoten dokumentiert. Bearbeitungsvermerke bleiben unberücksichtigt. Unterschriften bleiben unberücksichtigt.
- Die Art und Weise der Zählung allfälliger Fußnoten ist irrelevant. Als einzige Bedingung gilt, dass die Zuordnung eindeutig sein muss.

II. Vereinbarung zur archivischen Terminologie

Im Unterricht werden die Legaldefinitionen verwendet sowie die „Fachbegriffe des Archivwesens“, wie sie im Anhang des Fachbuchs „Praktische Archivkunde“ aufgeführt sind.

Zusammengestellt vom Unterausschuss „Archiv-Lehrplan“ des Berufsbildungsausschusses NRW für den Ausbildungsberuf Fachangestellte/Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste bei der Bezirksregierung Köln, Dezernat 48, 50606 Köln

Überarbeitet im April 2010

AUTORINNEN UND AUTOREN

Christopher Beckmann M.A., Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

| www.kas.de, christopher.beckmann@kas.de

Dr. Günter Buchstab, Weidenfeld 25, 53359 Rheinbach, bis September 2009 Vorsitzender der Fachgruppe 6 im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare

Mareike Himme, Archiv Grünes Gedächtnis, Eldenaer Str. 35, 10247 Berlin

| www.boell.de

Hans-Jürgen Höötmann, LWL-Archivamt für Westfalen, Jahnstraße 26, 48147 Münster

| www.lwl.org, hans-juergen.hoeoetmann@lwl.org

Dr. Renate Höpfinger, Leiterin des Archivs für Christlich-Soziale Politik, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., Lazarettstraße 33, 80636 München

| www.hss.de, hoepfing@hss.de

Dr. Angela Keller-Kühne, stv. Referatsleiterin, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

| www.kas.de, angela.keller-kuehne.de

Professor Dr. Hanns Jürgen Küsters, Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

| www.kas.de, hanns.kuesters@kas.de

Dr. Marietta Minotos, Vorsitzende der Sektion der Partei- und Parlamentsarchive im Internationalen Archivrat, Direktorin des griechischen Nationalarchivs, Athen

| www.gak.gr, director@gak.gr

Dorothea Oelze M.A., Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

| www.kas.de, dorothea.oelze@kas.de

Dr. Bert Riehle, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

| www.kas.de, bert.riehle@kas.de

Harry Scholz M.A., Referatsleiter, Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Godesberger Allee 149, 53170 Bonn

| www.fes.de, harry.scholz@fes.de

Dr. Reinhard Schreiner, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

| www.kas.de, reinhard.schreiner@kas.de

Dr. Monika Storm, Leiterin WD 5-1 Archiv, Parlamentsdokumentation, Bibliothek, Landtag Rheinland-Pfalz, Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz

| www.landtag.rlp.de, monika.storm@landtag.rlp.de

Désirée Verheyen, Archiv Grünes Gedächtnis, Eldenaer Str. 35, 10247 Berlin

| www.boell.de